

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 4 April 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Rekrutiert um zu töten

In dieser Ausgabe:

Tarifpolitik:
Akzeptabler Abschluss

Opferschutz:
Strafverfolgung und Opferschutz –
ein unlösbares Dilemma?

Prävention:
GdP tritt für Zivilcourage in die Pedale

14. Europäischer Polizeikongress:
Migration und Integration
sind Dreh- und Angelpunkte

Verkehrsgerichtstag 2011:
Konsequent gegen Drogensünder
am Steuer

Seniorenjournal

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Shopping-Center, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Weisse Ross
Braunschweig



Schloss Arkaden
Heidenheim



Klosterhof
Heilbronn



City-Rondell
Schwenningen



Shopping Arkaden
Bocholt



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei

ITG · Immobilien Treuhand GmbH & Co. · Immermannstraße 12 · 40210 Düsseldorf
Telefon: 02 11/93 54-0 · Telefax: 02 11/93 54-119 · E-mail: info@itgcom.de

**GdP tritt für Zivilcourage
in die Pedale**



„TU WAS! – FÜR MEHR ZIVIL-COURAGE“ ist das Motto für eine bundesweite Rad-Sternfahrt der GdP im August 2011.

S. 18

Akzeptabler Abschluss



Das Tarifiergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder im Detail. Vor und während der Verhandlungen machten Tausende ihre Forderungen öffentlich deutlich.

S. 6

**Strafverfolgung und
Opferschutz –
ein unlösbares Dilemma?**



Das neue Buch „Frau kommt kommt“ (Verlag Deutsche Polizeiliteratur) zur Amok-Problematik an Schulen spürt u. a. der Frage nach, wer den traumatisierten Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen hilft. Eine der Autoren, Angela Gräf, schreibt zur Opferzeugen-Problematik im Zusammenhang mit Amokläufen.

S. 22

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Jihad im Netz	4
FORUM	5/17
TARIFPOLITIK Akzeptabler Abschluss	6
TITEL/TERRORISMUS Rekrutiert um zu töten	8
REZENSION Wenn die Seele blutet ...	16
PRÄVENTION GdP tritt für Zivilcourage in die Pedale	18
KULTURANGEBOT Aufruhr an der Ruhr	20
SCHOOL SHOOTING Strafverfolgung und Opferschutz – ein unlösbares Dilemma?	22
<i>Ich konnte mir die Realität vorher nicht einmal annähernd vorstellen ...</i>	30
14. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS Migration und Integration sind Dreh- und Angelpunkte	32
VERKEHRSGERICHTSTAG 2011 Konsequenz gegen Drogensünder am Steuer	34
VERKEHRSSICHERHEIT Sommerreifen	37
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



GDP GEGEN KENNZEICHNUNGSPFLICHT:**Unterstützung aus Thüringen**

Der Bundesvorstand der GdP hat sich anlässlich seiner Klausurtagung vom 15.-17. März 2011 in Weimar (Thüringen) u. a. einmütig gegen eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten der Länder und des Bundes ausgesprochen. Wenn überhaupt, dann solle das nur auf freiwilliger Basis passieren. Diesen Standpunkt hat der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut auch kompromisslos bei einem kürzlich stattgefundenen Treffen gegenüber der Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Monika Lücke, vertreten. Unterstützung bekam die GdP in dieser Frage auf ihrer Klausurtagung vom Thüringer Innenminister Jörg Geibert (CDU), der sich die Zeit nahm, um auf der GdP-Veranstaltung kurz und prägnant einige Grundsätze seiner Politik im Land Thüringen zu erläutern und der GdP gegenüber seine Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Er betrachte die GdP als kompetenten Partner und er sehe nicht die GdP als Höhle des Löwen, so meinte er, sondern eher das Finanzministerium in seinem Land.

Tetz



Thüringens Innenminister Jörg Geibert und GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut sind sich einig: keine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten. Foto: R. Müller

OVG LÜNEBURG – URTEIL ZU BEREITSCHAFTSZEITEN:**Verhalten Schönemanns völlig inakzeptabel**

Seit 2005 hat das Land Niedersachsen das bis dahin geltende Verfahren, Bereitschaftszeiten bei geschlossenen Einsätzen 1:1 abzurechnen, aufgekündigt. Seitdem werden diese Stunden nur noch zu 25 % bzw. zu 33 % vergütet. Dagegen hat ein Kollege aus Niedersachsen mit Hilfe und Rechtsschutz der GdP geklagt. Am 25.1.2011 hat das OVG Lüneburg in dem von der GdP geführten Verfahren „Anrechnung von Bereitschaftszeiten als volle Dienstzeit“ Recht gesprochen und im Sinne des Kollegen entschieden. Das OVG hat zwar aufgrund der Grundsätzlichkeit Revision vor dem BVerwG zugelassen, allerdings hatte sich der niedersächsische Innenminister Uwe Schönemann in einer mit der GdP 2007 abgeschlossenen Musterklagevereinbarung verpflichtet, die obergerichtliche Entscheidung für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen anzuerkennen und umzusetzen. An diese

Zusage hält er sich jedoch nicht mehr, sondern hat auf einer Pressekonferenz am 14.2.2011 in Hannover verkündet, dass Revision eingelegt wird – rechtlich zwar zulässig, politisch aber äußerst fragwürdig.

Als vollends unverständlich und kritikwürdig hat der GdP-Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung am 17.3.2011 in Weimar das Verhalten Schönemanns gegenüber der GdP bewertet. Zu der o.a. Pressekonferenz waren nämlich der Bund deutscher Kriminalbeamter (BdK) und die Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (DPOIG) eingeladen, die prozessführende GdP hingegen nicht. Schönemann hat dort eine fragwürdige Vereinbarung mit den beiden anwesenden Organisationen bekannt gegeben, wie bis zum Urteil des BVerwG mit den bisher nicht angerechneten Stunden verfahren werden soll.

Die GdP sowie der niedersächsische Polizeihauptpersonalrat waren vorher weder über die Revisionsentscheidung noch über eine etwaige vorübergehende Abrechnung der angefallenen Stunden informiert worden.

Der GdP-Bundesvorstand wertete das Verhalten Schönemanns sowie der niedersächsischen Landesregierung als völlig inakzeptabel. Dies sei ein bisher in der Bundesrepublik einmaliger Vorgang im Umgang zwischen Politik und der größten Polizeiinteressenvertretung, der GdP.

Innenminister Schönemann hat auf mehrere Gesprächsangebote der GdP Niedersachsen bis zum Redaktionsschluss nicht reagiert. Auch der Niedersächsische Ministerpräsident McAllister hat auf ein Schreiben der GdP Niedersachsen bis Redaktionsschluss nicht geantwortet.

red.



PERSONALRÄTE STÄRKER BETEILIGEN:**Hessens Verwaltungsgericht entscheidet**

Die GdP begrüßt, dass künftig die Personalräte stärker beteiligt werden müssen, wenn deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte als Ausbilder für die afghanische Polizei in das Krisengebiet am Hindukusch entsandt werden sollen.

GdP-Bundvorsitzender Bernhard Witthaut: „Das ist die Konsequenz aus einem Rechtsstreit vor dem hessischen Verwaltungsgericht, den unsere Kolleginnen und Kollegen der GdP dort geführt haben. Das hessische Innenministerium musste nach der Entscheidung des Gerichts zusagen, keine weiteren Polizisten nach Afghanistan zu entsenden, bis die Rechtslage

geklärt ist. Diese Entscheidung wird Auswirkungen auf alle Bundesländer haben.“

Mit der Entscheidung fühlt sich die GdP in ihrer Forderung bestätigt, den Einsatz der deutschen Polizisten in Afghanistan bundesweit auf eine solidere rechtliche Grundlage zu stellen. „Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen in Afghanistan gegen die Risiken in diesem Krisengebiet besser abgesichert werden. Bund und Länder müssen nun eine einheitliche Regelung für den polizeilichen Einsatz finden, andernfalls können Personalräte in allen Bundesländern nach der Entscheidung in Hessen eine weitere Entsendung verhindern“, so Bernhard Witthaut. *red.*

KEINE BUNDESLIGASPIELE AM 1. MAI:**Fußballbund hält sich an Verabredung mit der GdP**

Die Deutsche Fußballliga macht ihre in mehreren Gesprächen mit der GdP vereinbarte Verabredung wahr, und verschiebt die Bundesligaspiele am kommenden 1. Mai wegen der zu erwartenden polizeilichen Großeinsätze. Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundvorsitzender und im GdP-Vorstand zuständig für polizeiliche Großlagen, dazu: „Für Städte wie zum Beispiel Berlin und Hamburg wird die Verschiebung der Spiele von Sonntag auf Samstag leider nur eine geringe Entlastung bedeuten. Erfah-

rungsgemäß ist gerade in Berlin die Polizei in der berühmten Walpurgisnacht vor dem 1. Mai besonders gefordert. Dennoch bedeutet diese Entscheidung der Fußballliga ein Schritt in die richtige Richtung.“

In mehreren Gesprächsrunden und zuletzt auf einem gemeinsamen „Fußballgipfel“ im Januar dieses Jahres in Frankfurt hatten die Spitzen von DFB, DFL und GdP die enorme Einsatzbelastung der Polizei erörtert. *red.*

EINSATZVERPFLEGUNG IN NRW:**GdP setzt Kündigung des Caterers durch**

Seit der Privatisierung der Einsatzverpflegung bei Großeinsätzen klagt der Landesbezirk NRW über massive Qualitätsmängel. Mal sind die ausgegebenen Putenschnitzel roh, mal ist das Essen mit Schimmelpilzen übersät. Und immer wieder finden sich längst abgelaufene Lebensmittel in den von privaten Catering-Unternehmen gepackten Verpflegungsbeuteln (s. DP 9/10). Jetzt hat der GdP-Landesbezirk NRW zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit die fristlose Kündigung eines der fünf beteiligten Catering-

Unternehmen durchgesetzt. Nachdem die Firma beim Rosenmontagszug in Gelsenkirchen statt Kamelle verschimmelte Putenschnitzel und längst abgelaufene Schokoriegel als Einsatzverpflegung ausgegeben hat, hat die GdP umgehend Beweisfotos der verdorbenen Lebensmittel in die Presse gebracht. Innenminister Ralf Jäger (SPD) blieb daraufhin nicht anders übrig, als dem betroffenen Caterer fristlos zu kündigen. Bereits im September vergangenen Jahres war ein anderer Caterer wegen ähnlicher

AUS FÜR FUSIONSPLÄNE:**GdP begrüßt Entscheidung**

Die GdP begrüßt das endgültige Aus der beabsichtigten Fusion von Bundeskriminalamt und Bundespolizei. GdP-Bundvorsitzender Bernhard Witthaut: „Der neue Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hat gleich die richtige Marke gesetzt und den von der GdP massiv kritisierten Plan seines Amtsvorgängers Dr. Thomas de Maizière, die beiden Polizeien des Bundes zu einer Behörde zusammenzuführen, beerdigt. Damit beweist er ein gutes Gespür einerseits für die Stichhaltigkeit besserer Argumente und andererseits für die Ängste und Sorgen der Polizeibeschäftigten bei BKA und Bundespolizei.“

Die GdP erwartet insgesamt vom neuen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, Fragen der inneren Sicherheit und der Sorgen und Nöte der Polizeibeschäftigten stärker in den Fokus zu rücken. Darüber hinaus erwartet sie die Einführung einer praxistauglichen gesetzlichen Grundlage zur Mindestspeicherung von Telekommunikationsdaten. In der Kriminalitätsbekämpfung, müsse der neue Bundesinnenminister gegenüber dem Justizressort eine profilierte Position einnehmen. Vor dem Hintergrund einer stark steigenden Computerkriminalität und der zunehmenden Verlagerung krimineller Absprachen ins weltweite Netz dürfe nicht hingenommen werden, dass der Vorsprung der Kriminellen vor der Polizei immer größer wird. *red.*

Mängel fristlos gekündigt worden, nachdem die GdP den Skandal öffentlich gemacht hatte. Für die GdP ist der Fall damit aber nicht erledigt. „Die Häufigkeit der Qualitätsmängel zeigt, dass die noch von der früheren schwarz/gelben Landesregierung auf den Weg gebrachte Privatisierung ein Fehler war. Deshalb fordern wir eine Rückkehr der Einsatzküchen“, sagte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter gegenüber Journalisten.



Ekelangebot: verschimmelte Putenschnitzel Foto: GdP

Stephan Hegger



Dжихад im Netz

Die Ernennungsurkunde aus der Hand des Bundespräsidenten ist noch warm, da sitzt der neue Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Donnerstag, den 3. März 2011 um 12.00 Uhr im großen Saal der Bundespressekonferenz vor den Hauptstadtkorrespondenten. Er spricht über seine

künftigen Aufgaben, u.a. wird er zuständig sein für den Aufbau Ost. Er findet auch Worte der Anteilnahme für die am Frankfurter Flughafen erschossenen amerikanischen Armeemitglieder. Am ersten Tag seines Amtsantritts hat es Hans-Peter Friedrich mit dem ersten islamistischen Terroranschlag

auf deutschem Boden zu tun, der nicht verhindert werden konnte und Todesopfer forderte. Darüber fällt in der Bundespressekonferenz kein Wort. Schnell ermitteln die Behörden: Arid Uka, der zwei amerikanische Armeemitglieder tötete und mehrere schwer verletzte, war ein „Einzeltäter“. Der unscheinbare junge Mann, geboren in Mitrovica im Kosovo, lebt mit seiner Familie seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland. Islamismus ist der rechtschaffenen muslimischen Einwandererfamilie fremd. Nach seiner „Identifizierung“ als Einzeltäter geht ein Aufatmen durch die deutsche Gesellschaft. Kein al-Qaida-Kommando, keine vernetzte schlafende Zelle, kein erfolgreicher aus der Gefährder-Liste. In umgekehrtem Verhältnis zur allgemeinen Entspannung über die Mordtat eines fehlgeleiteten Jungen wächst hingegen die Nervosität der Sicherheitsbehörden, je mehr sie über die Entwicklung Arid Ukas zu

„Abu Reyyan“ in Erfahrung bringen. Unter diesem Namen entpuppt sich der 21-Jährige vornehmlich auf facebook als militanter Salafist mit großem virtuellen „Freundeskreis“, der die Ungläubigen zur Hölle wünscht und gerne bereit ist, ihnen auf dem Weg dahin zu helfen. Was er dann auch tat. Wofür er von islamistischen Kreisen im Netz beglückwünscht wurde. Nur eine Ladehemmung seiner Waffe hatte verhindert, dass noch mehr Menschen ermordet wurden. Al-Qaida, in Fachkreisen seit längerem auch „@Qaida“ bezeichnet, nimmt seit längerem potenzielle Einzeltäter ins Visier und füttert sie demagogisch an, bekannte Hassprediger in Deutschland stärken sie ungehemmt in ihren Mordphantasien. @Qaida hat den Dжихад ins Internet verlagert. Öffentlich, aber dennoch weitgehend unbemerkt. Wie in deutschen, so sitzt auch in Einwandererfamilien der Nachwuchs stundenlang vor dem Computer. Auf welchen Seiten er surft, mit wem er dort kommuniziert, was er dort für Botschaften verbreitet, bleibt der Elterngeneration weitgehend verborgen, weil sie sich nationenübergreifend weitgehend nicht dafür interessiert.

Nicht zuletzt aus diesem Grund liefern die Forderungen der Gewerkschaft der Polizei nach einer verstärkten Bekämpfung und strafrechtlichen Verfolgung islamistischer Propaganda für den sogenannten „Heiligen Krieg“ im Internet bisher in Leere. Dabei zeigt diese schreckliche Tat eindeutig, dass islamistische Terrorgruppen verstärkt das Internet nutzen, um durch demagogische und agitatorische Hetze junge Menschen mit ihren Terrorideen zu infizieren. Und dieser erste Fall eines „Home-Grown-Terrorist“ in Deutschland, der gemordet hat, zeigt, wie stark junge Menschen durch die Internetpropaganda beeinflusst werden können. Deshalb muss die Geduld gegenüber dem Treiben islamistischer Prediger ein Ende haben, dem Internet-Dжихад ein Riegel vorgeschoben werden. Aufrufe zum Dжихад dürfen kein Kavaliersdelikt, ihre strafrechtliche Verfolgung muss möglich sein.

Arid Uka ist ein Einzeltäter, aber seine Mordtat wird kein Einzelfall bleiben, wenn Gesellschaft und Politik nicht wach werden. Immer noch verweigert eine breite Lobby aus falsch verstandenem Datenschutz, an der Spitze die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, der Polizei die rechtmäßige Anwendung technischer Möglichkeiten zur Aufklärung der Telekommunikation potenzieller Terroristen. Immer noch wird islamistische Propaganda, ob in Moscheen oder im Internet, zu oft als Folklore missverstanden. Immer noch hinkt Deutschland in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus im Internet international hinterher. Lediglich, wenn es dazu dient, das eigene politische Ziel zu verfolgen, haben terroristische Gefahrenpotenziale Hochkonjunktur. So warnt unter dem Eindruck der Nuklearkatastrophe in Japan die deutsche Anti-Atomkraft-Bewegung davor, dass deutsche Kernkraftwerke gegen terroristische Angriffe unter anderem durch ein gekapertes Flugzeug nicht sicher genug seien. Einem solchen Gefahrenszenario folgt aber nicht die Einsicht, den Sicherheitsbehörden 2die Mittel an die Hand zu geben, solche langfristigen und logistisch schwierigen terroristischen Anschlagplanungen rechtzeitig aufzudecken. Oder als Ultima Ratio einen Abschuss solcher Maschinen in einem Luftsicherheitsgesetz zu verankern? Die Schlussfolgerung lautet stattdessen: Die Ziele müssen weg. Bei der Bekämpfung des „individuellen Dжихад“ durch sogenannte Einzeltäter dürfte eine solche Lösung schwierig werden.



Bernhard Witthaut,
GdP-Bundesvorsitzender



Zu: Anzeige „DIE LINKE“, DP 2/11

Die Partei „Die Linke“ traut sich allen Ernstes, Werbung für die Polizei zu machen, und das in einem Gewerkschaftsmagazin. Dass die DP diese Art von Werbung nicht abwenden kann, wurde ja schon in einem letzten Leserbrief in Bezug auf Werbung des Deutschen Atomforums erklärt.

Doch dass „Die Linke“ es als einen Skandal bezeichnet, wenn Polizisten im Wendland oder in Stuttgart als „Rambböcke der Regierungspolitik“ missbraucht werden, ist für mich wie ein Schlag ins Gesicht. „Die Linke“ spricht hier mit gespaltener Zunge; wie so oft. Als V.i.S.d.P. wird in dieser Werbung Ulrich Maurer genannt. Sieht man sich seine Homepage an, [...] muss man schon auf der ersten Seite feststellen, dass „Die Linke“ sich eindeutig gegen die Polizei stellt.

„Die Linke“ missbraucht uns für ihre eigenen Zwecke, schreibt: „...Polizeibeamte sind ebenso Bürger unseres Landes“ und bezichtigt uns an andere Stelle der Willkür. Für mich: unfassbar! Welch heuchlerische Werbeanzeige.

Heiko Baumgart, PI Lauf a.d. Pegnitz

Zu: Leserbrief MdB Herrmann, DP 3/11

Die Lesermeinung des Kollegen Jürgen Herrmann, MdB, gegen eine Werbung der Partei „Die Linke“ in der DP 2/11 finde ich absolut unpassend und teils diffamierend. Die Partei „Die Linke“ wird gerade von den Bundestagsfraktionen CDU/CSU, FDP pauschal als Kommunisten, Stalinisten der breiten Öffentlichkeit dargestellt, ohne jedoch anzumerken, dass gerade in dieser Partei viele aufrichtige Demokraten, enttäuschte SPD-Wähler ihre politische Heimat gefunden haben. Kollege Herrmann, deine Lesermeinung ist purer Wahlkampf für die anstehenden Landtagswahlen. Ich gehe einmal davon aus, dass du bei sehr vielen Lesern unserer Gewerkschaftszeitung mit deiner Meinung sicherlich nicht punkten konntest.

Abschließend muss ich unserer Gewerkschaftszeitung ein Kompliment machen. Die Zeitung lebt halt mal auch von Werbung. Sie zeigt hiermit, dass sie überparteilich und neutral ist. Deshalb fühle mich auch in dieser Gewerkschaft so wohl.

Dietmar Gläser, KG Koblenz

RICHTIGSTELLUNG

In der letzten Ausgabe haben wir einen Leserbrief von Martin Herrnkind veröffentlicht, der zwei sinnenstellende Fehler enthielt, wofür sich die Redaktion entschuldigt. Hier der komplette fehlerlose Text:

Zu: Mit leerem Magen die politische Suppe ausgelöffelt, DP 12/10 + Leserbrief des Kollegen Singer, DP 1/11

Der eigentliche Skandal dieser menschenverachtenden Führung beim Castoreinsatz 2010 liegt darin, dass unverantwortlich lange Einsatzzeiten oder Schwierigkeiten bei der Versorgung von Einsatzkräften vorhersehbar waren. Von allen wiederkehrenden Einsatzen ist der Castoreinsatz der am besten planbare. Im politischen Kontext von Laufzeitverlängerung und Stuttgart 21 war der Massenprotest erwartbar. Einsatzzeiten von teilweise über dreißig Stunden wären mit einem größeren Personalansatz zu verhindern gewesen.

Seit dreißig Jahren blockiert die Bäuerliche Notgemeinschaft mit ihren Traktoren die Wege rund um Gorleben. Bereits im ersten Semester Einsatzlehre lernen wir, dass man auf solche Lagebedingungen mit antizipativen Entscheidungen reagieren muss. Blockadeaktionen sind überhaupt keine Entschuldigung für die katastrophale Versorgung der Einsatzkräfte.

Die massiven beamtenrechtlichen Verstöße des Polizeimanagement müssen disziplinarrechtlich geahndet werden. Ich werde mich in Zukunft stärker mit den Möglichkeiten des Beratungs- und Remonstrationsrechtes beschäftigen sowie mit der Frage, ob unter solchen rechtswidrigen Einsatzbedingungen meine beamtenrechtliche Folgepflicht noch greift.

Martin Herrnkind, Lübeck

Zu: Frauen brauchen Chancengleichheit, DP 3/11

Mit großem Interesse und einer gehörigen Portion Bauchschmerzen verfolge ich seit Jahren die Diskussionen über Frauenquoten. Auch wenn es des Deutschen liebste ist, alles in Zahlen fassen zu können und kaum noch etwas ohne Quoten und Statistiken von statuten geht,

so halte ich jede Form von Quotierung höchst kontraproduktiv. Ob nun eine Quotierung im Beurteilungsverfahren oder eine Frauenquote, am Ende kommt Unzufriedenheit dabei heraus.

Grade bei der Vergabe von Führungspositionen sollte die oberste Direktive grundsätzlich der olympische Wahlspruch sein: „Möge der/die bessere gewinnen!“

In unserem „Verein“ sind schon viel zu viele Führungspositionen mit „rückradlosen Nichtführern“ besetzt, so dass wir über jede fähige Stellenbesetzung glücklich sein sollten – ungeachtet ob da ein X oder Y Chromosom im Spiel ist.

Deutschland muss langsam mal seinen Weg aus der Geschlechtertrennung heraus finden, in welche uns die Alice Schwarzers und Co. hineingetrieben haben. Richtig, heute haben Frauen beruflich wesentlich mehr Möglichkeiten als noch vor hundert Jahren aber stellen wir uns doch mal geschlechterunabhängig die Frage: Sind jetzt alle zufriedener? Oder gibt es da vielleicht doch auch die Frauen, die insgeheim gerne Hausfrau und Mutter wären, sich aber nicht mehr trauen, dies laut zu sagen, um nicht als Heimchen zu gelten?

Andre Czaika, PW Hennef



Großartig, einfach großartig! Zum 100. Geburtstag diesem Thema soviel Raum zu geben – das ist angemessen. Jede Zeile kann ich nur unterstreichen und hoffe, dass auch unsere Kollegen dieses lesen und sich damit auseinander setzen.

Fortsetzung Seite auf Seite 17

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



Tausende GdP-Mitglieder sind gemeinsam mit den anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder im Vorfeld und während der Tarifverhandlungen für ihre berechtigten Forderungen auf die Straße gegangen – vielfach unterstützt von Beamtinnen und Beamten. Die zahlreichen Demonstrationen und Warnstreiks haben deutlich gemacht, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereit sind, für ihre berechtigten Forderungen zu kämpfen. Der Druck, der damit aufgebaut wurde, hat ganz sicher dazu beigetragen, dass relativ zügig ein akzeptables Tarifergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder abgeschlossen werden konnte.



In München demonstrierten am 2. März 1.800 Beschäftigte der Polizei, der Telekom, den Universitäten, Universitätskassen, dem Staatstheater, Autobahnmeistereien und weiteren Landesbehörden. **Foto: GdP Bayern**



In Bremen zeigten am 3. März rund 12.000 Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen aus Bremen und Niedersachsen deutlich, dass Lohndiktate und Nullrunden nicht akzeptiert werden. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut machte in seiner dortigen Ansprache nochmals die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst der Länder deutlich. **Foto: W. A.**

Akzeptabler Abschluss

„Wir haben nach zähem Ringen ein akzeptables Ergebnis für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Ländern erzielt“, kommentiert der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut das am 10. März 2011 nach stundenlangen Verhandlungen erzielte Ergebnis für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder.

Mit einer Einkommensverbesserung im Volumen von 2,3 Prozent in diesem Jahr und 2,55 Prozent im kommenden Jahr, hätten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Zielmarken, einen Inflationsausgleich zu erreichen und Reallohnverluste zu verhindern, übertroffen. Das Ergebnis sei kein Grund zur Euphorie, aber auch kein Grund zum Jammern.

Das fand wohl auch die Mehrzahl der Tarifbeschäftigten in der Polizei. Die Große Tarifkommission der GdP stimmte dem Verhandlungsergebnis mit einer Enthaltung zu. Und auch die anschließenden Reaktionen aus der Mitgliedschaft signalisierten überwiegend Akzeptanz des Ergebnisses:



Entgeltsteigerungen in 2011 und 2012

Die 580.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder erhalten für 2011 eine Einmalzahlung von 360 Euro (Auszubildende 120 Euro) und zusätzlich ab 1. April 2011 eine lineare Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent. Das entspricht in der Jahreswirkung einem Plus von 2,3 Prozent. Zum 1. Januar 2012 steigen die Gehälter um weitere 1,9 Prozent linear plus 17 Euro Sockelbetrag (Auszubildende 6 Euro). Dies entspricht einer Erhöhung von 2,55 Prozent. Ebenfalls wurde vereinbart, dass zum 1. Januar 2012 eine modernisierte Regelung zur Eingruppierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder in Kraft tritt.

Entgeltordnung

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GdP, GEW, IG BAU und dbb/tarifunion konnten nach jahrelangem Ringen jetzt eine Entgeltordnung zum TV-L durchsetzen, von der viele Beschäftigte profitieren werden. Da die Arbeitgeber lange eine Lösung blockierten, zogen sich die Verhandlungen über Monate hin und wurden von den Arbeitgebern mehrfach unterbrochen. Den entscheidenden Schwung brachten die letzten Wochen bis Mitte Februar 2011 in die Verhandlungen, so dass die Tarifkommissionen entgegen der Sachlage im Dezember 2010 (Beschlussfassung über die Forderung) darüber entscheiden konnten, da sich die Arbeitgeber der Länder deutlich auf die Gewerkschaften zubewegten. Letztlich wurde das nun vorlie-



gende Ergebnis allerdings erst am letzten Verhandlungstag der Einkommensrunde mit der TdL unter Dach und Fach gebracht: Davon profitieren mehr als 60 % der neu eingestellten und neu eingruppierten Beschäftigten.

Dazu gehört, dass Bewährungsaufstiege der Entgeltgruppen 2 bis 8 bis zu sechs Jahren direkt bei der Eingruppierung berücksichtigt werden. (In den Entgeltgruppen 9 bis 15 sind die Bewährungsaufstiege bereits mit Inkrafttreten des TV-L/TV-Ü abgezeichnet worden.)

Vergütungsgruppenzulagen

Zu den Vergütungsgruppenzulagen wurden zwei Varianten vereinbart: Zulagen, die früher sofort mit Übertragung der Tätigkeit zustanden, werden auch zukünftig in gleicher Höhe gezahlt. Zulagen, die dagegen erst nach mehreren Jahren (maximal nach sechs Jahre) zugestanden hätten, werden zukünftig ohne Wartezeit gezahlt, wodurch sich jedoch der Betrag verringert (Abzinsung). Stand in der Vergütungsgruppe Vb BAT (z.B. Handwerksmeister) nach vier Jahren eine Zulage in Höhe von 152,82 Euro zu, so kommt jetzt sofort eine Zulage von 122,26 Euro zur Auszahlung.



Die Große Tarifkommission der GdP stimmte am 10. März 2011 dem Verhandlungsergebnis mit einer Enthaltung zu. Foto: Holecsek

Als nicht ausreichend empfindet die GdP die Fortsetzung der Übernahmeregelung für Auszubildende, in der die Arbeitgeber nach wie vor nicht zu einer verpflichtenden Übernahme zu bewegen waren.

Die getroffenen Regelungen zur Entgeltordnung, die Vereinbarung zu den Vergütungsgruppenzulagen und zusätzliche Regelungen für bestimmte Tätigkeitsbereiche (Küstenschutz und Straßenwärter) bedeuten materiell weitere 0,25 Prozent, so dass sich rechnerisch über die Laufzeit von 24 Monaten ein Gesamtvolumen von 5,1 Prozent ergibt. Entscheidend für die Zustimmung des Verhandlungsergebnisses war, dass nach derzeitigen wirtschaftlichen Prognosen, trotz erwarteter steigender Inflationsraten, davon ausgegangen werden kann, dass die Reallöhne nach vielen Jahren wieder gesichert werden können.

Für die GdP gilt jetzt, dass dieses Ergebnis zeit- und inhalts- gleich auf den Beamtenbereich und die Versorgungsempfänger übertragen wird. Das ist nur konsequent und entspricht der eigenen Logik der Arbeitgeber, denn sie haben die Kosten für den Beamtenbereich von Beginn der Verhandlungen an in ihre Kalkulation eingerechnet

Körner

Keine echte Übernahmeregelung



GdP, GEW und ver.di hatten für den 2.3.2011 zu einem Warnstreik in Mainz aufgerufen. Über 2.500 Kolleginnen und Kollegen waren dem Aufruf gefolgt – darunter viele Polizeibeamtinnen und -beamte, die die Kolleginnen und Kollegen bei der Demonstration in ihrer Freizeit unterstützten. **Foto: Stöhr**



Rund 10.000 Demonstrationsteilnehmer – darunter 1.500 GdP-Mitglieder – waren am 1. März in Düsseldorf dem gemeinsamen Aufruf von GdP, GEW, ver.di und dem Beamtenbund gefolgt. **Foto: Hegger**



Auch während der letzten Runde der Tarifverhandlungen zeigten GdP-Mitglieder am Potsdamer Verhandlungsort Präsenz. **Foto: Holecsek**



Rekrutiert um zu töten

Zum Anschlag auf US-Soldaten am 1. März dieses Jahres am Frankfurter Flughafen bekannte sich ein 21-jähriger Kosovare. In den Medien tauchten in diesem Zusammenhang Begriffe wie „blitzradikalisiert“ oder „zweifelhafte religiöse Indoktrination“ auf. Es ist unstrittig, dass in Deutschland lebende junge Menschen gezielt für extremistische Gruppen und Anschläge rekrutiert werden.

Unser Autor Dr. Marwan Abou Taam schildert die Hintergründe und Mechanismen dieser Rekrutierungsarbeit in muslimischen Milieus.

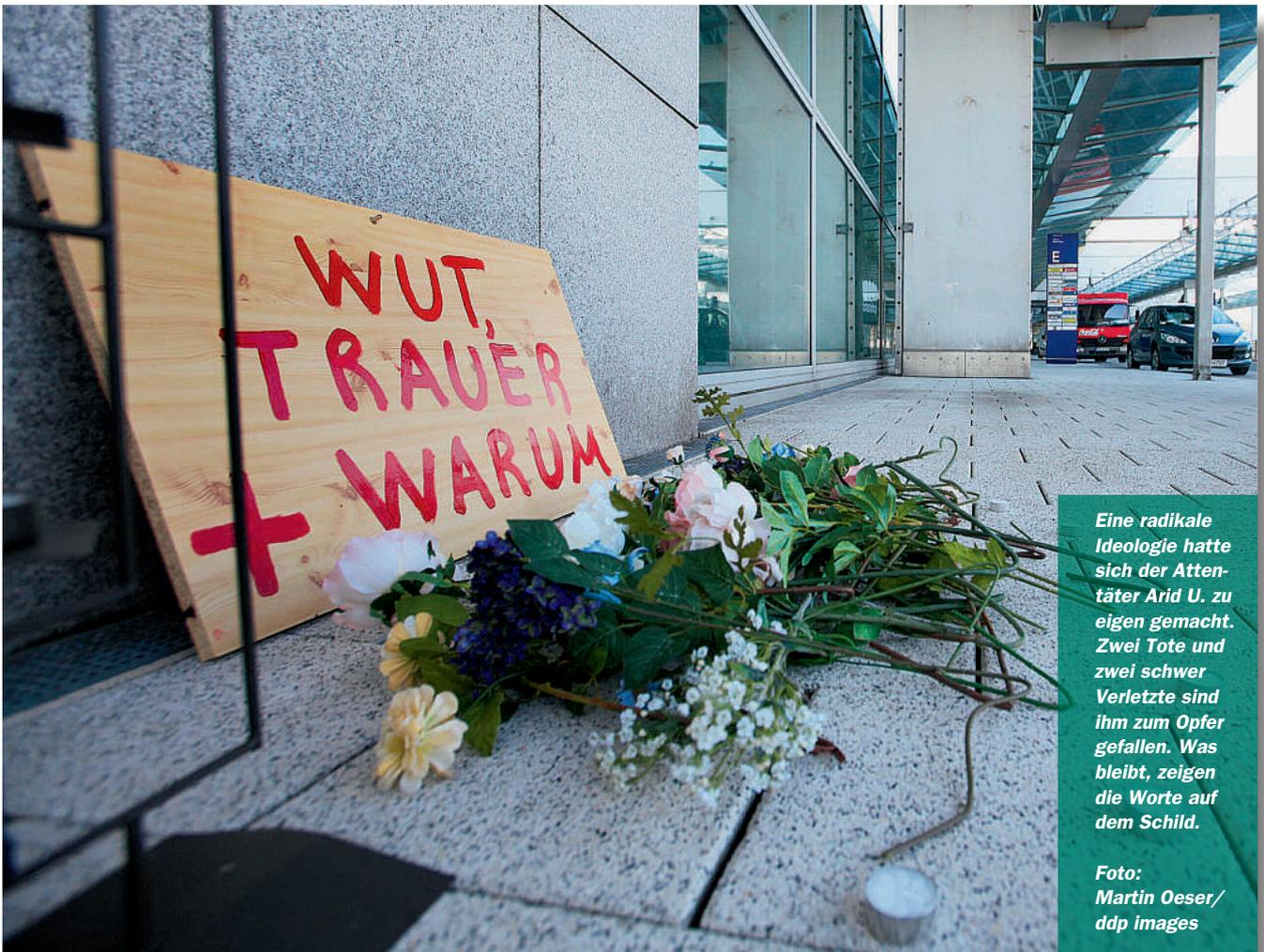
Radikalisierung ist ein inflationär gebrauchter Begriff, mit dem ganz allgemein bestimmte politische Einstellungen bezeichnet werden, die grundlegende Veränderungen an einer herrschenden Gesellschaftsordnung anstreben. Dennoch ist der Begriff zunächst vieldeutig, er leitet

sich vom lateinischen radix (Wurzel) ab und wurde im 19. Jh. vor allem als Richtungsbegriff für die bürgerlich-liberale Demokratiebewegung benutzt. Anfang des 20. Jh. wurden Anhänger von Marxismus, Leninismus und Anarchismus unter dem Begriff Radikalismus subsumiert.

Das Bestreben nach einer Sozialutopie, deren rücksichtslose Durchsetzung und das damit verbundene radikale Brechen mit den überlieferten Gesellschaftsstrukturen waren damit die zentralen Merkmale von Radikalismus.

Heute versteht man unter Radikalisierung im engeren Sinne ein kompromissloses Beharren auf Grundpositionen, die gegenüber den Einstellungen und Werten anderer intolerant sind. Auch geht die Definition davon aus, dass Radikale Ideologien mit demokratischen Grundwerten ablehnen und gewaltsame Handlungen befürworten.

In der wissenschaftlichen Debatte werden die Begriffe Extremismus und Radikalismus unterschieden. Während mit Ex-



Eine radikale Ideologie hatte sich der Attentäter Arid U. zu eigen gemacht. Zwei Tote und zwei schwer Verletzte sind ihm zum Opfer gefallen. Was bleibt, zeigen die Worte auf dem Schild.

Foto: Martin Oeser/ ddp images



tremismus, das sich beziehen auf extreme ideologische Positionen an den Rändern des politischen Spektrums gemeint ist, geht mit Radikalismus die Ablehnung institutionalisierter politischer Verfahrensweisen einher. Radikale Personen und Gruppen vertreten somit kompromisslos extreme Positionen.

Für die deutschen Verfassungsschutz-

„**Extremistische Bestrebungen sind demzufolge Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.**“

www.verfassungsschutz.de/de/FAQ

organe der Bundesrepublik haben jedoch „radikale politische Auffassungen [...] in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird; jedenfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt.“ Dagegen wird Extremismus im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes abgegrenzt als Bestrebungen, „die gegen den Kernbestand unserer Verfassung – die freiheitliche demokratische Grundordnung – gerichtet sind. Extremistische Bestrebungen sind demzufolge Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.“

Die fundamentale Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates als Grundlage für die Radikalisierungsdebatte in muslimischen Milieus erscheint hier als die bessere Grundlage bei der Bewertung von Radikalisierungsverläufen und bietet einen prüfbaren Maßstab bei etwaigen Deradikalisierungsmaßnahmen.

Muslime in Deutschland

In Deutschland leben etwa 3,2 bis 4,5 Millionen Menschen islamischer Abstammung und damit ca. 4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese statistische Zahl sagt jedoch wenig über die Religiosität dieser Menschen aus. Mit 1,8 Millionen prägen die Türken das Islambild in Deutschland, wobei Muslime aus 40 verschiedenen kulturellen und traditionellen Hintergründen hier anzutreffen sind. Unter den musli-

mischen Migranten lassen sich ethnische und religiöse Feindschaften, sowie politische Konflikte aus den Herkunftsländern antreffen. Auffallend ist, dass nur ein kleiner Teil der Muslime in Dachorganisationen und Kulturvereinen organisiert ist. Etwa 800.000 muslimische Schüler besuchen derzeit deutsche Schulen. Damit ist die muslimische „Gemeinschaft“ eine sehr junge, überwiegend patriarchalisch geprägte mit einer doppelten Hierarchie:

- Macht der Männer über Frauen (Geschlechterkonflikt)
- Macht der Älteren über die Jüngeren (Generationskonflikt)

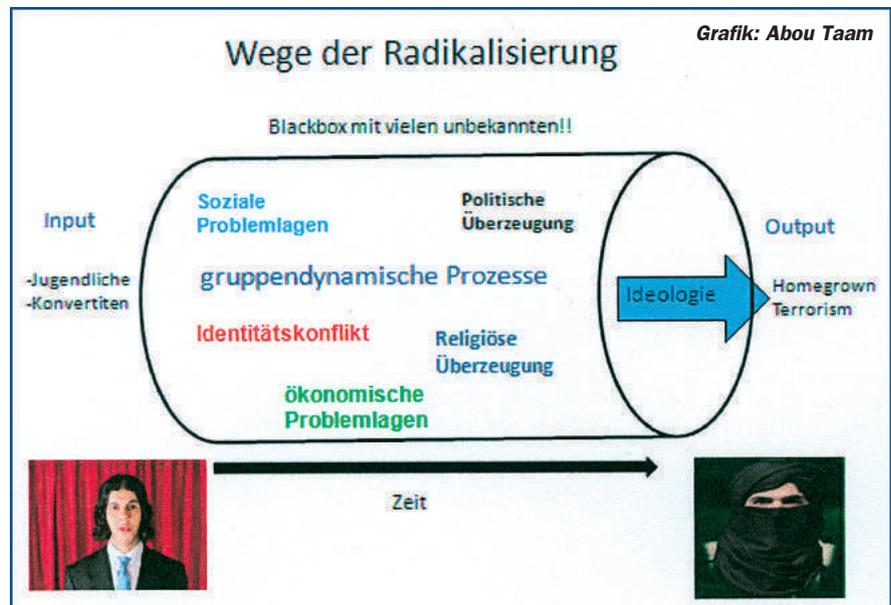
Der Islam in Deutschland ist bislang keine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft. Die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist eines der Ziele der Islamkonferenz. Dabei handelt es sich um eine im Jahre 2006 vom deutschen Innenminister Wolfgang Schäuble initiierte Konferenz. Sie soll eine Grundlage für das Verhältnis zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen schaffen und die Integration begünstigen. Ansprechpartner für den deutschen Staat sind neben den offiziellen Vertreter des legal-organisierten Islam auch Vertreter des nichtorganisierten Islam. Die beiden augenscheinlichsten und gleichsam umstrittensten Zeichen des Islam in der deutschen Öffentlichkeit sind das Kopftuch und die Moscheebauten.

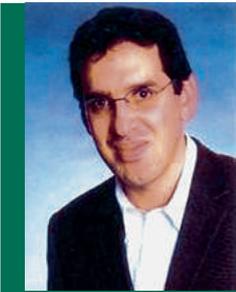
Wege in die Radikalisierung

Viele Probleme der islamischen Ge-

meinden in Deutschland ergeben sich aus den Schwächen im Integrationsprozess. Dies zeigt sich am deutlichsten im schulischen Abstieg der Jugend. 59 Prozent der türkischen Jugendlichen sind heute ohne eine Berufsausbildung. Ein Großteil hat keinen oder einen schlechten Hauptschulabschluss. Die Annahme, dass sich schulische, sprachliche und berufliche Probleme mit steigender Aufenthaltsdauer von selbst lösen, ist durch die Realität klar widerlegt worden. Die Gründe dafür sind vielfältig, aber die langfristigen Folgen dieser Entwicklung sind schon heute voraussehbar. Migrantenkinder mit schlechter Schulbildung werden in die Arbeitslosigkeit entlassen und sind mit dem sozialen Abstieg konfrontiert.

Es entwickelt sich auf Seiten dieser Jugend als Folge der fehlenden Anerkennung ein System komplexer Zusammenhänge, Netzwerke und Verflechtungen. Die Schuld an ihrer prekären Situation wird der Mehrheitsgesellschaft zugeschoben. Objektiv gesehen, haben die Betroffenen kaum Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen. Wirtschaftlich bilden sie eine „benachteiligte“ Unterschicht. Kulturell wird der Abstand zur Mehrheitsgesellschaft größer. Sie agieren hauptsächlich in ihrem eigenen sozialen Umfeld und partizipieren nur gering am gesamtgesellschaftlichen Geschehen. Die faktischen Verlierer der Gesellschaft sehen jedoch die Potenziale, die sie nie erreichen werden. Somit haben wir alle Zutaten für eine zunehmende Radikalisierung. An dieser Stelle tritt die radikale Ideologie als Heilsbringer auf. >





Der Autor: Dr. Marwan Abou Taam, 1975 in Beirut geboren, ist Politologe, Volkswirt und Islamwissenschaftler. Er arbeitet seit 2006 beim Landeskriminalamt

in Rheinland-Pfalz im Bereich politisch motivierte Kriminalität/Islamismus und ist assoziierter Projektpartner im VW-Forschungsprojekt „Hybride Europäisch-muslimische Identitäts-Modelle“ an der Humboldt Universität Berlin. Außerdem ist er Mitglied des Düsseldorfer Instituts für Außen- und Sicherheitspolitik und hat für die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) gearbeitet.

Auch wenn der Gefahr der „Versicherheitlichung“ des Umganges mit Muslimen vehement entgegengewirkt werden muss, darf man die Verknüpfung von sicherheitspolitischen Überlegungen und Migrationspolitik nicht ausblenden. Sie ist insofern profan, als dass Migranten eben Menschen sind, die ihre Ideen, Weltanschauungen, Konflikte und Konfliktlösungsmechanismen haben. Dabei ist zu beobachten, dass die Situation muslimischer Migranten nicht komplett von der Situation in den Herkunftsländern abgekoppelt werden kann. Es ist festzustellen, dass unter vielen muslimischen Migranten in Deutschland die soziale Identität im Kontext der Globalisierung neu definiert wird, so dass räumliche Grenzen aufgehoben werden. Dabei tritt eine interessante Erscheinung auf: Lokale Identitäten der ersten Einwanderergeneration werden oft in den Folgegenerationen im Rahmen neukonstruierter Überidentität revitalisiert. Auf der Suche nach der verlorenen Identität basteln sich junge Identitäts- und Anerkennungssuchende aus den vorhandenen Lebensstilen, Sinnelementen und Sehnsüchten eigene kleine lebbar konstruierte Konstruktionen. Nicht die ursprüngliche dörfliche oder gar stämmische Identität wird in der neuen Heimat ausgelebt, sondern ein Konstrukt aus konservierten, im höchsten Maße romantisierten Teilaspekten der herkömmlichen Identität gepaart mit neuen Solidarierungsformen mit einer großen abstrakten sozialen Gruppe.

Am Beispiel muslimischer Migranten in Deutschland drückt sich dieses Phänomens

bei Teilen dieser Gruppe in Form einer Selbstethnisierung auf der Ebene eines globalen islamischen Kollektivs (Umma) aus. Die Zuordnung zu einer fiktiven Gruppe geschieht, obwohl viele muslimische Migranten aus Gesellschaften stammen, die tribal (stammesabhängig) organisiert sind und somit eine eng definierte soziale Identität pflegen. Die daraus resultierenden Gefahren für die Sicherheit der Aufnahmegesellschaften werden jedoch aus einer fehlenden Integration bei gleichzeitiger grenzüberschreitender Interaktion mit den Ursprungsgesellschaften und der durch Selbstethnisierung produzierten „Feind“-„Freund“-Konstruktionen hervorgerufen.

Betrachtet man die biografischen Verläufe von radikalisierten Personen im europäischen Kontext, so stellt man fest, dass es unterschiedliche Kategorien gibt:

- radikalisiert eingewandert
- Muslime, die emotional mit Herkunftsländern verbunden sind
- Islamismus als Jugendkultur/Protestkultur:
- muslimische Jugendliche
- Konvertiten

Betrachtet man die Funktionsweise und Rekrutierungsstrategie von islamistischen Organisationen, so wird man feststellen, dass die Ideologisierung und die Polarisierung die Hauptelemente ihrer Erfolgsstrategie darstellen. Al-Qaida lässt zunehmend für die Veränderung der Weltordnung kämpfen, dabei werden von der Mutterorganisation gelöste, aber in der Ideologie gleichgesinnte Gruppen aktiviert, die eine Feindschaft gegenüber dem Westen empfinden und die Bereitschaft besitzen, diese Feindschaft in Aktion umzusetzen. Genauer gesagt: Al-Qaida richtet sich an diejenigen, die bereits Wut, Frust und Hass empfinden, aber diese Empfindungen nicht politisch artikulieren können. Hier werden die Ressourcen der Organisation bereitwillig angeboten. Hauptfeind bzw. konstituierendes Element ist der dekadente Westen, der die Umma ausbluten lässt und die Muslime ausgrenzt. Westliche Werte müssen demnach zurückgewiesen,

„Al-Qaida richtet sich an diejenigen, die bereits Wut, Frust und Hass empfinden, aber diese Empfindungen nicht politisch artikulieren können.“



die eigene islamische Identität verteidigt werden. Durch die somit neu entstandenen Solidarierungsformen mit einer großen abstrakten sozialen Gruppe, die islamische Umma, wirkt die Welt „verständlich“, „stimmig“ und vor allem „geordnet“.

Die Beschäftigung mit al-Qaida hat ergeben, dass diese versucht, mit minimalem Aufwand den größtmöglichen Schaden anzurichten. Infiltratoren werden im jeweiligen Land motiviert, in dem Anschläge stattfinden sollen. Dabei werden diese angehalten, insbesondere in sozialen Brennpunkten und in Stadtteilen, die von muslimischen Migranten bewohnt werden, eine entsprechende Infrastruktur aufzubauen. Sympathisanten werden propagandistisch angeworben, dabei setzt man auf Frustrationsgefühle und Manipulationen, indem die Feindschaft zum Westen betont dargestellt wird. So wachsen Terrorzellen, die innerhalb der Islam-Community gezüchtet werden. Al-Qaida zu Gute kommen unterschiedliche sozialpsychologische, aber auch weltanschauliche Elemente innerhalb der Islam-Diaspora. Viele insbesondere junge Menschen leben und denken durch die mediale Verbindung in ihre Heimatländer in heimischen Konflikten. Sie solidarisieren sich mit den Sorgen „ihrer Zivilisationen“ und definieren ihre Konflikte durch die Transnationalität der Religion entlang einer ethnisch-religiösen Trennungslinie.

Die Gemeinsamkeiten der auf dieser Art erreichten Personengruppen lassen sich hauptsächlich in der ideologischen Begründung ihrer radikalen Einstellungen, durch die dualistische Weltanschauung und die gruppenspezifischen Prozesse, die zur Festigung der Ideologie von immenser Bedeutung sind, feststellen.

Islamismus als Heilsideologie

Der gemeinsame Nenner aller islamistischen Bewegungen ist in erster Linie der Bezug zu den Lehren des Islam. Die fundamentalistische Auslegung dieser Religion und die politische Interpretation seiner Inhalte sind Ausdruck einer defensivkulturellen Reaktion auf die Herausforderungen der Moderne. Ideologisch artikuliert sich dieser Fundamentalismus aggressiv; dabei will er gegen die westliche Beeinflussung seiner Lebenswelt vorgehen. Der religiös motivierte Aktivist kann daher als immanenter Reaktionsmechanismus auf die konstitutiven Krisen der betroffenen Gesellschaften gesehen werden. Er ist ein Indoktrinierter, geprägt durch die Auseinandersetzung mit modernen Lebenswelten und befindet sich in einer



TERRORISMUS

Sinnkrise. Damit ist er Produkt der Moderne und zugleich gegen sie gerichtet.

Die Islamisten formulieren ihr Anliegen stets mit religiösen Traditionen und Texten, dadurch entsteht eine Verbindungslinie, die islamistische Bewegungen in der gesamten Welt des Islam aufweisen, die es möglich macht, allgemein gültige Aussagen bezüglich der grundsätzlichen Ideologie aller islamistischen Bewegungen zu machen. Geleitet werden sie von einer Weltanschauung, die die Überzeugung impliziert, dass der Islam eine absolut gültige Wahrheit darstellt, die durch Gottes Wort im Quran (Koran) offenbart und dokumentiert wurde.

Das hier hinterlegte Konzept regelt das Verhältnis der Menschen untereinander und macht Vorschriften bezüglich aller den Alltag betreffenden Gegebenheiten. Es definiert die Beziehung der Gläubigen zu den Ungläubigen sowohl im Staat als auch nach außen und liefert die Rahmenbedingungen

ideologische Interpretation des Islam. Als Hauptcharakteristika seiner dualistischen Interpretation der Welt als Kampf zwischen Glaube und Unglaube sind – insbesondere bei der militanten Form des Islamismus – Djihad und Takfir zu bewerten. Letzteres beschreibt eine Entwicklung, in der Islamisten dazu neigen, diejenige, die ihre Meinung nicht teilen, des Unglaubens zu bezichtigen. Mittels des Djihad sollen diese bekämpft oder bekehrt werden. Damit bekommt der Djihad eine doppelte, situationsabhängige und gleichermaßen strategische Grundlage, die als Gesamtkonzept der Machtposition des Islam gemäß islamistischer Interpretation dienlich sein soll.

Der Djihadismus ist keineswegs nur militärisch, d.h. das Erreichen der Ziele der islamistischen Ideologie soll nicht nur mittels des bewaffneten Kampfes erfolgen. Es lassen sich in der Literatur autoritativer Ideologen des Djihadismus eindeutige

Die Beschäftigung mit al-Qaida hat ergeben, dass diese versucht, mit minimalem Aufwand den größtmöglichen Schaden anzurichten. Infiltratoren werden im jeweiligen Land motiviert, in dem Anschläge stattfinden sollen.

für die Gestaltung der Herrschaft. Hierin sind zwei zentrale Charakteristika islamistischer Bewegungen wiederzufinden, die in nahezu allen Organisationen vertreten werden: Die universalistisch-totalitäre Eigenschaft bestimmt erstens alle Bereiche der Gesellschaft inklusive der Aufhebung der Grenze zwischen öffentlicher und privater Sphäre. Und zweitens lehnt sie den Nationalstaat als Ordnungseinheit innerhalb des internationalen Systems zu Gunsten des Umma-Begriffes ab, der keine nationalstaatliche Grenzen anerkennt und den Staatsbürgerbegriff negiert.

Nach islamistischer Überzeugung verbindet das Zugehörigkeitsgefühl zur khair Umma (beste Gemeinschaft aller Muslime) trotz aller Differenzen. Daraus leitet der politische Islam ab, dass alles Handeln und Streben eines Muslims sich zu jeder Zeit am Wohl der Gemeinschaft orientieren muss, denn alle Vorschriften für das individuelle Verhalten sind als Pflichten gegenüber Gott und der Umma zu verstehen. Damit steht die Gemeinschaft uneingeschränkt im Mittelpunkt des Interesses, das Individuum hat sich dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Der Islamismus ist eine revolutionär-

Klassifikationen und Rollenaufteilungen finden, die als Gesamtkonzept verstanden werden müssen.

In der Vorstellung des Djihadismus wird die Verpflichtung, am Djihad teilzunehmen, in einer Zirkeltheorie beschrieben. Während die unmittelbar an der Front sich befindlichen Djihadisten ihr Leben für den militärischen Kampf einsetzen, müssen andere Teile der Gruppe dies gemäß ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten tun. Damit ist gemeint, dass das Geldsammeln für die Versorgung der Kämpfer aus der Perspektive des Djihadismus, auch als Djihad zu bewerten sei. Dies gilt ebenfalls für die Propaganda und der damit verbundene Rekrutierung von Anhängern.

Die djihadistische Gruppe und die Suche nach Identität

Viele Aktivisten islamistischer Organisationen bewerten die Elterngeneration als eine von der „wahren“ Weltanschauung abweichende Generation. Dies ist damit zu erklären, dass die Elterngeneration für die prekäre Lage verantwortlich gemacht wird. Die Kritik an der Elterngeneration ist nicht vergleichbar mit den Forderungen




COP® Specials

Achtung! NEUERÖFFNUNG am 1. März 2011
COP SHOP FRANKFURT/Main, Schloßstr. 83, Bockenheim
 mit vielen Angeboten vom 1. - 5.03.2011 im Shop!

Gültig vom
20.2. - 30.4.11

1 Einsatzstiefel BATES®

5 TACTICAL SPORT

Art.-Nr. 852262-Größe EU
 Farbe: schwarz. Größen: (EU 35 - 48),
 US 3 - 15 (keine halben Größen)
 Obermaterial: Leder und Nylon
 1/3 hoher Einsatzstiefel von BATES
 mit geringem Gewicht u. athletischer
 Passform.

Aktionspreis!
€ 69,90
 statt 99,99



Am 20.10.2005 durch SATRA Technology Centre CE-zertifiziert als Berufsschuh gem. EN347/OB E HRO

Größe US	3	3.5	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Größe EU	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

2 Under Armour® Tactical Mock ColdGear®

Art.-Nr: UA1005512B-Größe (beige)
 Art.-Nr: UA1005512N-Größe (navy)
 Farben: navy, beige (desert). Größen: S - 3XL. Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan. Langärmeliges, hochfunktionelles Kompressionsshirt mit ColdGear® Technologie, das den Körper in kalten Tagen warm und trocken hält. Halbhoher Stehkragen.

Achtung Sonderposten!
 Nur solange Vorrat reicht

Aktionspreis!
€ 39,90
 statt 59,99



3 Luminox Navy SEAL 3001

Art.-Nr: LU-3001
 Getragen v. den Eliteeinheiten d. Navy SEALs. Offizielle Qualifikation für den Gebrauch der US Navy und US Army.

- Wasserfest bis 20 bar/atm. / 200 Meters / 660 feet
- Schweizer Quarzwerk mit Datum

Aktionspreis!
€ 189,90
 statt 229,95



4 Handschuh HATCH® SGX11

Art.-Nr: 35SGX11-Größe
 Größen: XS - 4XL
 Optimaler Schnittschutz durch den neuen Dyneema® Innenhandschuh.

Abriebfestigkeit: Kategorie 4
 Schnittfestigkeit: Kategorie 5
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

Aktionspreis!
€ 59,90
 statt 99,99



5 UZI Kombi-pack Einsatzuhr & Kugelschreiber

Art.-Nr: CCUZI-TPW-COMBO
 Set aus taktischer Einsatz-Uhr und Kugelschreiber. Uhr mit digitalem Display (gut ablesbar) und elektr. Hintergrundbeleuchtung und Kugelschreiber mit Glasbrecher.

Aktionspreis!
€ 29,90
 statt 59,99

Nur solange Vorrat reicht!

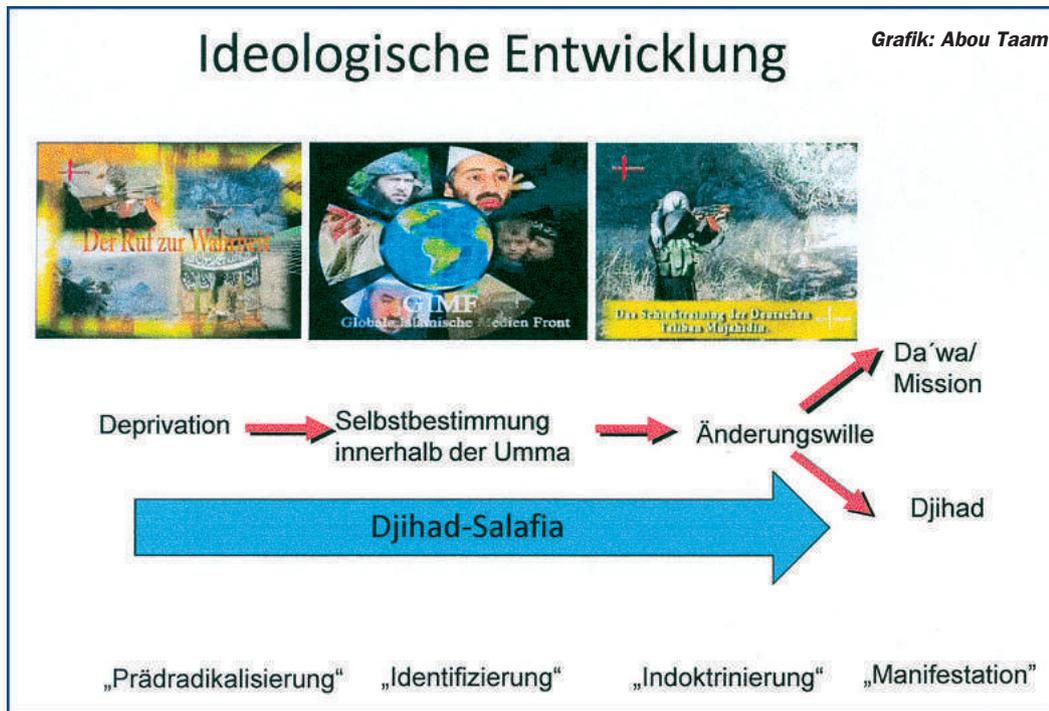


COP Vertriebs-GmbH
 Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
 Telefon 08445-9296-0
 Fax 08445-9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

Angebote gültig vom 20. Februar bis 30. April 2011 * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

4 – 2011 Deutsche Polizei 11



dauerhaften Kampf befindet, verleiht sie dem Einzelnen zudem ein Gefühl der Stärke und noch wichtiger: der moralischen Überlegenheit. Die Gruppenideologie erlaubt die Gewalt gegen die selbst definierte Tyrannei. Sie einigt dadurch alle sich als Opfer Betrachtenden und reguliert eventuell auftretende Schuldgefühle ihrer Mitglieder, indem stets die Behauptung aufgestellt wird, dass die eigene Aggression lediglich eine Reaktion auf eine tatsächliche Unterdrückung und gegen die Gruppe ausgeführte Gewalt darstellt.

In der Selbstwahrnehmung verursacht die Verfolgung durch die staatlichen Organe ein Selbstwertgefühl, das vorher nie erreicht wurde. Somit wird das Interesse des Staates und der Öffentlichkeit uminterpretiert und als Erfolg definiert. Die Vermengung von Fiktion und Realität reagiert mit der politisch-kulturellen Aktualität und produziert übertriebene Schuldgefühle, die mit der Pflicht, die imaginierte Umma zu schützen, aufgelöst wird. Diese Pflicht muss im Kontext der vorgefundenen Ideologie verstanden werden, so dass wir es mit Menschen zu tun haben, die sich als moralisch überlegen empfinden und Gewalt im Kampf gegen den so genannten a ut (Unterdrücker) als legitim verstehen.

Der Islamismus als Exklusivideologie instrumentalisiert in diesem Zusammenhang die fehlende soziale und wirtschaftliche Integration der Islam-Diaspora und nistet sich in ihren ghettoaähnlichen Wohnvierteln ein. Selbstethnisierung sowie Diskriminierung von außen werfen Fragen nach der Identität der Muslime in Europa sowie nach der Lebensqualität für Muslime und Europäer auf. Hierbei ist die Verteufelung der Muslime genauso gefährlich für die innere Sicherheit wie die Ausbreitung einer militanten Islaminterpretation. Letzteres geschieht in Deutschland zunehmend im Kontext einer Bewegung, die sich als Salafi-Islam bezeichnet.

Die Salafiya-Problematik

In diesem Kontext ist eine neuartige Erscheinung in Deutschland zu beobachten.

der 68er in Westdeutschland, denn hier wird den Eltern die Loslösung von der „wahren Religion“ und der damit einhergehenden Traditionen vorgeworfen. Es hat sich innerhalb dieser Gesellschaften und insbesondere bei der Jugend ein Gefühl kollektiver Frustration und Wut durchgesetzt, das bei vielen dazu führt, dass all diejenigen, die erfolgreich ihre Interessen durchsetzen, als Unterdrücker bzw. Aggressoren gesehen und damit zu legitimen Zielen definiert werden. Djihadistische Ideologien, die die menschliche Existenz als Kampf zwischen „Gut“ und „Böse“ interpretieren, finden in solchen Kreisen offene Ohren und Herzen.

Im Kontext gesellschaftlicher Transformationen gelingt es ambitionierten islamistischen Eliten, durch strategische Identitätskonstruktionen den eigenen Herrschaftsanspruch zu festigen und politische Anhängerschaft zu mobilisieren. Diese Indoktrination passt sich bestehenden Resonanzstrukturen an, denn Identitätskonstruktionen basieren auf historischen Mythen, welche ihrerseits Anknüpfungspunkte für höchst unterschiedliche Entwicklungen bieten können. Fundamentalistische Gruppen profitieren somit in erster Linie von der oben beschriebenen Sinnkrise, die im Zuge radikaler gesellschaftlicher Transformationen produziert wird. Sich solchen Gruppen anzuschließen, ist ein Versuch, die eigene Identität zu finden. Betroffene bekommen dadurch die Möglichkeit, sich in eine soziale Gruppe einzugliedern, die ihnen eine feste Rolle

zuordnet, in der sie sich einbringen können. Die Gruppe, bestehend aus gleichdenkenden und aus einer ähnlichen Situation kommenden Menschen, ist die neue Familie, die einen ideologisch-weltanschaulichen Schutz bietet. Die Möglichkeit, sich einer solchen Gruppe anzuschließen, verleiht dem Einzelnen eine Gruppenidentität, die ihn von den Nöten und den alltäglichen Kämpfen befreit. In Organisationen werden klare hierarchische Strukturen und Wertevorstellungen von der Gruppe vorgegeben.

Die Normen der Gruppe sind eine an den bestehenden Resonanzstrukturen der vorherrschenden Kultur angepasste Rekonstruktion, die den Einzelnen binden, indem sie Zugangskriterien und Obligationen definieren. Sie werden von den Mitgliedern stark internalisiert, weil sie an religiöse Werteideale und Prinzipien gekoppelt werden und die Festigung personaler und kollektiver Identität fördern. Zudem leisten die propagierten und meist gelebten Normen der Gruppe eine nicht zu unterschätzende Orientierungsfunktion. Sie typisieren erlaubtes und verbotenes Handeln jenseits der komplexen Realität und vereinfachen die Wahlmöglichkeiten, indem sie bereits eine Selektion von Möglichkeiten vornehmen sowie langfristige Austauschbeziehungen zwischen den Gruppenmitgliedern und der Außenwelt koordinieren.

Da die fundamentalistische Gruppe prinzipiell der Umgebung gegenüber feindlich gesonnen ist und sich somit im



www.gewerkschaftsbonus.de

Login: Benutzername: gewerkschaftsbonus, Passwort: polizei

Festnetz- und Internetanschluss zum Behördentarif

- Internetflatrate
- Telefonflatrate ins dt. Festnetz
- 60 Min in alle dt. Mobilfunknetze telefonieren
- mit Sonderrabatt für die Gewerkschaft¹
- WLAN-Router für einmalig 1,- €
- opt. mit kostenlosem TV- Festplatten-Receiver²
- Sicherheitspaket mit 4 Lizenzen

Ich will. Ich kann. Mit Vodafone

power to you



www.gewerkschaftsbonus.de

jetzt inkl.

**TV
Receiver**

Vodafone

**Internet- und Telefonpaket
Surfen und Telefonieren
im besten
deutschen
Netz!**



¹Der Rabatt für die Gewerkschaft ist kein offizielles Vodafone - Angebot, sondern wird durch die Connexion GmbH mit Gutschriften auf Ihr Bankkonto erzielt. Verfügbarkeit des Produktes am Nutzungsort vorausgesetzt. Technische Verfügbarkeitsprüfung, AGB und weitere Bedingungen finden Sie auf der angegebenen Internetseite mit Ihren Zugangsdaten. Versandkosten 9,95 €. ²Der kostenlose TV-Festplatten-Receiver ist nur erhältlich mit der Vodafone TV-Option.

„*Der Islamismus als Exklusivideologie instrumentalisiert in diesem Zusammenhang die fehlende soziale und wirtschaftliche Integration der Islam-Diaspora und nistet sich in ihren ghettoähnlichen Wohnvierteln ein.*“

ten. Unter der Überschrift Salafiya werden unterschiedliche teils gegensätzliche politische Konzepte diskutiert, die ein Phänomen verkomplizieren, mit dem Schulen, Gemeinden, öffentliche Institutionen aber auch die Polizei konfrontiert werden. Der Begriff Salaf kommt aus dem Arabischen und bedeutet Vorgänger, Vorfahren, Ahnen. Darauf baut eine religiöse Ideologie auf, die sich bei Auslegen religiöser Texte streng an die Tradition der ersten islamischen Gemeinschaften orientieren. Die Orientierung an einem detaillierten Idealbild frühislamischer Praxis sowie das Streben nach vollständiger Wiedereinführung und strikter Anwendung der Scharia (islamische Rechtsordnung) sind zentrale charakteristische Merkmale aller am Salafiyakonzept orientierten islamischen Gruppierungen. Weitere Merkmale der Salafiya lassen sich darin beschreiben, dass sie sich nur auf jenes Kulturerbe, welches in einer eindeutigen Relation zur Religion steht, beschränken. Das, was mit ihrer Interpretation des Islam verbunden ist, wird akzeptiert. Alles andere wird in einem dualistischen Weltbild vehement zurückgewiesen und gar bekämpft. Hierbei kommt eine extreme Schrift- und Gelehrtengläubigkeit, denen höchste Autorität zugesprochen wird, zum Ausdruck. Denn ihre dualistische Weltanschauung basiert auf einer strikten Aufteilung der Welt in einer Sphäre des Imans (Glaubens) und einer ihr entgegengesetzten Sphäre des Kufirs (Unglaubens). Diese können nicht ohne weiteres nebeneinander existieren. Daher steht die Auseinandersetzung mit den Kuffar (Ungläubigen) im Mittelpunkt ihrer Schriften. Zu den Ungläubigen zählen alle Angehörigen anderer Religionen, aber auch Muslime, die nicht den „eindeutigen“ religiösen Vorgaben, sondern „Menschengemachten“ Gesetzen folgen wollen. So ist jeder Muslim, der sein Wahlrecht in Deutschland wahrnimmt ein Apostat, der nach ihrer klassischen Interpretation der Scharia mit dem Tode bestraft werden muss.

Was die Salafiya-Anhänger besonders beunruhigt, ist die stetige Orientierung islamischer Gesellschaften an westlichen Lebensarten. So beanstanden sie die Übernahme westlicher Wissenschaften,

Wirtschaftmodelle und gar politischer Strukturen. Dabei hätten die Muslime die Aufgabe, die Menschheit zu retten und sich nicht in diese aktuell vorherrschenden Systeme zu integrieren. Die vehemente Ablehnung weltlicher „Politiken“ und die Bereitschaft, das eigene Leben und die Umwelt nach Gottesgesetzen zu organisieren bei gleichzeitigem Drang der Ausweitung dieser Gesetze in Form von Da`wa (Mission) kennzeichnen ihrer Meinung nach den wahren Gläubigen. Die Salafiya schreibt normativ im Endeffekt eine Entsubjektivierung der Menschen fest. Jede menschliche Handlung bedarf einer religiösen Autorisierung.

Wer nicht nach den religiösen Normen und Gesetzen strebt, die in der Schari`a beschrieben werden, ist ein Kafir, der sich anmaßt, Gesetze schaffen zu können. Das Prinzip Takfir (die Erklärung von Muslimen zu Ungläubigen) ist ein nicht zu unterschätzendes Element innerhalb ihrer Weltanschauung. Hiermit bedienen sie sich einer absolut scharfen Waffe, die in der flexiblen Gestaltung jeden Gegner zur Vernichtung freigibt.

Von den Gläubigen wird erwartet, die wahre Religion durch Da`wa (Mission) zu verbreiten. Dabei sind folgende Prinzipien grundlegend:

- Ablehnung moderner westlicher Einflüsse,
- Rückkehr zum Monotheismus eines reinen Urislams/Tauhid,
- Islam muss dominieren/Islam als Lösung

Bei der Salafiya-Bewegung handelt es sich um eine Massenorganisation, ein nahezu weltumspannendes Netzwerk, das islamistisches Gedankengut verbreitet. Den Salafiya-Anhängern geht es darum, die Welt nach den Vorgaben der Schari`a umzugestalten. Damit teilen sie mit den Djihadisten prinzipiell eine Weltanschauung. Dabei wird das westliche Konzept von Demokratie und Menschenrechten als unislamisch zurückgewiesen. Das impliziert eine Überfülle von Konflikten mit dem Westen. Diese Feindschaft basiert auf dem Grundgedanken, dass der westliche Staat als Aggressor das islamistische Projekt einer islamistischen Weltordnung verhindert. Als transnationale religiöse Bewegung entfaltet sich die Salafiya insbesonde-

re innerhalb der Diaspora-Community und entwickelt sich zu einer tragenden Größe. Sie agiert entlang einer polarisierenden Mischung aus traditionellen Vorstellung und politischen Ambitionen. Dabei erfolgen ihre Handlungen entlang einer radikalen Interpretation der islamischen Vorstellung von Da`wa (Mission).

Diese Bewegung verfolgt das Ziel der totalen Transformation der Gesellschaft. Die Tatsache, dass nur ein Teil der Salafiya-Anhänger djihadistisch eingestellt ist, macht diese Gruppen nicht minder gefährlich. Sie wirkt polarisierend und kann auf der Grundlage ihrer geopolitischen Agenda Mitglieder mobilisieren. Dabei profitiert die Gruppe in allen ihren Teilen (djihadistische/friedliche) von den legalen Strukturen, die sie unterhält. Die heutigen Bedingungen der Kommunikation sowie die Mobilität der Missionare lassen die Ideologie von der großen Umma wirklicher erscheinen denn je. Damit diffundieren Konfliktpotentiale und es entstehen neue Solidaritätsformen. Religiös ambitionierte Missionare können durch djihadistische Aktivitäten (Rekrutierung/Kampf) schnell über nationale Grenzen hinweg zu einer Autorität wachsen. Anders formuliert: Innerhalb der weltweiten Salafiya-Bewegung gibt es Netzwerke, die als Durchlauferhitze auf dem Weg zur Ideologisierung und Radikalisierung wirken.

Beobachtungen und Funktionsweisen salafistischer Gruppierungen

Die salafistische Gruppe an sich ist eine Anzahl von Menschen, die in diffusen und unmittelbaren Beziehungen zu einander stehen, welche von einer relativen Dauerhaftigkeit geprägt sind. Interaktionen innerhalb der Gruppe bewirken, dass über einen längeren Zeitraum hinweg, Rollenmuster Interaktionsketten und Gruppenstrukturen entstehen und bestimmte Gruppenziele, Werte und schließlich ein Kollektivbewusstsein und somit eine Gruppenidentität entwickelt werden, die als Handlungsmaßstab das Verhalten der Gruppenmitglieder vorschreiben. Dadurch wird den Gruppenmitgliedern ermöglicht, bei Nichtbefolgung bestimmter Handlungsweisen ein Mitglied zu sanktionieren oder bei einem vorbildlichen Verhalten zu belohnen. Somit entwickelt sich die Gruppe zu einer Kontrollinstanz, denn jede Aktion der Gruppenmitglieder kann an den Werten der Gruppen gemessen und bewertet werden. Da die Werte, die die Gruppe beansprucht, als aus der



Geschichte gewachsene allgemeine Zielvorstellungen, Orientierungsleitlinien und -standards, Maßstäbe und Legitimationsgrundlagen für das Verhalten von Menschen empfunden werden, können sie nicht in Frage gestellt werden. Die salafistische Gruppe ist ein soziales System, das durch

die Werte und Normen, die Rollenerwartungen und Rollenverpflichtungen den Gruppenmitgliedern ein kollektives Identitätsbewusstsein geben. Im Rahmen dieser Entwicklung kommt es zu einer Neuinterpretation historischer Ereignisse im Sinne der Gruppenziele, wobei erkannt wird, dass

stischen Gruppe angliedert, verrät zunächst über sich, dass er die dort propagierte Ideologie teilt. Er zeigt auch große Bereitschaft, für die Ziele der gewählten Gruppe in Aktion zu treten. Diese Menschen behaupten, eine Transformation gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu wollen.

Sie vertreten rein universalistische Ziele, die auf den ersten Blick ziemlich altruistisch erscheinen. Die Salafiya bietet hier zunächst ein Forum für gleich- bzw. ähnlich gesinnte Menschen. Wie bereits oben erwähnt, liefert die Gruppe eine Gruppenidentität, die die individuelle Identität mit all ihren Schwächen überschattet. Die Fortexistenz der Gruppe wird mit der eigenen Existenz gleichgesetzt, so dass eine sich selbst verstärkende Eigendynamik entsteht,

die den Fortbestand der Gruppe garantiert. Die innere Dynamik und die soziokulturellen Werte erklären nicht nur die Rekrutierungskraft, sondern auch das Verbleiben und die Treue der Mitglieder.

Die salafistische Gruppe hat eine eigene Gruppenkultur mit spezifischen Traditionen und Werten, die prinzipiell dualistisch und antidemokratisch sind und vom Einzelnen die absolute Solidarität mit der Gruppe in ihrer Gesamtheit, nicht un-



Die islamistische Sauerland-Gruppe hat in Deutschland eine Reihe junger Männer als Terroristen-Nachwuchs rekrutiert. Foto: Federico Gambarini/dpa

offene Grenzen im Austausch mit der Umwelt steht. Die gesellschaftliche Funktion besteht in der Lösung gesellschaftlicher Probleme ihrer Anhänger/potentieller Anhänger durch Komplexitätsreduktion.

Die Entstehung eines Zusammengehörigkeitsgefühls einer salafistischen Gruppe hat automatisch zur Folge, dass sie zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern unterscheidet, so dass die Gruppenmitglieder von dem Rest der Gesellschaft abgegrenzt werden. Daraus folgt, dass

das kollektive Gedächtnis ausschlaggebend bei der Konstituierung der Gruppe ist. Die selbst konstruierte Geschichte der Gruppe im Kontext eines „Ummabewusstseins“ soll hier als eine zusätzliche Bindungskraft für das Kollektiv wirken. Zusätzlich zur Ummazugehörigkeit als notwendiger Bedingung muss ein Gruppenmitglied darüber hinaus die unerlässliche Bedingung erfüllen, welche seine uneingeschränkte Bereitschaft zu Da'wa unterstreicht.

Der Einzelne, der sich einer salafi-

LBN VVaG

gegründet als
Lehrerbrandkasse –
heute offen für alle

Tel. 05 11/54 48 88-0
www.lbn.de



Weniger zahlen. Besser leben.

Sparen auch Sie mit unseren
überaus günstigen Versicherungen.

Hausrat- und
Glasversicherung
siehe **FINANZtest** 6/10
Unfallversicherung

Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an! Profitieren Sie über unsere günstigen Wahltarife hinaus von maßgeschneiderten Leistungen, kompetenter Beratung und persönlicher Betreuung (kein Call Center).



bedingt mit dem einzelnen Individuum, verlangen. Der Kontakt nach außen wird nur von speziell dafür bestimmten Gruppenmitgliedern, die in ihrer Ideologie stark gefestigt sind, entsprechend strategischer Vorgaben geführt. Wenn sich die Gruppe mitteilt, handelt es sich stets um Schritte im Kampf, also um einzelne Schlachten. Kein Gruppenmitglied äußert seine eigene Meinung, denn es gibt nur das Kollektiv. Die Migration in die salafistische Gruppe isoliert den Einzelnen psychisch und sehr oft auch physisch von seiner „normalen“ Umgebung. Vertrauensbeziehungen existieren

nur zu anderen Gruppenmitgliedern. Die Kräfte, die dadurch entwickelt werden, können auch in Sekten beobachtet werden. Je stärker sich eine Person in die Gruppe eingliedert, umso weiter entfernt sie sich von der ursprünglichen Lebenswelt. Eine Integration in die Gruppe bedeutet die komplette Auflösung des Individuums im Sinne der Gruppenidentität und der damit verbundenen hierarchisch einbahnigen totalen Kontrolle durch die Gemeinschaft. Von religiösen Sekten wissen wir, dass nicht nur soziale Kontakte vorgeschrieben werden, sondern auch, dass Verehelichungen von Gruppenmitgliedern diktiert werden. In salafistischen Gruppen können wir ähnliche Strukturen beobachten.

„**Muslime müssen erkennen, dass radikale Bewegungen, wie die Salafiya, den Islam pervertieren.**“

Die totale Identifikation der Mitglieder mit ihrer Gruppe wird von der Gruppe nicht mit dem entsprechenden Vertrauen zum Einzelnen belohnt, denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Einzelne die Gruppe bewusst oder unbewusst verraten könnte. Dies wird insofern hingenommen, als das jeder davon ausgeht, dass die „vertrauenswürdige“ Hierarchiespitze den Überblick habe und wisse, was gut für die Sicherheit des Einzelnen und damit für die ganze Gruppe sei. Daher orientieren sich salafistische Gruppierungen immer an religiöse Autoritäten, die die Entscheidungsmacht haben über richtig und falsch. Zwischen den Gruppenmitgliedern entwickeln sich im Laufe der Zeit existenzielle Bindungsverhältnisse. Daraus ergibt sich, dass Ansehen und Ruf innerhalb der Gemeinschaft, das hierarchische Aufsteigen und die Akzeptanz durch die Mitglieder weitaus wichtiger sind als die Wahrnehmung von außen.

Zusätzlich wirken natürlich auch anderweitige Mechanismen, die man in anderen Gruppenbildungsprozessen beobachten kann. Die Schaffung von Ähnlichkeit innerhalb der Gruppe durch eine gezielte Informationsstrategie prägt die Gruppenzugehörigkeiten und macht das Verhalten der Mitglieder vorhersagbar. Spätestens mit zunehmender Intensität und durch verstärkten Druck von außen wird die Privatsphäre aufgehoben. Handeln die Akteure im Gottesauftrag, so besteht der Hang zum Totalitarismus, so dass die Grenze zwischen „privat“ und „öffentlich“ generell keine Rolle spielt. Die Gruppe verlangt totale Hingabe, was den totalen Verzicht auf Persönlichkeitsrechte impliziert. Diese

Tatsache gilt insbesondere für die unteren Stufen der Machthierarchie. Je weiter oben man steht, desto ominöser und unerreichbarer wird die Person. Sie wird umgeben von charismatischen Zuordnungen und verklärt, so dass ihr tatsächliches Verhalten jenseits jeglicher Rationalität von den einzelnen Mitgliedern aufgefasst wird. Damit dient die Gruppenzugehörigkeit der Validierung der Wahrnehmungen, Einstellungen und Gefühle der Gruppenmitglieder durch die Gruppe und den Führer.

In einer salafistischen Gruppe werden Meinungsverschiedenheiten nicht toleriert. Dies ist die logische Konsequenz eines totalitären Denkens, das nur zwei Alternativen zulassen kann: absolut richtig – absolut falsch/gläubig – ungläubig.

Radikalisierung entgegenwirken

Eine Gegenstrategie kann darin bestehen, die Vorzüge einer freiheitlichen Verfassung allen Bürgern deutlich zu machen. Muslime und Nicht-Muslime müssen erkennen können, dass die freiheitlich liberale Grundordnung der Bundesrepublik durchaus Entfaltungsoptionen bietet, die durch die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte wirken. Erst durch die Diversität kann Stabilität erzeugt werden und die Freiheit von Stärke und Gewalt radikal getrennt werden.

Wenn man Muslimen das Angebot macht, sie entlang verfassungsrechtlicher Prinzipien als „gleichwertige“ Bürger anzuerkennen und die politische Kultur des „Bürgers“ im Sinne von Citoyen (Bürger, die aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen partizipieren) gesamtgesellschaftlich durchsetzt, so wird den Islamisten der Hoheitsanspruch über Begriffe

der Religion streitig gemacht. Und andererseits stünde ein Verfassungspatriotismus einer islamischen Identität nicht im Wege.

Muslime müssen erkennen, dass radikale Bewegungen, wie die Salafiya, den Islam pervertieren. Somit beinhaltet die Bringschuld der Muslime, die Anerkennung der Tatsache, dass eine islamische Identität, die auf bloße Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft basiert, auf Dauer zu schwach ist und den nachfolgenden Generationen eher schaden wird. Vielmehr sollten sie sich auf einen Dialog einlassen, der einen zivilisierten Rahmen für Uneinigkeit beinhalten muss und nicht allein durch Toleranz begründet werden darf. Denn Toleranz ist impliziert ein Machtverhältnis zwischen den Tolerierenden und den Tolerierten. Das Überwinden der Toleranz wird erreicht, wenn der Dialog im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft auf der Grundlage der individuellen Freiheitsrechte – wie sie das Grundgesetz beschreibt – geführt wird. Ziel wäre damit, das Anderssein auf einer gemeinsamen Grundlage zu respektieren.

Eine nachhaltige Integrationspolitik muss sich an Werten orientieren. Diese Werte werden in unterschiedlichen, in Teilen konkurrierenden Lernräumen vermittelt: Kindergarten, Schule, Vereinsleben, Straße, Peers und Medienlandschaft, wobei der Familie eine zentrale Rolle zukommt. Eine Integrationspolitik muss versuchen, alle diese Räume in eine weitreichende Integrationsstrategie einzubeziehen. Dabei müssen Entscheidungsträger sich bewusst sein, dass gelingende Integration eine herausragende Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe für die kommunale Struktur ist. Daraus resultiert, dass Integration als Querschnittsaufgabe alle Bereiche der Gesellschaft betrifft und eine konstruktive Zusammenarbeit aller auf diesem Gebiet tätigen Akteure bedarf, um entsprechende Synergien entfalten zu können. Eine Voraussetzung hierfür ist das Erstellen eines Integrationskonzeptes, in dem strukturelle Anpassungen und zielorientierte Vernetzung vorgesehen werden. Die Ziele einer solchen Strategie sind nicht weniger als die gesellschaftliche und institutionelle Verankerung einer Integrationskultur und die Festigung einer Politik der Chancengleichheit und der Partizipation. Genau daran wird sich schließlich entscheiden, ob Integrationsanstrengungen ein Wir-Gefühl installieren. Das sich identifizieren mit „seiner“ Kommune/Stadt ist der zentralste Maßstab und eine Basis für ein demokratisches und soziales Gemeinwesen. Deradikalisierungserfolge lassen sich nur daran messen.

Marwan Abou Taam



Wenn die Seele blutet ...

„Ich mach euch fertig!“ Warum unter Jugendlichen diese Aussage immer häufiger zur Tatsache wird, darauf gibt Jörg Schmitt-Kilian in seinem gleichnamigen Buch eine Vielzahl von Antworten. Der Autor bezeichnet sein Buch selbst als Praxisbuch zur Gewaltprävention, aber das Buch ist viel mehr.

Jörg Schmitt-Kilian dringt mit seiner Schreibweise und seinen Geschichten tief in die Gefühlswelt des Lesers vor. Er erzählt Geschichten aus der Perspektive von jungen Heranwachsenden, die sich in ihrem gesellschaftlichen Umfeld nicht mehr zu helfen wissen und innerlich bereits laut nach Hilfe rufen. Von Menschen, die einer bestimmten Norm nicht entsprechen und aus diesem Grund nicht einer Clique, einer bestimmten Gruppe oder einer Gemeinschaft angehören dürfen. Schmitt-Kilian stellt auf sehr beschauliche Art und Weise den Konflikt derjenigen dar, die dieser Normanforderungen nicht genügen, er beschreibt wie unglücklich sie sind, welche Wünsche sie haben und wie schwer ihnen das Leben fällt.

Jörg Schmitt-Kilian erfüllt mit diesem

Buch mehr als den Anspruch, eine praxisorientierte Hilfestellung zu sein. Das Buch verändert die Leser. Es sensibilisiert sie. Und das gilt nicht nur für Lehrerinnen und Lehrer, die seit der Zunahme von Amokläufen an deutschen Schulen, eine erhöhte Empathiefähigkeit mitbringen müssen. Schmitt-Kilian legt den Finger auf die Wunde aller. Er berichtet nicht nur von jugendlichen Amokläufern, sondern auch von Jugendlichen, die anscheinend nur aus Spaß an der Freude anderen körperlichen und seelischen Schaden zufügen. Er rechtfertigt die Taten nicht, nennt aber plausible Gründe, die diese Gewalttaten dem Leser nachvollziehbar machen. Der Autor wirft nicht nur Fragen auf, er gibt auch Antworten.

Er erzählt u.a. die Geschichten von Gregor, Thomas und Tanja und zeigt wie sich seelische Verletzung schrittweise in Wut und Hass verwandeln. Im Verlaufe des Buches begegnen dem Leser/der Leserin viele solcher kleinen Erzählungen, die sich nicht in einer entfernten Großstadt ereignen müssen, sondern jederzeit in der direkten Nachbarschaft oder sogar in der eigenen Familie geschehen können. Jörg Schmitt-Kilian verteilt die Verantwortung der bisher geschehenen Taten auf mehrere Köpfe, spricht den Täter aber nicht von seiner Schuld frei. Er weist daraufhin, dass der Rückgang der Hemmschwelle zur Gewalt von Jugendlichen nicht nur das Problem der Opfer ist, sondern ein Problem aller, für dessen Lösung Wegschauen der verkehrteste Weg ist. **Torsten Rohde**

forum Fortsetzung von Seite 5

Folgende Punkte – in Kürze – liegen mir sehr am Herzen:

Wir brauchen die Frauenquote auf allen Ebenen und in allen Institutionen. Frauen sollten mehr Selbstvertrauen haben und das Wort „Quotenfrau“ positiv belegen. Nur qualifizierte Frauen, die Leistung bringen, können überhaupt zu einer „Quotenfrau“ werden und Männer, die uns einreden, wir seien ja „nur“ eine „Quotenfrau“, haben Ängste. Eine kluge Frau hat einmal gesagt: „Ich glaube erst dann an die Gleichberechtigung, wenn eine Frau auf einem Posten sitzt, miserable Arbeit macht und trotzdem im Amt bleibt, wie es Hunderten von Männern heute schon gelingt.“

Frauen müssen in die Personalräte an entscheidender Stelle arbeiten, denn dort

können sie im Rahmen der Mitbestimmung Einfluss nehmen, gestalten, initiativ werden und somit gewerkschaftliche Positionen einbringen und umsetzen.

In Rahmen der Aus- und Fortbildung sind Vorgesetzte zu schulen, um eine Benachteiligung von Frauen in jeder Hinsicht zu vermeiden. Führungskräfte müssen an dieser Arbeit gemessen werden. An der Deutschen Hochschule der Polizei muss Führungslehre unter diesem Gesichtspunkt mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Heute kommen die Beamten als Ratsanwärter aus Hilstrup und können durchstarten bis zum Leitenden Direktor. Vor jeder Ernennung werden sie beurteilt; aber woran wird ihre Arbeit gemessen? Sie müssten nachweisen, was sie in Sachen Frauenförderung gemacht haben. Wollen allein reicht nicht aus.

Klara Oelke, per E-Mail

HEROES WEAR HAIX®



Die perfekten Schuhe für Outdoor-Aktivitäten

COLORADO KENTUCKY

... denn Helden tragen HAIX®

Wir schenken Ihnen € 10,- ab einem Mindestbestellwert von € 50,-

(Bei einer Bestellung auf www.haix-webshop.de gültig bis zum 02.05.2011)

Geben Sie einfach bei der Bestellung den **Gutschein-Code** ein:

myhote95

Hochwertige Qualitätsschuhe für alle Bereiche:
Feuerwehr · Rettungsdienst
Security · Jagd · Workwear & Freizeit



www.haix-webshop.de



GdP tritt für Zivilcourage in die Pedale

Unter dem Motto: „TU WAS! – FÜR MEHR ZIVILCOURAGE“ plant der GdP-Bundesvorstand in diesem Jahr vom 1.-6. August 2011 eine bundesweite Rad-Sternfahrt mit ca. 100 Teilnehmern. Mit dieser Aktion will die GdP in Kooperation mit ProPK (Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes) innerhalb der Bevölkerung das Bewusstsein für mehr Solidarität und größere Hilfsbereitschaft gegenüber Opfern von Gewalt stärken.

Zur Unterstützung ist beabsichtigt, das von ProPK zur Verfügung gestellte umfangreiche Medienpaket, sowie entsprechend bedruckte T-Shirts an Bürgerinnen und Bürger zu verteilen. Dies soll helfen, sich in brenzligen Situationen als Zeuge oder Helfer richtig zu verhalten.

Worum es geht

Unsere Kolleginnen und Kollegen spüren täglich eine zunehmende Gewaltbereitschaft und Verrohung in Teilen unserer Gesellschaft, getragen von mangelndem Respekt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

oftmals an der nötigen Zivilcourage mangelt, sich in zumutbarer Art und Weise dagegen einzubringen.

„Was geht's mich an?“, „Was kann ich schon tun?“ und: „Gibt es da nicht andere, die für so etwas zuständig sind?“ Es sind immer die gleichen Fragen und Einwände, mit denen sich „Gaffer“ oder „Weggucker“ rechtfertigen, die – untätig – Zeuge einer Straftat geworden sind.

Sicherlich: Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit und ein (allenfalls von Sensationsgier unterbrochenes) Desinteresse am Schicksal des Nächsten sind in unserer Gesellschaft häufig anzutreffen. Und klar ist auch, dass diese Phänomene ein Klima

oder bedroht werden. Dennoch bleibt die Hilfe oft aus: Einmal, weil es am Wissen fehlt, ob und – wenn ja – wie geholfen werden kann. Und zum Zweiten, weil viele sich vor jenen Unannehmlichkeiten fürchten, die das eigene Engagement mit sich bringen könnte (www.polizei-beratung.de).



Führende Kriminologen, Innenminister des Bundes und der Länder, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker aller Parteien und auch die Gewerkschaft der Polizei sehen mit großer Sorge diese Entwicklung. Es ist daher dringend notwendig, dieses tagesaktuelle Thema aufzugreifen und mit öffentlichen Aktionen dem Phänomen wirksam zu begegnen.

Als Schirmherrn für diese sechstägige Veranstaltung konnten der Vorsitzenden



GdP mit Radlererfahrung – Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Tour 2009

Foto: Bruchmüller

In den Ballungszentren und in den großen Städten sind gewalttätige Übergriffe an öffentlichen Plätzen (vor und in Fußballstadien, an Schulen, Bahnhöfen, U-Bahnen etc.) an der Tagesordnung. Verschlimmernd kommt hinzu, dass es

begünstigen, in dem es Straftätern leicht fällt, weitgehend unbehelligt zu agieren. Trotzdem: Das ist nur die eine Seite der Medaille ...

Viele fühlen sich betroffen und wollen helfen, wenn andere belästigt, beraubt

der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern, der Hessische Minister des Innern und für Sport, Herr Boris Rhein, gewonnen werden.

Wie es geht



**weggeschaut.
ignoriert.
gekniffen.**



www.aktion-tu-was.de

6 Regeln für den Ernstfall

- Ich helfe, ohne mich selbst in Gefahr zu bringen
- Ich fordere andere aktiv und direkt zur Mithilfe auf
- Ich beobachte genau und präge mir Täter-Merkmale ein
- Ich organisiere Hilfe unter Notruf 110
- Ich kümmere mich um Opfer
- Ich stelle mich als Zeuge zur Verfügung

Wir wollen, dass Sie sicher leben.

ihre polizei

EINE INITIATIVE FÜR MEHR ZIVILCOURAGE www.polizei-beratung.de

Die Teilnehmer der Sternfahrt sind zumeist ambitionierte GdP-Polizeisportler aus dem gesamten Bundesgebiet. Über den beruflichen Alltag hinaus wollen sie auch in ihrer Freizeit dazu beitragen, Gewaltprävention aktiv zu leben.

Die Sternfahrt wird am 1.8.2011 zeitgleich in Oldenburg, Dortmund, Frankfurt/M und Hof (Bayern) gestartet. Ziel für alle ist am 6.8.2011 die Bundeshauptstadt Berlin. Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut wird gemeinsam mit dem Schirmherrn den Start in Frankfurt/M. gestalten.

Es ist naheliegend in größeren Städten, an markanten Punkten, wie Rathausplätzen, öffentlichen Einrichtungen, Rast zu machen,

um medien- und werbewirksam (Verteilung von Flyern, Gespräch mit Politikern, Bürgermeistern, Presse, Bürgern etc.) aufzutreten.

Die Veranstaltung ist genehmigungsfrei. Es wird kein Rennen gefahren. Es gilt die Straßenverkehrsordnung.

Je nach Etappenprofil werden die Aktiven täglich zwischen 85 und 128 Kilometer zurücklegen. In 6 Tagen sollten somit die rund 600 Kilometer möglich sein. Unsere Begleitfahrzeuge, besetzt durch Polizei-Pensionäre, werden die aktiven Teilnehmer während der Fahrt begleiten und können bei Bedarf jederzeit in Anspruch genommen werden. Eine Rundherum-Betreuung ist somit gewährleistet.

Jörg Bruchmüller

GdP-Radtour – Sternfahrt vom 1.-6. August 2011 unter dem Motto: „TU WAS! – FÜR MEHR ZIVILCOURAGE“

Die Touren

Nordroute: 580 Kilometer – 2.130 Höhenmeter – 6 Etappen von 88 km bis 128 km

Oldenburg – Bremen – Rotenburg/W. – Soltau – Lüneburg – Uelzen – Wolfsburg – Haldensleben – Magdeburg – Genthin – Potsdam – Berlin Schlussetappe 45 km

Westroute: 600 Kilometer – 2.540 Höhenmeter – 6 Etappen von 88 km bis 126 km

Dortmund – Rheda – Bielefeld – Hameln – Hannover – Braunschweig – Wolfsburg – Haldensleben – Magdeburg – Genthin – Potsdam – Berlin Schlussetappe 45 km

Südwestroute: 600 km – 4.684 Höhenmeter – 6 Etappen von 87 km bis 133 km

Frankfurt – Bad Sooden/Saalm. – Fulda – Bad Salzungen – Eisenach – Erfurt – Weimar – Naumburg – Halle – Dessau – Wittenberg – Potsdam – Berlin Schlussetappe 45 km

Südroute: 562 Kilometer – 4.192 Höhenmeter – 6 Etappen von 86 km bis 126 km

Hof – Plauen – Schleiz – Lohtra – Rudolstadt – Erfurt – Weimar – Naumburg – Halle – Dessau – Wittenberg – Potsdam – Berlin Schlussetappe 45 km

Leistungen /Bedingungen

Je Route max. 25 Teilnehmer mit 6 Begleitern bei Einsatz von 2 VW-Bussen und 1 Kleintransporter, 5 Übernachtungen, Frühstück, Abendessen, Verpflegung während der Tour, 2 Trikotsätze mit Themenlogo, Rücktransport mit VW-Bussen und Deutsche Bahn, Wochenendverlängerung in Berlin (eigene Kosten)

sowie Teilnahme an Teiletappen möglich. Teilnahme auf eigenes Risiko. Es gilt die STVO. Wir fahren kein Rennen!

Kosten

230 Euro für GdP-Mitglieder Weitere Detail-Infos bei Jörg Bruchmüller GdP-Phone: 015256121901 oder joerg.bruchmueller@gdp-online.de.

Anmeldung

Telefon: 030 / 399921-102
Telefax: 030 / 399921-29102
E-Mail: JMichelsohn@gdp-online.de

Name..... Vorname.....

E-Mail..... Telefon.....

Straße..... Wohnort.....

Landesbezirk..... Mitgliedsnummer.....

Route.....

Bemerkungen.....

Teilnahme nach Eingang der Meldungen. Anmeldeschluss: 15. April 2011



Aufbruch an der Ruhr

Ruhrfestspiele Recklinghausen 2011

„In die Zeit gefallen: Schiller“ lautet das Motto der diesjährigen Ruhrfestspiele Recklinghausen vom 1. Mai bis 12. Juni. Von den bewährten Partnern Thalia Theater und Schauspielhaus Hamburg kommen die großen Dramen wie z. B. „Die Räuber“ und „Kabale und Liebe“. Neu dabei ist das Staatsschauspiel Dresden mit „Don Carlos“.

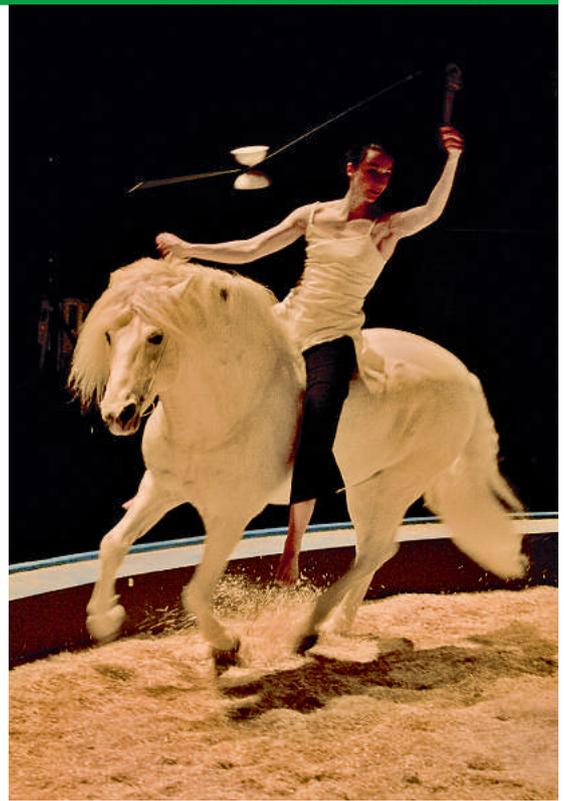
Neben den großen Dramen sind große Namen zu sehen und zu hören: John Malkovich kommt nach seinem großem Erfolg im letzten Jahr zurück nach Recklinghausen, diesmal als Casanova. Heike Makatsch steht in „Paris, Texas“, genau – der Film, auf der Bühne, Dominique Horowitz will sich als Cyrano de Bergerac bewähren. Und Gustav Peter Wöhler will die Herzen als Tewje der Milchmann erobern. Franziska Walser und Edgar Selge spielen zu zweit Goethes Drama um Iphigenie. Das ist viel Prominenz und verspricht gute, ernsthafte Unterhaltung.

Neben so viel E (= ernste Unterhaltung) kommt aber auch U (= gute Unterhaltung) nicht zu kurz: Wie immer beginnt es mit dem großen Kul-

Fortsetzung auf Seite 21

„inStallation“ – eine Kombination aus Pferdedressur, Artistik und Musik

Foto: inStallation© deutsch



Ordnung und Vernichtung

Die Polizei im NS-Staat

1. APRIL – 31. JULI 2011 TÄGLICH
10 – 18 UHR / WWW.DHM.DE / EINE AUSSTELLUNG
DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE DER POLIZEI MÜNSTER
UND DES DEUTSCHEN HISTORISCHEN MUSEUMS
BERLIN DEUTSCHES HISTORISCHES
MUSEUM BERLIN

BRUNOX®

Waffenpflege ist

- Laufreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?
Wir liefern Fahrzeuge aller NAMHAFTER
HERSTELLER zu GÜNSTIGEN
PREISEN.

SERVICE
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Gewerkschaft der Polizei

4205 0000 0000 0000

VALID FROM 00/00 VALID THRU 00/00

MAX MUSTERMANN

Zu beantragen unter: www.gdp.de/kreditkarte



turvolksfest am 1. Mai rund um das Festspielhaus auf Recklinghausens Grünem Hügel. Einen festen Platz hat mittlerweile das Festival der Uraufführungen bekommen. Unter diesen Neuproduktionen ist auch das Stück des Kleistpreisgewinners 2010 „Der große Marsch“ von Wolfram Lotz zu sehen.

Bis zum Finale mit Umberto Tozzi am 11. Juni und Nena am 12. Juni geben sich Deutschlands Spitzenkabarettisten wie Hagen Rether, Volker Pispers oder Wiglaf Droste ebenso die Ehre wie viele andere prominente SchauspielerInnen, die sich an den Lesungen beteiligen. Diesmal neu dabei: Andrea Sawatzki und Katja Riemann.

Statt Cirkus kommt in diesem Jahr „inStallation“ – eine Kombination aus Pferdedressur, Artistik und Musik. Für die Kleinen wie die Kleinsten gibt es ebenso etwas (Rumpelstilzchen) wie für Jugendliche und jung Gebliebene bei Fringe. Dieses etwas andere Theaterprogramm

hat sich mittlerweile so fest etabliert, dass es ein eigenes Programmheft bekommen hat.

Genaueres Programm und Karten: www.ruhrfestspiele.de, Kartentelefon: 02361 92180

Für die Leser unserer Zeitung stellen die Ruhrfestspiele 3 x 2 Karten für die nachfolgend aufgeführte Vorstellung zur Verfügung:

**21.5.2011, 19 Uhr, Stadtgarten:
inStallation**

Wer sich für eine Karte interessiert, schreibt bis zum 14. April 2011 mit dem Kennwort Ruhrfestspiele an:

**Gewerkschaft der Polizei
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4
10555 Berlin**

Die Gewinner werden unter allen Einsendungen ausgelost und schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

IPOMEX®

■ 5th international
police meeting
and exhibition ■

**12.–14. April 2011,
Münster**

www.ipomex.com



MESSE UND
CONGRESS CENTRUM
HALLE MÜNSTERLAND

Wir begeistern Menschen

Messebegleitendes Rahmenprogramm u. a. mit:

- Fachkonferenz „Moderne und adaptive Lichttechnik für den Funkstreifenwagen“
- Jahrestagung der DGfK
- Workshop „Taktische Einsatzmedizin“
- Führungskräfteseminar „BOS-Funk für die BOS-Branche (Leitstellentechnologie)“
- Sonderschau Einsatzfahrzeuge



Unterstützt durch:

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen



Deutsche
Hochschule der Polizei



Strafverfolgung und Opfer- schutz – ein unlösbares Dilemma?

Auf den ersten Blick mag es vielleicht befremdlich erscheinen, explizit über Opferschutz innerhalb der Polizei nachzudenken. Ist es nicht selbstverständlich, dass den Opfern/Hinterbliebenen einer Straftat Hilfe und Unterstützung durch die Polizei zuteilwerden wird? Ist es nicht selbstverständlich, dass die Opfer/Hinterbliebenen zu ihrem Recht bzw. ihrer Genugtuung kommen werden? Wer jemals Opfer einer Straftat geworden ist oder wie die Autorin einer Tätigkeit als Opferanwältin nachgeht, der wird an dieser Stelle mit einem klaren „Nein“ antworten.

Mit der Opferwerdung setzt kein Automatismus ein, bei dem das Opfer von dritter Seite quasi an die Hand genommen wird. Denn Opferrechte sind Antragsrechte, das heißt, sie müssen aktiv wahrgenommen werden. Aktiv seine Rechte wahrnehmen kann jedoch nur derjenige, der um deren Existenz weiß und Institutionen kennt, die Hilfestellung vermitteln können. Deshalb ist es wichtig, dass die Opfer von Straftaten die für sie notwendigen Informationen erhalten und Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Rechte erfahren.

Den ersten Kontakt haben Opfer von Straftaten regelmäßig im Rahmen des Ermittlungsverfahrens mit der Polizei, weshalb den Polizeibeamtinnen und -beamten an dieser Stelle eine verantwortungsvolle Aufgabe zukommt. Gerade der Ablauf eines Ermittlungsverfahrens ist für Laien nur schwer zu durchschauen und zu verstehen, wobei dieses aber durchaus ein Baustein bei der Bewältigung der Tat sein kann. Das Ermittlungsverfahren birgt aber auch Risiken in Form von Sekundärviktisierungen, das heißt, dass es nach der eigentlichen Tat noch einmal zu einer (psychischen) Verletzung des Opfers kommen kann. Erneute Viktimisierungen können z.B. durch einen unsensiblen Umgang mit Opfern/Hinterbliebenen, mangelnde Berücksichtigung der Opferinteressen und durch das Empfinden des Opfers, keinen Einfluss auf den Verfahrensgang zu haben sondern der Allmacht der Polizeibehörde ausgesetzt zu sein, verursacht werden.

Auch das Gefühl der Hinterbliebenen, nicht nur den eigenen Angehörigen aufgrund der Tat verloren zu haben, sondern dass dieser postmortem nun auch noch

zum Eigentum der Behörden geworden ist, weil den Angehörigen kaum eigene Handlungsoptionen zustehen, führt oftmals zu einer weiteren Belastung. Ebenso vermag die Dauer eines Ermittlungsverfahrens von durchaus einem halben Jahr oder länger ohne Information über den Fortgang bei den Betroffenen ein Gefühl der Verunsicherung und Resignation auszulösen.

Der Ablauf und das Ergebnis eines Ermittlungsverfahrens sind für die Opfer/Hinterbliebenen daher von wesentlicher Bedeutung, nicht zuletzt, weil eine bessere Information und die Möglichkeit der aktiven Beteiligung am Verfahren ein Stück der Handlungsfähigkeit nach der mit der Tat erlebten Ohnmacht wieder zurück gibt.

Dieser Interessenslage von Opfern/Hinterbliebenen steht in der Praxis die Situation der Polizei gegenüber. Die besondere Herausforderung für die Polizei ergibt sich aus der Tatsache, dass die Polizei primär für die Strafverfolgung zuständig ist und hierfür das Opfer als „Beweismittel“ braucht, gerade aber im Bestreben um Sachverhaltsaufklärung und gerichtsfeste Protokollierung in Gefahr gerät, das Opfer erneut zu viktimisieren.

Aber kann dieses Dilemma überhaupt gelöst werden? Die Antwort lautet „ja“, wobei die Lösung in der Berücksichtigung aktueller viktimologischer Forschungserkenntnisse und hieraus abgeleiteter Handlungsempfehlungen für die Polizei liegt, die sowohl den Interessen der Opfer als auch der Polizei gerecht wird. Solche Empfehlungen müssen auf den polizeilichen Alltag abgestimmt sein – weil Unmögliches weder verlangt werden kann noch darf – und den Polizeibeamtinnen

„Frau komA kommt“ – die Umkehrung des Wortes „Amok“ war das vereinbarte Codewort, um vor solch einem Ereignis in der Schule zu warnen. Leider musste es benutzt werden. Am 11. März 2009 machte die Durchsage an der Albertville-Realschule in Winnenden Lehrern und Schülern klar: Ein bewaffneter Amokläufer befindet sich im Schulgebäude.

Die Bilanz war furchtbar: 16 Tote.

„Amok an Schulen“ ist spätestens seit dem School Shooting von Erfurt am 26. April 2002 auch in Deutschland angekommen. Seither ist viel debattiert, geforscht und publiziert worden. Und es wird weiter gehen. Denn das Thema wird nicht von selbst verschwinden.

Gerade ist ein neues Buch zur Problematik erschienen. Als Titel hat es das Codewort von Winnenden aufgenommen: „Frau komA kommt“ heißt es und spürt ganz verschiedenen Fragen nach. Warum läuft ein Schüler Amok? Gab es im Vorfeld erkennbare Anzeichen? Kann eine solche Tat verhindert werden? Und wer hilft den traumatisierten Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen?

Angela Gräf und Joachim Grösbrink zeigen besorgten Eltern und Pädagogen Alarmzeichen bei möglichen Tätern auf, beleuchten die Rolle der Medien und bieten Lehrern und der Institution Schule praxisgerechte Präventionsansätze. Im Buch sind darüber hinaus sowohl die eindringlichen Schilderungen von zwei Polizeibeamten enthalten, die beim Amoklauf in Emsdetten am 20. November 2006 ihr Leben riskierten, als auch Schilderungen der Gefühle und Ängste, die Lehrer umtreiben. Zudem erläutern die Autoren, wo Amok-Opfer Unterstützung finden – auch bei der Polizei – und wie Betroffene ihre Rechte wahrnehmen können.

DP sprach mit Joachim Grösbrink über das neue Buch und bat Angela Gräf, ihre Sicht auf die Opferzeugen-Problematik im Zusammenhang mit Amokläufern, die auch im Buch umfassenden Platz einnimmt, darzulegen.

Frau komA kommt, Angela Gräf, Jochen Grösbrink, Verlag Deutsche Polizeiliteratur, 2011, 184 Seiten, 16,90 Euro, 16,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0648-5



und -beamten darüber hinaus verdeutlichen, welchen Nutzen sie selbst aus der Berücksichtigung der Empfehlungen für ihre eigene Arbeit ziehen können.

Die besondere Anforderung besteht darin, den Beamtinnen und Beamten praktikable Handlungskompetenzen für die Bewältigung des polizeilichen Alltags im Umgang mit Opfern an die Hand zu geben. Polizeibeamtinnen und -beamte können und sollen nicht die Aufgaben von Sozialarbeitern erfüllen; hierfür stehen professionelle Opferhilfeorganisationen zur Verfügung, an die die Opfer weitergeleitet werden können.

Die Situation des Opfers nach der Straftat

Problematisch an der Opfersituation ist zunächst einmal, dass niemand überhaupt damit rechnet, selbst Opfer einer Straftat zu werden – „so etwas passiert doch nur den anderen“. Aber dann passiert es doch und ganz plötzlich befindet sich der Betroffene in einer Situation, die ihm das Äußerste abverlangt. Die Liste der möglichen Opfer einer Straftat ist lang: Opfer sind nicht nur die unmittelbar Betroffenen, die (physisch oder psychisch) verletzt oder sogar getötet wurden, sondern auch die Angehörigen der Opfer, die Hinterbliebenen von Getöteten sowie (traumatisierte) Zeugen und Ersthelfer. Sie alle haben ihre eigene Geschichte, sind mehr oder weniger durch die Tat belastet und müssen

jeder für sich den besten Weg finden, mit der vorausgegangenen Tat weiter leben zu können. Denn so unterschiedlich wie Menschen sind, so unterschiedlich sind auch die Opfer von Straftaten. Jedes Opfer geht auf seine eigene Art und Weise mit dem Erlebten um und hat dementsprechend unterschiedliche Erwartungen an die Polizei. Dennoch haben alle Opfer eines gemeinsam: Ihr Leben wird nie mehr so sein wie vor der Tat.

Eine Straftat greift nicht nur gravierend in die Persönlichkeitsrechte der Opfer ein, sondern ist auch oft mit ganz erheblichen weiteren Folgen verbunden. Für ein Opfer, das durch eine Straftat einen körperlichen und/oder seelischen Schaden erlitten hat, verändert sich in der Regel das ganze Leben. Dies gilt ebenso für Angehörige, die einen geliebten Menschen verloren haben. Zur Fassungslosigkeit und Trauer kommen eventuell noch materielle Probleme hinzu. So können beispielsweise psychische Probleme dazu führen, dass eine Arbeitsfähigkeit nicht mehr gegeben ist oder das getötete Opfer hatte die Ernährerrolle inne, was nun bis zur Existenzvernichtung der Angehörigen führen kann.

Darüber hinaus befinden sich die Opfer bzw. die Angehörigen in einer absoluten psychischen Ausnahmesituation, deren Bewältigung in erster Linie von psychischen und sozialen Faktoren sowie den persönlichen Lebensumständen des Einzelnen abhängt. In einer solchen Situ-

Die Autorin

Angela Gräf ist Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Nebenklage und Opferschutz, Kriminologin & Polizeiwissenschaftlerin sowie staatlich anerkannte Fachberaterin für Opferhilfe. Sie hat das Freie Institut für Kriminologie IfK Castrop-Rauxel mit gegründet und leitet ehrenamtlich zwei Außenstellen des WEISSEN RING e.V. Sie befasst sich seit vielen Jahren beruflich mit dem Thema Opferschutz, hält regelmäßig Vorträge über opferrelevante Themen und hat zahlreiche Opfer sowohl im Rahmen ihrer Tätigkeit als Rechtsanwältin als auch als Mitarbeiterin des WEISSEN RING e.V. beraten und prozessrechtlich begleitet.



E-Mail: info@kanzlei-graef.de

ation können die Alltäglichkeiten des Lebens zur großen Herausforderung werden.

Während das Opfer anfänglich in der Regel noch Unterstützung und Stabilisierung durch sein soziales Umfeld (Fam-

ilie, Freunde und Bekannte) erfährt, nehmen diese Unterstützungsleistungen mit zunehmender Zeitdauer ab. Es zeigt sich schnell eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit dem Opfer, die im schlimmsten Fall sogar dazu führen kann, dass das soziale Umfeld in Abwehr- und Relativierungsbemühungen ausweicht. Infolgedessen fühlt sich das Opfer nicht nur missverstanden, sondern wird wiederum in eine „Verliererrolle“ gedrückt, die es weiter verzweifeln lässt. >



Nach dem Amoklauf an der Albertville-Realschule in Winnenden hatten Schüler eine eindeutige Botschaft an ein Fenster eines Klassenzimmers geheftet. Foto: Sascha Schuermann/ddp



SCHOOL SHOOTING

Frau Z., die Schwester des bei der Amok-Tat von Ludwigshafen getöteten Lehrers Rudolf B., die der Autorin für ein Interview im Rahmen des Buches „Frau komA kommt“ zur Verfügung stand, bestätigt dies:

„Allerdings macht man auch die Erfahrung, dass Freunde und Bekannte anfangs sehr intensiv mit dem Thema befasst sind. Aber nach einiger Zeit hört man von den gleichen Leuten, dass das Leben weiter gehen muss, dass man nach Vorne schauen muss und dass jetzt ein neues Leben beginnen muss. Sicherlich

einzelnen Verarbeitungs- und Bewältigungsprozessen. Opfer traumatischer Ereignisse, die nach ihren Reaktionen der Verarbeitung befragt wurden, brachten Ähnlichkeiten hervor. Ihr psychischer Verarbeitungsprozess lässt sich danach in fünf Phasen einteilen:

Die Situation, in der sich die Betroffenen befinden, wird aber nicht nur vom Verarbeitungsprozess beeinflusst, sondern ebenso von den Möglichkeiten, die dem Individuum zur Bewältigung der Situation zur Verfügung stehen, sog. Bewältigungs-

haltigen Lösung führen als auch solche, die für die Betroffenen nur kurzfristige emotionale Entlastung schaffen.

Das Opfer befindet sich somit in einer Situation, die ihm per se viel abverlangt, gleichzeitig – oder gerade deshalb – haben Opfer aber ihrerseits spezielle Erwartungen an die Polizei.

Mit den Erwartungen und Bedürfnisse von Kriminalitätsoptionen an Polizei und Justiz beschäftigt sich eine viktimologische Studie des Bundeskriminalamtes (Baurmann/Schädler, 1999): Opfer von



sind das gutgemeinte Ratschläge, so in der Art „die Zeit heilt alle Wunden“ und „das Leben geht weiter“. Und da ist ja auch viel Wahres dran, aber man darf nicht vergessen, dass diese Leute nicht erlebt haben, was wir erleben mussten.“

Hinzu kommt noch die für das Opfer (über)lebenswichtige Bewältigung des Tatgeschehens. Dabei unterscheidet man in der Viktimologie (Wissenschaft vom Kriminalitätsoffer) zwischen den

Strategien. Sie reichen von Verleugnung des traumatischen Ereignisses und Vermeidung – sowohl in erkenntnismäßiger als auch in verhaltensmäßiger Hinsicht – über Spannungsreduktion (das Opfer bedient sich spannungsreduzierender Maßnahmen wie Alkohol, Medikamente, Drogen etc.) bis hin zur Neudefinition einer Situation, des Hilfesuchens und des Problemlösens. Dabei zeigt sich, dass sowohl sinnvolle Strategien zur Bewältigung angewandt werden, die tatsächlich zu einer nach-

Schüler der Albertville-Realschule in Wien wurden evakuiert, nachdem an ihrer Schule ein Amokläufer seine Todesspur hinterlassen hatte. Jeder einzelne ist letztlich Opfer des traumatischen Ereignisses.

Foto: Marijan Murat/dpa

Straftaten erwarten hiernach mehr von der Polizei als die reine geschäftsmäßige Abwicklung ihres Falles. Sie erhoffen sich neben Schutz und Hilfestellung vor allem auch Verständnis für ihre Situation.



Insgesamt lassen sich die Opfer einer Straftat als besonders verwundbare, verletzte Gruppe einordnen, die einen besonderen opfergerechten Umgang der Polizei mit denselben erforderlich macht.

Die Polizei zwischen Strafverfolgung und Opferschutz

Der Erstkontakt von Opfern und Hinterbliebenen eines School Shootings erfolgt zunächst mit der Polizei – die nach erfolgter Gefahrenabwehr und Betreuung der Opfer vor Ort durch Polizeipsychologen, Ärzte und Seelsorger – anschließend mit den Ermittlungen beginnt. Während die Opfer/Hinterbliebenen hier auf ihren ersten Gesprächspartner treffen und dementsprechend größtmögliche Unterstützung erwarten, ganz gemäß dem Grundsatz „die Polizei, dein Freund und Helfer“, steht die Strafverfolgung als primäres Ziel im Vordergrund polizeilicher Arbeit. Damit stehen sich regelmäßig zwei Interessen gegenüber, die auf den ersten Blick unvereinbar erscheinen und die sowohl die Opfer als auch die Polizei in eine schwierige Position bringen können.

Polizeibeamtinnen und -beamte stehen im Ermittlungsverfahren unter einem gewissen Aufklärungs- und Erfolgsdruck, weil ihnen die Aufgabe der Beweisfindung, Beweisführung und Beweissicherung zukommt, die das Fundament für das spätere Strafverfahren bildet. Beweise, die seitens der Polizei zu erheben versäumt wurden, können in der Regel weder durch nachträgliche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch später im Gerichtsverfahren nachgeholt werden. Dieser Druck besteht in besonderem Maße bei schwerwiegenden Straftaten wie z.B. einem School Shooting. An dieser Stelle ergibt

sich eine besondere Herausforderung für die Polizei, die einerseits dem Strafverfolgungsinteresse gerecht werden muss, das heißt, an der Aufklärung des Falles ausgerichtet ist, andererseits gerade aber im Bestreben um Sachverhaltsaufklärung in Gefahr gerät, die Belange des Opfers außen vor zu lassen.

Mit der ungenügenden Berücksichtigung der Opferinteressen gerät die Polizei zusätzlich in Gefahr, sich in Widerspruch zu den für sie geltenden Polizeidienstvorschriften zu setzen. Eine Vernachlässigung der Opferinteressen zugunsten der Strafverfolgung würde der bundesweit einheitlich geltenden Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 zuwiderlaufen. Unter Punkt 2.1.1.16 ist die Aufgabe jedes Polizeibeamten, Prävention zu betreiben, festgeschrieben. Das beinhaltet auch die Verpflichtung der Polizei, Folgen wie die Furcht, Opfer zu werden, körperliche, psychische oder materielle Schäden zu erleiden, so gering wie möglich zu halten (vgl. PDV 100, 2.1.1.1). Somit gehören Opferschutz und Opferhilfe zu den Aufgaben der polizeilichen Kriminalprävention.

Der Opferzeuge als Beweismittel

Im Ermittlungsverfahren kommt dem Opfer eine ganz wesentliche Rolle zu, weil es quasi den Ausgangspunkt für die Ermittlungsarbeit darstellt – sowohl was die Rekonstruktion der Tat betrifft als auch im Hinblick auf den durch die Tat verursachten Schaden: Das Opfer ist dabei für die Polizei primär ein Beweismittel (Zeuge und/oder Spurenträger), dessen er sich zur Sachverhaltsaufklärung bedient, wobei es in erster Linie um die objektive Seite des Geschehens geht, also weniger um die subjektive Seite des Tatvorgangs.

Diese innere Seite spielt beim Täter noch eine Rolle, soweit seine Motive aufgeklärt werden sollen. Beim Opfer hingegen wird die subjektive Seite eher als wenig sachdienlich oder gar die Ermittlungstätigkeit störend empfunden und bleibt deshalb meistens außen vor.

Hinzukommt, dass das Opfer aufgrund seiner persönlichen Betroffenheit für die vernehmenden Polizeibeamtinnen und -beamten oftmals zusätzlich eine Sonderstellung einnimmt: Aufgrund der Tatsache, dass Opfer, die die Situation selbst erlebt haben, nicht davor geschützt sind, das Erlebte stärker subjektiv wiederzugeben, prüfen die Vernehmenden die Aussage in der Regel in besonderem Maße auf Unstimmigkeiten, was wiederum leicht zur Verunsicherung des Opfers führen kann. „Wieso hat der Beamte immer wieder dasselbe gefragt? Die Frage hatte ich doch schon beantwortet! Glaubte er mir etwa nicht?“, solche Äußerungen hört man in anwaltlichen Beratungsgesprächen sehr häufig.

Insofern besteht das Risiko des unsensiblen Umgangs mit dem Opfer, indem es als Informationsquelle instrumentalisiert wird und schnell vom Subjekt zum Objekt wird. Diese Gefahr mag zwar bei School Shootings, bei denen die handelnden Polizeibeamtinnen und -beamten erwartungsgemäß für die Situation sehr sensibilisiert sind, geringer sein als bei anderen Straftaten. Dennoch können Fehlerquellen im Umgang mit traumatisierten Zeugen/Opfern auch hier nicht ausgeschlossen werden.

Zusätzlich besteht die Gefahr, dass Bewältigungsstrategien von den Polizeibeamten fehl interpretiert werden, indem z.B. die typischen Faktoren „Verleugnung des Geschehens“ und „Vermeidung der Erinnerung“ als Verweigerung der Ko-



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



SCHOOL SHOOTING

operation eingeordnet werden und umso vermehrter in die (Opfer)zeugen eingeordnet wird.

Für viele Polizeibeamtinnen und -beamte ist auch der Schockzustand, in dem sich die Opfer befinden, auf den ersten Blick nicht klar erkennbar, weil die meisten Opfer aus dem Schock heraus zunächst einmal „funktionieren“, indem sie zumindest vordergründig rational oder automatisiert handeln. So berichtete uns ein Lehrer – den ich für das Buches „Frau komA kommt“ interviewt habe –, der im Rahmen der Amok-Tat von Ludwigshafen am 18. Februar 2010 vor Ort war und mitgeholfen hat, die Schule zu evakuieren, sowie zudem verzweifelt vergeblich versucht hatte, seinen mit mehreren Messerstichen getroffenen Lehrerkollegen zu reanimieren:

„Wir hatten einen Riesentrupp von Notfallseelsorgern, aber ich habe gar nicht gedacht, mich selbst an diese zu wenden. Ich habe einfach weiterfunktioniert. Man hatte unzählige Sitzungen gehabt im Krisenteam mit Feuerwehr, Polizei (...). Alle, die an diesen Sitzungen teilnahmen, fokussierten sich auf die Aufgaben, die in

den folgenden Tagen abgearbeitet werden mussten. Da ging es mir nicht anders. Allerdings habe ich auch an den getöteten Kollegen gedacht und an dessen Angehörige. Wir alle hatten ihn gut gekannt. Die Bilder sind einem nicht mehr aus dem Kopf gegangen. Das war in den nächsten Tagen eine der schlimmsten Erfahrungen, die ich machen musste: die Eindrücke, die immer wieder hoch kamen. Ich hatte einerseits die Bilder des Täters vor Augen, andererseits aber auch das Bild des toten Kollegen. (...) Also direkt nach dem Amoklauf, nachdem diese Chaosphase zu Ende war, bin ich in ein tiefes Loch gefallen. Man hat die ganze Zeit funktioniert und danach war erst einmal Leere. (...) Ich hatte durch die Geschehnisse – insbesondere die vergebliche Reanimation des Kollegen – einen Schock erlitten und musste behandelt werden.“

Vernehmungsarbeit bedeutet
Beziehungsarbeit

Aber auch die Vernehmungssituation

an sich birgt im hohen Maße die Gefahr für ein Fehlverhalten gegenüber dem Opfer, das im schlimmsten Fall zu einem Gefühl der Abwertung und somit zu einer Verschlimmerung der psychischen Situation des Opfers führen kann. Ein Problem kann sich bereits aus der Tatsache ergeben, dass sich Polizei und Opfer in der polizeilichen Vernehmung nicht als gleichwertige Partner gegenüberstehen und somit ein Dominanzgefälle zugunsten der Polizei besteht. Ob gewollt oder ungewollt wirkt eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamte allein schon aufgrund ihrer bzw. seiner Position – als Teil der exekutiven Gewalt und somit als Teil einer staatlichen Einrichtung – gegenüber dem Opfer dominant. Zusätzlich ergeben sich in einer Vernehmungssituation kaum Einflussmöglichkeiten für das Opfer, weil allein die Polizeibeamtin bzw. der Polizeibeamte das Vernehmungsgeschehen bestimmt. Das Opfer hat darüber hinaus keinen Einfluss auf die räumliche Situation und auch keinerlei Bestimmungsmöglichkeit über das einzuführende Thema, über die Entscheidung, wer wann und zu welchem Thema

Für jeden Wunsch der passende Kredit.

Nur für Sie: die Plus-Kredite der Allgemeinen Beamten Kasse.

Die Allgemeine Beamtenkasse Kreditbank AG ist seit über 30 Jahren der kompetente und zuverlässige Partner, wenn es um Kredite, Immobilienfinanzierungen und Geldanlagen geht.

Wir betreuen über 100.000 Privatkunden aus dem öffentlichen Dienst.

Erstklassige Konditionen, eine hohe Beratungsqualität und eine schnelle Kreditentscheidung sind für uns selbstverständlich.

Unsere Plus- und Sonderkredite bieten für jeden Anlass die passende Lösung.

Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns im Internet!

Unsere Kredite auf einen Blick:

- + **FlexoPlus Kredit** für langfristigen Spielraum
- + **DispoPlus Kredit** hilft Zinsen sparen
- + **AutoPlus Kredit** für PKW, Motorräder, Boote und Wohnmobile
- + **RenoPlus Kredit** zum Renovieren und Modernisieren
- + **SicherheitenPlus Kredit** zum Beleihen von Anlagen und Versicherungen
- + **UrlaubPlus Kredit** für Nah- und Fernreisen
- + **ImmoPlus Darlehen** zur Finanzierung Ihrer Immobilie

Kredit Hotline: (030) 2 85 35-200

Kredit online: www.abkbank.de

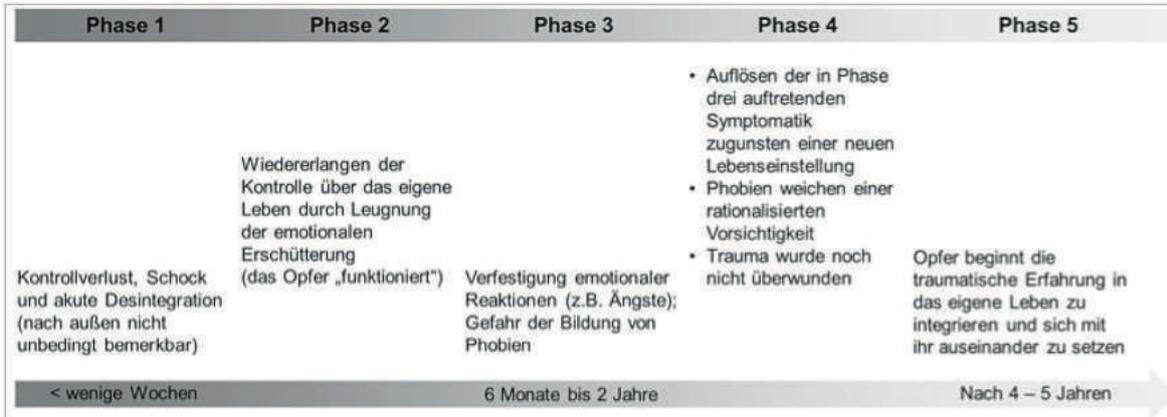


Allgemeine Beamten Kasse
BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST



SCHOOL SHOOTING

Grafik: Gräff



wie viel sprechen darf, was als wesentlich oder unwesentlich für die Vernehmung erachtet wird, wie lange die Vernehmung dauert und insbesondere ob eine erneute Vernehmung erforderlich ist oder nicht.

All das, aber auch aus Opfersicht befremdliches Verhalten von Polizeibeamtinnen oder -beamten – so z.B. während der Vernehmung häufig nach der Uhr-

zeit schauen, mit den Fingern oder einem Kugelschreiber auf den Tisch trommeln, während der Aussage des Opfers in den Akten blättern oder im PC lesen – können dazu führen, dass sich das Opfer in seiner Position abgewertet fühlt. Oftmals wird auch übersehen, dass bereits das polizeiliche Umfeld – dem das Opfer in der Regel zum ersten Mal ausgesetzt ist

– erheblichen Einfluss darauf hat, ob es sich gut aufgehoben fühlt oder nicht. Entscheidend kann z.B. sein, wie das Opfer in Empfang genommen und begrüßt, wie oder wo es zum Warten aufgefordert wird, wie höflich der Umgangston ist, der dem Opfer entgegenschlägt. Sogar die Ausstattung des Vernehmungsbüros ist in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen.



Die Sozialwahl 2011 MITBESTIMMEN! DGB WÄHLEN!



Bis zum 1. Juni 2011 wird wieder gewählt: Alle sechs Jahre entscheiden Sie als Versicherte der Sozialversicherungen, wer Ihre Interessen in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung vertritt.

Die Selbstverwaltungsgremien, die wichtigsten Entscheidungsorgane der Versicherungsträger, werden von Ihnen gewählt. Deren Entscheidungen betreffen Sie als Versicherte direkt. Die Sozialwahlen bilden das Kernstück der Demokratie in der Sozialversicherung.

Wie funktioniert die Sozialwahl?

Bequem per Post. Um die Versichertenparlamente zu wählen, muss man kein Wahllokal aufsuchen. Nachdem die Wahlunterlagen per Post gekommen sind, machen die Wählerinnen und Wähler einfach ein Kreuz auf dem Stimmzettel und stecken ihn in

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wirbt bei der Sozialwahl 2011 um Ihre Stimme, um für eine solidarische Weiterentwicklung der Sozialsysteme zu arbeiten.

Dabei steht vor allem die Frage der sozialen Gerechtigkeit im Vordergrund: Kopfpauschalen, Zusatzbeiträge und das „Einfrieren“ von Arbeitgeberbeiträgen lehnen wir entschieden ab. Eine Sparpolitik auf Kosten der Versicherten muss verhindert werden. Dafür stehen die Kandidatinnen und Kandidaten des DGB.

den frankierten Rückumschlag, der in den Wahlunterlagen dabei ist.

Alle Versicherten dürfen wählen. An der Sozialwahl können alle Versicherten über 16 Jahre teil-

nehmen – ganz egal, welche Staatsangehörigkeit sie besitzen, ob sie Arbeit haben oder nicht. Ausgenommen sind nur mitversicherte Familienmitglieder und Bezieherinnen und Bezieher von ausschließlich Hinterbliebenenrenten.

Deshalb: DGB wählen!

www.sozialwahlen2011.de



Berliner Opferschutzraum

Für manche Opfer und Zeugen von Straftaten stellt der Gang zur Polizei eine erhebliche Belastung dar, da sie das Tatgeschehen ein weiteres Mal durchleben. Um diesen Personen eine angenehme Atmosphäre anzubieten, wurden bei der Berliner Polizei mittlerweile zwölf sogenannte Opferschutzzimmer eingerichtet. Bei uns in der Direktion 1 heißt dieses Zimmer „Raum der Stille“ und war im Jahr 2006 das erste dieser Art.

Richtungsweisend war dabei der Gedanke, Opfern so schnell als möglich aus einer kritischen Lebenssituation zu helfen und ihnen zur Seite stehen zu können. Der Druck sollte etwas genommen werden, um schnelle Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen.

In allen Polizeidirektionen werden die Räume intensiv durch die unterschiedlichsten Dienststellen sowie durch externe Kooperationspartner der Polizei für die Opferarbeit in besonders schwerwiegenden Fällen genutzt.

Bei uns wächst seit 2006 die Nutzung des Raumes stetig an und so konnten wir im Jahr 2010 bereits 89 Gespräche mit Opfern und 27 Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen verzeichnen.

Positive Resonanz für diesen Raum gibt es nicht nur von den Opfern und externen Kooperationspartnern, sondern auch von den Kolleginnen und



Freundlich und in warmen Farben präsentiert sich der Raum

Foto: Polizei Berlin Dir 1 St 4

Kollegen, die es als sehr hilfreich empfinden, über Sorgen und Nöte, z. B. nach schweren Einsätzen, in dieser ruhigen, geborgenen Atmosphäre sprechen zu können und dort aufgefangen werden, Hilfe erhalten sowie Stärkung erfahren.

**Polizeihauptkommissarin
Christina Jerbi,
Opferschutzbeauftragte und
Koordinatorin Häuslicher Gewalt**

Dieses sollte möglichst sachlich ausgestattet sein, weil z.B. witzig gemeinte Sprüche an der Wand für die Opfer(zeugen) im Rahmen des Erlebten eine völlig andere Bedeutung erlangen können und deshalb vermieden werden sollten. Wichtig ist weiterhin, durch Ausschluss von äußerlichen Störungen (Telefon, anwesende Kollegen etc.) eine vertrauensvolle, ruhige Situation zu schaffen, in der sich das Opfer/die Hinterbliebenen mitteilen können.

Vorbildlich sind diesbezüglich die Opferschutzräume („Räume der Stille“). Dort haben die Opfer/Hinterbliebenen die Möglichkeit, in angemessener Umgebung über das traumatisierende Ereignis zu reden.

Gerade bei School Shootings ist der Umgang der Polizei mit den Opfern/Hinterbliebenen durch intensiven Kontakt gekennzeichnet und sehr stark von menschlicher Interaktion geprägt. Die Qualität des Umgangs mit den Betrof-

fenen wird dabei entscheidend von der Kompetenz der einzelnen Beamtin bzw. des einzelnen Beamten bestimmt, wobei auch der Stand der Aus- und Fortbildung, das Lebens- und Dienstalter – und somit die Dienst Erfahrung – eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Letztendlich sind auch empathische und kommunikative Fähigkeiten für einen kompetenten Umgang mit Opfer(zeugen) entscheidend. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass Vernehmungsarbeit auch immer Beziehungsarbeit bedeutet. Hier kann es schon hilfreich sein, dem Opfer nach der Straftat das Gefühl vermitteln zu können, von der Polizei nicht „vergessen“ worden zu sein und ernst genommen zu werden, gerade weil sich die Ermittlungsbehörden in erster Linie dem Täter und dem Tatgeschehen widmen. So weist der oben benannte Lehrer darauf hin:

„Mir persönlich hat es bei der Verarbeitung geholfen, über das Geschehene

zu reden und sich mit anderen Betroffenen – den Angehörigen, den Kollegen, den Schülern und auch den Einsatz- und Rettungskräften – auszutauschen. Mich hat es schwer berührt als ein Polizist mir erzählte, was ihm als junger Polizist passiert war und wie er dieses Ereignis persönlich verarbeitet hat. Das war ebenfalls ein Mosaiksteinchen (Anm.: bei der Verarbeitung des Tatgeschehens)...“

Gerade weil der persönliche Kontakt für die Betroffenen so wichtig ist, empfiehlt es sich, dass den Opfern/Hinterbliebenen falls möglich ein oder zwei Polizeibeamtinnen bzw. -beamte als feste Ansprechpartner zur Verfügung stehen, so dass ein gewisses Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann, und den Opfern erspart bleibt, ihre Situation wechselnden Beamtinnen oder Beamten immer wieder von Neuem erklären zu müssen.

Ursachen für polizeiliche Zurückhaltung beim Opferschutz

Aber wenn gerade der Umgang mit dem Opfer von einer solchen Bedeutung ist, warum zeigt sich die Polizei bei der Umsetzung eines allumfassenden Opferschutzes dann noch immer eher zurückhaltend?

Es gibt vielfältige Erklärungsansätze, warum die Polizei – abgesehen vom primären Ziel der Strafverfolgung – dem Opferschutz im Alltag polizeilichen Handelns oftmals nicht allumfassend Raum zu geben vermag. Das kann die Befürchtung sein, durch die Hinwendung zum Opfer die originäre Aufgabe der Strafverfolgung aus dem Blick zu verlieren, auch die staatlich verordnete Untersagung der Rachebefriedigung und den verleugneten Racheimpuls kann eine mögliche Ursache sein. Dies scheint insoweit plausibel, als es unerlässlich ist, dass Opferschutz zwingend in einer rechtstaatlich begründeten Balance zwischen Opfer und Täter stattfinden muss (Neutralität der Polizei, kein Opferschutz zu Lasten von Täterrechten, keine einseitige Parteilichkeit zugunsten des Opfers). Die Berücksichtigung der Opferrechte darf allerdings nicht zu Lasten der Rechtsstellung des Beschuldigten gehen. Anzustreben ist grundsätzlich vielmehr eine „Waffengleichheit“, bei der das Opfer im Hinblick auf seine Rechte neben den Täter tritt.

Ein weiterer Erklärungsansatz kann in der eigenen, permanenten Bedrohung der Polizeibeamtinnen und -beamten als Gewaltopfer liegen, die sie zu einer hoch operanfälligen Gruppe mache. Im Gegenzug hierzu steht ein hierar-



SCHOOL SHOOTING

chisch und männlich dominierter Polizeiapparat, der kaum Raum für Gefühle oder auch die Bedürfnisse von Polizeibeamten lässt (sog. Cop Culture), weshalb oft mit einer übertriebenen Objektivierung und Rationalisierung reagiert wird. Noch immer hält sich das durch die Medien verstärkte Klischee, dass „wahre Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen von den Haar- bis zu den Fußspitzen zupackend, entscheidungsfreudig (sind), sie haben Nerven wie Drahtseile ...“ (Traphan, 2005, 6). In diesem Rahmen erscheint ein gefühlsbetonter, empathischer Umgang mit Opfer(zeugen) zunächst als Fremdkörper im Getriebe des Polizeialltags.

Eine weitere nicht zu verleugnende Rolle spielt sicherlich auch die Tatsache, dass ein professioneller Umgang mit Opfern innerhalb der Polizei nicht – wie beispielsweise die Aufklärungsquote – messbar ist und deshalb oft sowohl in der Außendarstellung als auch hinsichtlich der Akzeptanz innerhalb der Polizei leidet.

Die Lösung könnte hier in vermehrten Opferbefragungen liegen, die den Polizeibeamtinnen und -beamten eine Einschätzung ihrer Arbeit erlauben und ggf. einen weiteren Ansporn in Richtung eines professionellen Opferumgangs liefern.

Positiv ist jedoch zu vermerken, dass generell innerhalb der Polizei ein Umdenken eingesetzt und die Erkenntnis Fuß gefasst hat, dass der Stärkung der Belange der Opfer neben den verfassungsmäßig garantierten Täterrechten ebenfalls Platz eingeräumt werden muss. Dementsprechend wurden in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, den Opferschutz weiter auszubauen. So wurden Opferschutzkoordinatoren auf Ebene der Polizeidirektionen und -präsidien eingesetzt, um eine bessere Berücksichtigung der Opferbelange im Polizeialltag zu gewährleisten. Einige Polizeipräsidien verfügen über spezielle Opferbeauftragte, die eine schnelle Weiterleitung des Opfers bewirken können. Darüber hinaus ist zunehmend die Bereitschaft zur Zu-

sammenarbeit mit fachkompetenten polizeiexternen Institutionen (beispielsweise Einrichtungen der Opferhilfe) zu verzeichnen. Diese Organisationen übernehmen in Absprache und unter der Prämisse gegenseitigen Informationsaustausches im Rahmen des Datenschutzes die Betreuung der Opfer und können somit zur Entlastung der einzelnen Polizeibeamtinnen und -beamten beitragen.

Wie gut eine solche Zusammenarbeit funktionieren kann, zeigt das Beispiel der oben genannten Frau Z. Diese führte aus: *„Meine Schwägerin ... hatte über die Polizei vom WEISSEN RING e.V. erfahren. Die ermittelnden Polizeibeamten hatten mit Einverständnis meiner Schwägerin sofort den Kontakt zur Außenstelle des WEISSEN RING e.V. in unserer Stadt aufgenommen. Von den dortigen Mitarbeitern hat sie dann auch erfahren, dass wir einen Rechtsbeistand bekommen können und das sowohl sie als Ehefrau als auch wir als Geschwister des Getöteten das Recht haben, als Nebenkläger*

Reise & Erholung



Cankick
Action Abenteuer prickelnd anders
TOP ANGEBOT:
Rafting & Canyoning, Grillplatte & Foto-CD
2 ÜF / Pension DU-WC, pro Person nur € 140,00
www.cankick.at
info@cankick.at
Mob.: +43 (0)664 155 26 81



Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour, 1x grillen am Lagerfeuer und 2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 154,-
www.rafting-oetztal.at / office@rafting-oetztal.at / Tel.: 0043 5252 6721



RÜGEN
... in dem Ostseebad Binz!
SCHNÄPPCHEN
komf. 3-Raum-Wohnung, 2 Pers. 60,- €/Tag (An- u. Abreise ein Tag)
Handy: 01 72/952 2535
www.ichbinz.com

Büsum – Nordseeküste
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.
Tel. 048 25/2206

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/727 23
www.heidehof-jonsdorf.de

Seychellen
Kl. private Ferienanlagen für Kollegen mit Kollegentarifen ab € 60 p. P.
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

Bernau/Chiemsee
FeWo, 2 Zimmer (2-4 Pers.), EBK, Sat/TV, Balkon, 39-42 €, Koll. Brendel,
01 70/2 18 18 87 oder rcz777@gmx.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Süstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Schöne FeWo. in Glowe/Rügen. Meerblick, 50 m zum Strand, 2-4 P., ab 40,- €. Tel.: 0 30/5 45 78 94.

München, Kollege bietet App. für 2 Personen, ruhige Innenstadtlage, Tel. 01 51/50 11 06 87

Nordsee – Büsum
Zentral gelegene FeWo/Bungalow
Tel.: 048 34/9366 08 - Fax: 9605 71

Kollege bietet ruhige FEWO für 2-3 Pers. mit Terrasse im Ahrtal/Rheinland, Bad Neuenahr-Ahrweiler/Lantershofen, 30,- € pro Tag einschl. Nebenkosten
FEWO Retterath · Lambertustr. 3 · 53501 Lantershofen · Tel. 0 26 41/2 94 03, Fax 20 70 55

Franken, bei Bamberg, waldreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60
www.ferienwohnung-gruber.de

Berlin-Mitte, FeWo bis 5 P., S- u. U-Bahn-Nähe. Ab 40 €/Tag.
Tel. 0 30 / 4 02 66 93

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60-90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 0 45 63/70 21, Fax: 0 45 63/70 22
jochen.lipke@online.de

BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82
www.fewo-feind.de

Mecklenburger Seenplatte
Sep. kompl. eing. mod. FeWo bei Kollegen, 2-6 Personen, Wald u. See v. d. Tür. Vermietung ganzjährig
Tel.: 038485/25710 • www.Uhlenhorst.de.tl



im Prozess aufzutreten. Vorher habe ich von dieser Möglichkeit nicht gewusst und hätte daher auch keinen Gebrauch davon machen können. Es müsste vielmehr über solche Möglichkeiten bekannt gegeben werden, so dass Angehörige dann auch wissen, wo sie sich hinwenden können, um nicht so verlassen dazu stehen.“

Neben der Herausgabe von Opfer-schutzbroschüren, die sowohl über den Gang eines Strafverfahrens informieren als auch praktische Tipps, Hilfestellungen für die Opfer und ihre Angehörigen enthalten, wurde zudem zur weiteren Professionalisierung des Umgangs mit Opfern das polizeiliche Informationsmedium VIK-TIM geschaffen, das unter anderem die Möglichkeit bietet, bundes-, landes- und regionalbezogene Informationen zu Opferhilfeeinrichtungen und Fachpublikationen abzurufen und für Polizeibedienstete im Extranet unter www.polizei-beratung.extrapol.de verfügbar ist. Letztlich kann von den Polizeibeamten auch ein interaktives Lernprogramm Opferschutz interaktiv zum Verhalten der Polizei gegenüber Geschädigten und Opfern im polizeilichen Extranet abgerufen werden.

Ausblick

Für die optimale Umsetzung des Opferschutzes innerhalb der Polizei im Umgang mit Opfern bleibt auch in Zukunft noch einiges zu tun. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Opferschutz so in den polizeilichen Alltag eingebaut werden muss, dass die Polizeiarbeit an sich nicht behindert wird und die Täterrechte nicht eingeschränkt werden. Oftmals sind es Kleinigkeiten, die ein besseres Klima für Vernehmungen schaffen und somit sowohl der Polizei als auch dem Opfer zugutekommen. Ein professioneller und opferfreundlicher Umgang vermag dazu beizutragen, das positive Image der Polizei innerhalb der Gesellschaft noch stärker auszubauen und Verhaltensänderungen innerhalb der Polizei mit sich zu bringen, die sich positiv auf die Berufszufriedenheit der Polizeibeamten auswirken dürften; so z. B. durch eine bessere Interaktion zwischen Polizei und Opfer, die anerkennende Rückmeldung von Opfern und durch bessere Aufklärungsquoten dank vermehrter Kooperationsbereitschaft der Opfer. Aber auch dem Opfer kommt eine stärkere Berücksichtigung der Opferbelange zugute, z.B. durch Verbesserung der Befindlichkeit im Rahmen der Vernehmung und Verringerung der Gefahr von Sekundärviktimsierungen. Weiter kann erwartet werden, durch ein opferfreundliches Handeln der

Polizei die Zugangsschwelle zu derselben für die Opfer zu erniedrigen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Polizei den Bedürfnissen von Opfern künftig noch mehr als bisher öffnen wird. Gerade bei schwerwiegenden Straftaten wie School Shootings ist der professionelle Umgang mit Opfern/Hinterbliebenen nicht nur durchsetzbares Recht, sondern insbesondere auch eine moralische Verpflichtung. Erst wenn mit jedem einzelnen Opfer/Hinterbliebenen seitens der Polizei derart umgegangen wird,

wie wir es für uns selbst in einer solchen Situation wünschen würden, ist der Opferschutz tatsächlich im polizeilichen Alltag angekommen. *Angela Gräf*

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit haben wir auf Quellen- und Literaturangaben im vorliegenden, leicht gekürzten Text verzichtet. Der unveränderte Originaltext mit allen Quellenhinweisen und Literaturangaben ist in der elektronischen Ausgabe unserer Zeitung im Internet hinterlegt.

Ich konnte mir die Realität vorher nicht einmal annähernd vorstellen ...

Haben wir es immer häufiger mit Amoklagen zu tun?

Statistisch betrachtet ist die Wahrscheinlichkeit eines Amoklaufes recht gering. Durch das häufig furchtbare Schadensmaß sowie die enorme mediale Aufbereitung werden School Shootings aber auch viel stärker von uns wahrgenommen. Die Kriminologen Robertz und Wickenhäuser haben jedoch nachgewiesen, dass im letzten Jahrzehnt im internationalen Vergleich in Deutschland



Unser Gesprächspartner:
Joachim Grösbrink
M.A., Kriminologe & Polizeiwissenschaftler, hauptamtlicher Dozent an der FHöV NRW, Leiter Freies Institut für Kriminologie IfK Castrop-Rauxel und Mitautor des Buches „Frau komA kommt“.

eine Häufung von School Shootings vorlag und dies im Gegensatz zur Entwicklung der allgemeinen Tötungskriminalität durch Jugendliche steht.

Es gibt bereits etliche Literatur zum Thema. Warum brauchen wir noch ein Buch dazu?

Weil ein erheblicher Bedarf besteht, und zwar nicht ausschließlich bei einer Fachleserschaft wie etwa Kriminologen, Psychologen oder Sozialwissenschaftlern, sondern bei einer breit gefächerten Zielgruppe, wie z.B. Eltern, Lehrer, Schulpsychologen, Polizeibeamte, Sozialarbeiter,

Opfer und sonstige Interessierte

Häufig betrachten Publikationen die Amok-Problematik aus einer einzigen fachlichen Perspektive, was jedoch der Komplexität des Themas nicht unbedingt gerecht wird. Unsere wissenschaftliche Ausrichtung aus den Bereichen der Kriminologie, Polizeiwissenschaften sowie Rechtswissenschaften ermöglicht hier einen breiteren, interdisziplinären Ansatz. Mit der Ausrichtung als Sachbuch wenden wir uns auch nicht nur an eine ausgewählte Fachleserschaft, sondern an die bereits erwähnte breit gefächerte Zielgruppe. Dabei war uns ein besonderes Anliegen, dass die Informationen fachlich fundiert sind, die Sprache aber auch für den Laien gut verständlich bleibt.

Ebenso wichtig war uns ein praktischer Nutzen. Warum läuft ein Schüler Amok? Kann man solche Taten verhindern? Wer hilft Angehörigen und Hinterbliebenen? Wo erhalten traumatisierte Opfer Hilfe und wie können sie ihre Rechte wahrnehmen?

Sie haben in dem Buch u. a. auch zwei sehr bewegende Interviews mit Kollegen veröffentlicht, die beim Amoklauf in Emsdetten eingesetzt waren. Welche Hilfsangebote konnten sie in Anspruch nehmen, um den enormen psychischen Stress abzubauen?

Die emotionalen Belastungen der bei einem School Shooting eingesetzten Kolleginnen und Kollegen waren natürlich absolut extrem und mit Worten kaum zu beschreiben. Nach Durchführung des Interviews mit den beiden Kollegen wurde mir klar, dass ich mir die Realität vorher nicht einmal annähernd vorstellen konnte. Ich kann aber sagen, dass die beiden Beamten sich im Nachhinein insgesamt gut betreut fühlten. Die Betreuung erfolgte sowohl seelsorgerisch wie auch thera-



SCHOOL SHOOTING

peutisch. Als besonders hilfreich wurden Gruppengesprächsrunden mit den anderen beim School Shooting eingesetzten Beamten bezeichnet. Dies empfanden die Beamten als vorteilhaft, da man niemandem erst erklären musste, was man gerade fühlt.

Ein Aspekt jedoch, den die Polizei kaum beeinflussen oder einkalkulieren kann, stellte sich im Zusammenhang mit der Bewältigung des erlittenen Psycho-traumas als sehr hilfreich heraus: Die überwältigende Dankbarkeit der betroffenen Kinder und deren Angehöriger. Die zahlreichen von den Kindern verfassten Dankesbriefe dienten den Kollegen im

Nachgang der Tat einerseits als große emotionale Unterstützung, andererseits verdeutlichten diese Zeilen, wie wichtig und richtig ihr damaliges Einschreiten war.

Die Polizei trainiert Amoklagen an Schulen. Wie nützlich solche Trainings im Ernstfall sind, darüber ist auch in Ihrem Buch nachzulesen.

Selbstverständlich können solche Trainings immer nur annähernd den Ernstfall simulieren, da es im Einzelfall gewisse Unwägbarkeiten gibt, auf die man sich nur schwer vorbereiten kann. Einer der beiden beim School Shooting von Ems-

detten eingesetzten Beamten hatte die Bewältigung einer Amoklage noch kurze Zeit vor dem Einsatz trainiert. Er erklärte, dass die entsprechenden Informationen schlagartig wieder präsent waren. Zeitgleich mit Eintritt der Echtlage hatte er das trainierte Schema wieder im Kopf, das er dann auch tatsächlich abrufen konnte. Insofern kann man deutlich sagen, dass derartige Trainings absolut nützlich und unverzichtbar sind und scheinbar einen entscheidenden Einfluss auf die erfolgreiche Lagebewältigung haben können.

Präventiv ist zur Verhinderung solcher Lagen einiges möglich. Wie kann

Kapitalmarkt

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung
TOP-ZINSSÄTZE
 - für Beamte und Tarifbeschäftigte ab 5-jähriger Beschäftigung
 - auch für Pensionäre bis 58 Jahre
 - Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.000,00 €
 - Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre
 - Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich
 - auch ohne Ehepartner
 - für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung andere Kredite
 - Kostenlose Beratung: Mo.-Fr. von 8-20 Uhr
Info-Büro: 08 00/7 78 80 00
 vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark, Fax: 051 30/79 03 95
 jaeckel@beamtendarlehen-center.de
www.beamtendarlehen-center.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
 Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

SEIT 20 JAHREN BEAMTENDARLEHEN
SONDERZINS - UNKOMPLIZIERT - SCHNELL - KOMPETENT
 Ihre Zufriedenheit ist uns wichtig, wir vermitteln - Sie gewinnen
 z.B.: 20.000,- Rate 187,30 / 50.000,- Rate 458,30 inkl. LV
 Sollzins: 5,99%, eff. Jahreszins 7,74%, Laufzeit 240 M, 4% Disagio, EA 30 J.
NULLTARIF: 0800 056 7836
BFS BEAMTENFINANZIERUNGSSERVICE
 Paegelow & Partner GBR, Reichsstr. 90 a, 14052 Berlin, Fax: 030 - 35 10 37 36
www.sonderdarlehen.de - info@sonderdarlehen.de

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48
 Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
 Kredite von 1000-100.000 €.
 • Laufzeit bis 120 Monate
 • ohne Auskunft bis 7000 €
 45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

MÉDECINS SANS FRONTIÈRES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
 Ärzte ohne Grenzen e. V.
 Liewelingsweg 102
 53119 Bonn
 Spendenkonto 97097
 Sparkasse Bonn
 BLZ 380 500 00

Brot für die Welt
 Postbank Köln 500 500 00

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
 oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt • Pf. 3136 • 46314 Borken-Wesekel

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie
 Hypotheken- und Beamtendarlehendiscouenter

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178190-25
 Info@AK-finanzz.de
www.AK-Finanz.de

Angebotsbeispiel:
 Äußerst günstige Beamten-/Angestellterdarlehen, z.B. B.A.L/Angestellte ö.D. unkündbar, 30J. alt, Lfz. 12 J., Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnettoertrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Lfz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.

sich die Polizei in die Präventionsarbeit einbringen?

Die Polizei kann ihr vorhandenes Know-how im Rahmen von Fortbildungen an Lehrerinnen und Lehrer weitergeben. Neben Basiswissen über School Shootings gehören dazu natürlich auch Themenfelder wie mögliche Ursachen für schulische Amokläufe und das Erkennen von Signalen, die schulische Amokläufer in der Regel im Vorfeld der Tat aussenden. Auch in Bezug auf bauliche Schutzmaßnahmen, wie z.B. das Anbringen von außen liegenden Türknäufen statt Klinken an Klassentüren, kann die Polizei Schulen wertvolle Tipps geben. Ebenso was Kriseninterventionspläne sowie das Verhalten im Ernstfall betrifft. Die Polizei ist in vorgenannten Bereichen bereits sehr aktiv. Zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit gehört aber auch, dass Schulen ihren Fortbildungsbedarf erkennen und polizeiliche Hilfsangebote annehmen.

Die Polizei hat bei Amokfällen immer wieder mit Pressevertretern zu tun, die sich rücksichtslos auf Opfer und deren Angehörige stürzen – auch das thematisieren Sie in Ihrem Buch. Abgesehen von der Pietätlosigkeit wird dadurch nicht selten die polizeiliche Arbeit behindert. Muss man sich damit abfinden?

Dass die polizeiliche Arbeit mitunter behindert wird, ist ein leidlicher Zustand. Hier helfen nur konsequente und permanente Aufklärungsarbeit, um das Verständnis der Pressevertreter zu gewinnen. Als noch viel schlimmer erachte ich jedoch, wie gelegentlich mit Hinterbliebenen von Amok-Opfern umgegangen wird. Der deutsche Presserat verfügt z.B. über einen Pressekodex, der gewisse Verhaltensregeln von Pressevertretern einfordert. Sicherlich gibt es zahlreiche positive Beispiele, wo Journalisten sich angemessen verhalten. Wenn Journalisten jedoch im Nachgang eines School Shootings bei den Hinterbliebenen eines Opfers vorstellig werden und nach einem Foto des getöteten Kindes fragen, stellt dies einen schier unerträglichen Zustand dar. Hier werden Opferrechte geradezu mit Füßen getreten. Mit derartigen Zuständen darf man sich also keinesfalls abfinden, sondern man muss von den Medien einen sachgerechten und verantwortungsvollen Umgang im Zusammenhang mit der Berichterstattung einfordern, der ethisch-moralischen Grundsätzen genügt. Im Zusammenhang mit solch tragischen Ereignissen sollten wir als soziale Gesellschaft unsere Informations- und Sensationsgier stark überdenken und uns stärker auf Werte wie Pietät und Empathie besinnen.

Migration und Integration sind Dreh- und Angelpunkte

„Migration – Integration – Sicherheit in Europa im Wandel“ – unter diesem Titel fand der 14. Europäische Polizeikongress am 15. und 16. Februar 2011 im Berliner Congress Centrum statt. An zwei Tagen wurden in einem Rahmenprogramm und in zahlreichen Fachforen die Themen rund um das Motto diskutiert – von ca. 1.400 Teilnehmern aus 60 Nationen.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, betonte in seiner Eröffnungsrede, dass Migration und Integration für die Sicherheit in Europa eine besondere Bedeutung hätten. Migration verlange Integration. Und wenn Integration gelinge, sei das ein wertvoller Beitrag zur Sicherheit

„Wir müssen die Konflikte dort bekämpfen, wo sie entstehen“, erklärte er. Die Bundesregierung spreche sich gegen einen EU-weiten Aufnahme-Mechanismus für Asylsuchende aus.

Die Europäischen Sicherheitsbehörden waren gleich mehrfach vertreten.



Während der Debatte über die Zukunft der Hochschulausbildung der Polizei – links: GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut

Foto: Holecek

und gesellschaftlichem Zusammenhalt in Europa. Die Steuerung der Migration und damit die Stärkung der Sicherheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Europa würden aber nicht ohne Zusammenarbeit mit den Transit- und Herkunftsstaaten der Migranten funktionieren. Hier gewinne die europäische Außenpolitik rasant an Bedeutung. Auf aktuelle Flüchtlingsfragen eingehend erklärte er, dass es an erster Stelle darum gehe, dafür Sorge zu tragen, dass die Flüchtlinge in ihren Heimatländern Perspektiven erhielten.

FRONTEX wurde durch den Exekutivdirektor Ilkka Laitinen, EUROPOL durch den Direktor Ron Wainwright und die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte durch den Direktor Morten Kjaerum repräsentiert.

Der Exekutivdirektor von FRONTEX, Ilkka Laitinen, forderte eine verbesserte Zusammenarbeit der EU-Staaten. Wenn an eine Stelle des Schengenraumes etwas Schlechtes passiere, habe dies Einfluss auf die gesamte EU. Für diese Anlässe sei FRONTEX unabdingbar auf die



14. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS

Verarbeitung personenbezogener Daten angewiesen. Auch seine Agentur müsse gestärkt und die Koordinierungsmöglichkeiten müssten erweitert werden, um effektiver arbeiten zu können.

Die EU-Kommissarin des Inneren, Cecilia Malmström, sprach sich für eine gemeinsame europaweite Asylpolitik aus. Ferner forderte sie eine Langzeitstrategie, um dem steigenden Migrationsdruck besser begegnen zu können. In den kommenden Jahren müsse Europa



Rob Wainwright, Direktor von EUROPOL, warnte auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin vor einem stetig wachsenden Missbrauch von Kindern zu Zwecken der Organisierten Kriminalität.

„Es gibt ein europaweites Netzwerk an Kindern, die auf die Straße geschickt werden, um dort u.a. Taschen- und Ladendiebstähle zu begehen“, erklärte Wainwright.

Die Kinder würden von Schlepperbanden z.B. aus Rumänien eingeschmuggelt und kriminalisiert. Aufgrund ihres Alters hätten die Strafverfolgungsbehörden keinerlei Handhabe; über 1.000 Kinder allein aus Rumänien zähle man mittlerweile zu dieser Gruppe.

mit Hunderttausenden Migranten rechnen, die auch gebraucht würden, um den Fachkräftemangel auszugleichen. Von der aktuellen Situation auf Lampedusa sei sie genauso überrascht worden, wie die Öffentlichkeit. Sie freue sich über die Demokratiebewegung, machte allerdings deutlich, dass die EU eine gemeinsame Langzeitstrategie benötige, die solchen Anforderungen künftig besser gerecht werde.

GdP in Foren

In dem Fachforum „Die Zukunft der Hochschulausbildung der Polizei“, das durch den Präsidenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Dr. Ludger Schrapper, moderiert wurde, nahm der GdP-Bundesvorsitzende, Bernhard Witthaut, teil. Man war sich ziemlich einig: Das jetzige Modell der Polizistenausbildung auf Fachhochschulen mit Bologna-Bestandteilen ist für die Erstausbildung ein taugliches Modell. „Dadurch wird wissenschaftlich basierte Qualifikation und Methodenkompetenz vermittelt“, fasste Dr. Ludger Schrapper die Gründe zusammen. „Es reicht nicht mehr das Schema Vormachen/Nachmachen. Man muss sein eigenes Wissen weiterentwickeln können.“

Schrapper steuerte geschickt das Gespräch durch eine kontrovers geführte Debatte über Sinn und Zeitpunkt der Spezialisierung bei der Vorbereitung auf den Polizeiberuf. Soll es bei der polizeilichen Erstausbildung „universalistisch“ zugehen, d.h. die „Grundsozialisation“ stattfinden? Dieser Grundsatzfrage stellte Schrapper das andere Extrem entgegen, die frühzeitige Spezialisierung etwa in Richtung Schutz- oder Kriminalpolizei. Bernhard Witthaut: „An den Polizeiakademien, die im Rahmen des Bologna-Prozesses – eingerichtet wurden, an den Fachhochschulen sollen die Grundlagen vermittelt werden, die der Polizist braucht. Aufbauend dazu soll an der DHPol eine weitere Qualifizierung stattfinden, die u.a. berechtigt, Dienststellen zu führen und Mitarbeiter zu motivieren. Deshalb brauchen wir solch eine frühe Differenzierung bereits zu Beginn des Studiums – auch wenn es nur ein Modul ist – eigentlich nicht.“

An den Fachhochschulen dominiere das Modell der Universalausbildung, beobachtet Schrapper. Die Frage sei, wie die Hochschulausbildung auch Fachausbildung bieten könne. Jörg Feldmann,

Präsident der Hamburger Hochschule der Polizei, ist überzeugt, dass sich die Hochschulausbildung seit vielen Jahren bewährt habe. „Die Fachhochschule ist das Richtige für die Polizei. 2011 werden die Anforderungen weiter steigen. Der Bürger erwartet mehr von der Polizei. Vor allem Methodenvielfalt und differenzierte Herangehensweisen.“

Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP, vertrat die Positionen der GdP in den Fachforen „EM 2012 – Sicherheitskonzept“ und „Internationale Polizeimissionen – IPM“. Er wies darin u. a. auf die äußerst positiven Erfahrungen der Polizei mit Verbindungsbeamten hin, die ihre Fans zu auswärtigen Fußballereignissen begleiten. Diese Erfahrungen dürfe man zukünftig nicht brach liegen lassen. Letztlich sei hier auch die Politik gefordert, den rechtlichen Rahmen so auszugestalten, dass Verbindungsbeamten künftig im Ausland eingesetzt werden

Die durch den Behörden Spiegel initiierte und jährlich stattfindende international ausgerichtete Fachkonferenz „Europäischer Polizeikongress“ versteht sich als Informationsplattform für Polizisten, Sicherheits- und zivile Behörden. Sie ist die größte internationale Fachkonferenz für innere Sicherheit in der Europäischen Union.

könnten. Er forderte eine zügige Umsetzung, damit die Beamten schon heute möglichst schnell für die kommenden Einsätze bei den Großveranstaltungen vorbereitet werden können. Die EM 2012 in Polen und der Ukraine werde auch Einfluss auf die Sicherheitskräfte in Deutschland haben. Deutschland sei Transitland für viele Gäste, die aus Süd- und Westeuropa in die beiden Gastgeberländer reisen. In vielen Fällen gehe es heute nicht mehr in erster Linie um die Sicherheit in den Stadien. Man müsse auf die Auseinandersetzung an „Drittorten“ vorbereitet sein. Als Beispiel nannte er die Abreise- und Umsteigebahnhöfe oder Raststätten entlang der großen Reiserouten.

Müller/Jung



Konsequent gegen Drogensünder am Steuer

Den Drogenmissbrauch im Straßenverkehr wirkungsvoller zu bekämpfen, die Risiken des Schwerlastgüterverkehrs zu begrenzen und die Untersuchung tödlicher Verkehrsunfälle sachgerechter zu gestalten, waren die zentralen Themen des diesjährigen Deutschen Verkehrsgerichtstages vom 26. bis 28.1.2011 in Goslar. Mehr als 1.600 Richter, Staats- und Rechtsanwälte, Polizei- und Verwaltungsbeamte sowie Fachleute aus Ministerien, Verbänden und Behörden diskutierten auf dem europaweit anerkannten und international besuchten Kongress in acht Arbeitsgruppen. Hier Teil 1 der Berichterstattung über die Themen der Tagung.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) stellte in seinem Plenarvortrag das alltägliche Verkehrsgeschehen als Spiegelbild des gesellschaftlichen Umgangs miteinander dar: „Zu viele Kraftfahrer verhalten sich so, als seien sie alleine auf der Straße“. Hier bräuchten wir drin-

greifenden Feldversuch über Chancen und Risiken des Einsatzes von Lang-Lkw, die wie bisher die 40-t-Grenze nicht überschreiten dürfen, durchzuführen. Keine Monster-Trucks oder Giga-Liner, sondern maßvoll, statt 18 m auf nunmehr 25 m verlängerte Lastzüge, die nur zwischen den Logistik-

zentren, nicht aber in den Innenstädten, fahren würden, könnten, wo heute drei Lkw fahren, künftig mit zwei Transporten die gleiche Beförderungsleistung erbringen. Dabei sollen die Sicherheit durch hohen technischen Standard, die Qualifikation der Fahrer und die Nachhaltigkeit der Kontrollen dieser neuen Fahrzeugkombinationen gewährleistet sein. Zu diesem Zweck baue die Bundesregierung derzeit, entsprechend den europäischen Vorschriften, ein vernetztes, von verschiedenen Kontrollbehörden

gemeinsam verwendbares Register auf, in dem vorgekommene Verstöße im Transportverkehr registriert werden sollen. Zugunsten einer strengeren Überwachung der Unternehmer und Fahrer seien damit frühere Verstöße für alle Beamten bei einer Überprüfung ersichtlich.

Null Akzeptanz für Drogenfahrten

Noch immer liegen kaum gesicherte Informationen zur Zahl der Unfälle und verunglückten Personen im Straßenverkehr vor, die auf Fahren unter Drogeneinfluss zurückzuführen sind. Studien deuten zu- meist nur auf ein gesteigertes Unfallrisiko

im Zusammenhang mit dem Konsum illegaler Drogen hin und stellen fest, dass der kombinierte Konsum von Drogen und Alkohol zu weiteren Beeinträchtigungen führt. Im Rahmen des EU-Projektes DRUID wurden Faktoren identifiziert, die das Risiko des Fahrens unter Alkohol- und/oder Drogeneinfluss im Straßenverkehr erheblich erhöhen. Es handelt sich dabei um sozio-demografische Merkmale (männliches Geschlecht, junges Alter bei erster Auffälligkeit, niedriger Bildungsstand), Verkehrsbewährungsdaten (je mehr Verkehrsvoreintragungen bestehen, desto höher das Wiederauffälligkeitsrisiko), gewisse Persönlichkeitsmerkmale (aggressive Tendenzen, erhöhte Risikobereitschaft, genereller risikoreicher Lebensstil, geringe Selbstkontrolle und Fähigkeit zur Problembewältigung) und Merkmale des Entscheidungsstils (normabweichende Einstellungen, Wissensdefizite, geringe Risikowahrnehmung, starker Einfluss des sozialen Umfelds sowie der Gruppennormen und -erwartungen).

Die Zahl erkannter Alkohol- oder Drogenfahrten ging bundesweit 2009 gegenüber dem Vorjahr um rund 10 % auf 200.200 zurück. Dennoch waren diese Delikte noch immer die wesentliche Ursache für fahrlaubnisrechtliche Maßnahmen. Der Anteil des Drogeneinflusses an den festgestellten berauchten Fahrten lag zuletzt bei 14,8 %. Das sind 29.700 ohne Unfallfolge sanktionierte Drogenverstöße im Straßenverkehr. Die polizeilich verfolgten Drogenverstöße (ohne Verkehrsunfälle) im Straßenverkehr lagen 2009 jedoch bei 48.060 (Vorjahr: 54.754) Delikte (davon § 24 a StVG: 34.374 Delikte und §§ 315 c, 316 StGB: 13.686 Delikte). Trotz einer Abnahme der Überwachungsergebnisse im Jahr 2009 besteht wie in den Vorjahren eine Abweichung zwischen den polizeilichen Erfassungen und den rechtskräftigen Eintragungen des KBA von diesmal rund 18.500 Fällen. Die Eintragungsquote (rechtskräftige Entscheidungen) in das Verkehrszentralregister für das Kalenderjahr 2009 betrug somit, gemessen an den polizeilich ermittelten Verstößen, 61,4 % (2008: 56,4 %) und fällt damit etwas besser als im Vorjahr aus.

Diese registrierten und geahndeten Drogenverstöße sind deutlich zu viele und dennoch vermutlich nur die Spitze des Eisbergs. Angesichts der teilweise noch großen Probleme beim Erkennen von Drogenkonsum, der für die kontrollierenden Polizeibeamten im Vergleich zum Alkohol weniger auffallend und schwerer feststell-



Drogen am Steuer werden nur unzureichend erfasst. Foto: DVR

gend einen Prozess des Umdenkens. Die Teilnahme am Straßenverkehr setze die Wahrnehmung von Verantwortung voraus, Egoismus dürfe „kein Markenzeichen“ werden. Angesichts der in den nächsten Jahren zu erwartenden Verkehrszuwächse sei vielmehr „eine ausgeprägte Kultur der Rücksichtnahme“ erforderlich.

Ramsauer erwartet eine deutliche Zunahme der Verkehrsleistungen in Deutschland, und zwar im Personenverkehr bis 2025 um 20 % gegenüber 2004 und – ganz dramatisch – im Straßengüterverkehr einen Zuwachs um 80 %. Da die Straße weiter Verkehrsträger Nummer eins bleibe, müsse sie effizienter genutzt werden. So plane die Bundesregierung, 2011 einen länderüber-



Für Studium und Praxis



Prüfungswissen Kriminalistik und Kriminaltechnik

Arbeitstechniken – Übungen – Klausuren – Lösungen

Von **Robert Wehmann** und **Claus-Peter Schuch**.

1. Auflage 2011, 216 Seiten, 16,5 x 24 cm Broschur,

19,90 € [D], 35,10 sFr.

ISBN 978-3-8011-0656-0

Grundlage dieses Buches sind die vier Auflagen des bisher unter dem Titel „Musterklausuren Kriminalistik“ erschienen Buches. Dessen Inhalt wurde von den Autoren überarbeitet, umgestellt und um die Themen „Studium“ und „Leistungsnachweise“ erweitert. Damit wird das Buch nun sowohl den Anforderungen für das Diplomstudium wie auch denen für das Bachelor- und Masterstudium in der polizeilichen Ausbildung gerecht.

Über die „Fallbearbeitung“ hinaus werden alle Arten der Leistungsnachweise, die die neuen Studiengänge mit sich bringen, berücksichtigt: Klausur, Fachgespräch, Hausarbeit, Referat, Seminar, Projekt und Abschlussarbeit.

Zum besseren Verständnis ergänzen Beispiele und Lösungshinweise die Abhandlungen. Die Fallbeispiele sind auf den polizeilichen Alltag ausgerichtet.

Die Autoren:

Robert Wehmann,
Leitender Kriminaldirektor a.D.

Claus-Peter Schuch,
Kriminaloberrat.



Strafrecht für Polizeibeamte

Band 1:
Grundlagen und
Delikte gegen
die Person

Von **Holger Nitz**.

2. Auflage 2011, 260 Seiten,

16,5 x 24 cm, Broschur,

19,90 € [D], 35,10 sFr.

ISBN 978-3-8011-0657-7

Band 2:
Delikte gegen
das Vermögen und gegen
Gemeinschaftswerte

Von **Holger Nitz**.

1. Auflage 2010, 303 Seiten,

16,5 x 24 cm, Broschur,

19,90 € [D], 35,10 sFr.

ISBN 978-3-8011-0647-8

Diese übersichtliche und gut lesbare Darstellung ermöglicht eine schnelle Einarbeitung in den Lehrstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Sie erfüllt alle Anforderungen an ein Lehrbuch für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen.

In Band 1 widmet sich der Autor neben einer Themeneinführung der Straftat und den Delikten gegen Personen. In Band 2 handelt er Delikte gegen das Vermögen sowie Delikte gegen Gemeinschaftswerte ab. Die komplexe Rechtsmaterie ist in beiden Büchern nach polizeilichen Bedürfnissen aufbereitet, ohne prüfungs- und praxisrelevante Bereiche auszuklammern.

Der Autor:

Dr. Holger Nitz,
Regierungsdirektor, derzeit Dozent für Straf-
Strafprozessrecht und Eingriffsrecht im Fach-
bereich Polizei an der Fachhochschule für öf-
fentliche Verwaltung NRW.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

bar erscheint, muss mit einem erheblichen Dunkelfeld der Fahrten unter Rauschmitteleinfluss gerechnet werden.

Der bekannt gewordene Konsum von illegalen Drogen kann einen Anhalt zum Ausmaß der Gefahrenhäufigkeit des Missbrauchs auch im Straßenverkehr liefern. Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) hat in ihrem aktuellen Bericht zum Stand der Drogenproblematik in Europa in den vergangenen Jahren kontinuierlich steigende Zahlen der Drogendelikte im Zusammenhang mit dem Konsum ermittelt. So wird, bezogen auf repräsentative Erhebungen, der Drogenkonsum in der Bevölkerung (im Alter zwischen 15 und 64 Jahren) in Europa, allein für das berauschende Mittel Cannabis, auf etwa 12,5 Millionen Menschen geschätzt, die während der letzten 30 Tage zum Joint gegriffen haben, was 3,7 % der europäischen Jugendlichen bzw. Erwachsenen entspricht.

In Deutschland hat die Polizei 2009 bei 1.281 Verkehrsunfällen mit Personenschaden Drogeneinfluss als maßgebliche Unfallursache ermittelt. Allerdings dürfte das amtlich dokumentierte drogenbeeinflusste Verkehrsunfallgeschehen aufgrund der geschilderten Probleme der mangelnden Wahrnehmung von Drogenauffälligkeiten, aber auch, weil Unfälle oftmals von der Symptomatik anderer Ursachen überlagert werden, was zugleich das Bemerkens von psychotropen Auswirkungen bei Fahrern erschwert, nicht einmal annähernd dem realistischen Ausmaß entsprechen.

Fahrlässigkeitsvorwurf bei Drogeneinfluss

Da der Konsum von Drogen für die Teilnahme am Straßenverkehr ein erhebliches Gefahrenpotenzial darstellt, kommt es darauf an, derartige Delikte konsequent zu verfolgen und zugleich möglichst rasch zu ahnden. Dies aber stößt, wie der Gerichtstagsarbeitskreis I erörterte, in der Praxis teilweise sogar dann auf Probleme, wenn ein Rauschfahrer erkannt und der objektive Tatbestand des Führens eines Fahrzeugs unter der Wirkung einer der in der Anlage zu § 24a Abs. 2 StVG aufgeführten Substanzen klar erfüllt ist. Denn im subjektiven Tatbestand muss der Betroffene überdies auch vorsätzlich oder wenigstens fahrlässig gehandelt haben, was in jüngster Zeit einen Teil der obergerichtlichen Rechtsprechung an der Deliktserfüllung zweifeln lässt. So hat z. B. das Kammergericht Berlin festgestellt, dass es für eine fahrlässige Verkehrsordnungswidrigkeit nach § 24 a Abs. 2 und 3 StVG, begangen nach Cannabiskonsum am Vortag, zu klären gelte, aufgrund

welcher Umstände sich der Betroffene hätte bewusst machen können oder müssen, dass der Konsum noch fortdauernde Wirkungen haben könnte. Gelingt dies nicht, müsste ein Freispruch folgen. Tatsächlich bezieht sich der Vorwurf einer schuldhaften Tatbegehung nicht allein auf den Konsumvorgang, sondern auch auf die Wirkung des Rauschmittels zum



Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer erwartet bis 2025 rund 80 Prozent mehr Lkw-Verkehr auf der Straße als 2004.

Foto: BMVBS

Tatzeitpunkt. Fahrlässig handelt danach, wer in zeitlicher Nähe zum Fahrtantritt Cannabis (THC) konsumiert hat und sich dennoch an das Steuer eines Fahrzeugs setzt, ohne sich bewusst zu machen, dass der Rauschmittelstoff noch nicht vollständig unter den analytischen Grenzwert (1 ng/ml) abgebaut ist. Nicht erforderlich ist, dass sich der Betroffene einen spürbaren oder messbaren Wirkungseffekt vorgestellt hat oder zu einer entsprechenden exakten physiologischen und biochemischen Einordnung in der Lage war, zumal ein Kraftfahrer die Unberechenbarkeit von Rauschdrogen in Rechnung zu stellen hat. Der Toxikologe Professor Dr. Thomas Daldrup von der Universitätsklinik Düsseldorf erklärte dazu, es sei eine banale, lange bekannte Erkenntnis, dass die Dauer der Wirkung eines Stoffes von der aufgenommenen Dosis abhängt. Es sei deshalb „schon erstaunlich, zu lesen und zu hören, dass sich in der obergerichtlichen Rechtsprechung seit einigen Jahren der Trend abzeichnet, bei Drogenfahrten nach § 24 a Abs. 2 StVG den Fahrlässigkeitsvorwurf dann infrage zu stellen, wenn der oder die Betroffene

angibt, die Drogenaufnahme habe längere Zeit vor Fahrtantritt stattgefunden“. Und dies, obwohl seit Jahrzehnten bekannt sei, dass der Wirkstoff THC aufgrund seiner fettlöslichen Eigenschaft im Körper lange gespeichert werde, was sich zum Teil in „Echoräusche viele Tage nach dem letzten Cannabiskonsum“ manifestiere. Deshalb empfehle sich weiterhin, die schon seit Jahren gültige Faustregel anzuwenden und allgemein bekannt zu machen, dass bei gelegentlichem Cannabiskonsum wenigstens 24 Stunden und bei chronischem Konsum unter Umständen eine Woche gewartet werde, bevor jemand wieder ein Kraftfahrzeug führen darf.

Dieser Auffassung schlossen sich die Experten an und forderten, die Aufklärungsarbeit zu den rechtlichen Konsequenzen und den Gefahren der Drogenfahrt, namentlich der Wirkungsdauer der einzelnen Drogen, zu intensivieren. Dies sollte besonders auch für die Fahrtschulen gelten. Dann falle es auch leichter, den Betroffenen nachzuweisen, dass sie von der im Vergleich zu Alkohol wesentlich längeren Wirkungsdauer von Drogen im Rahmen ihrer Konsumgewohnheiten hätten wissen müssen, so dass zumindest von fahrlässigen Rauschfahrten ausgegangen werden kann.

Sofortige Fahrerlaubnisentziehung zur Gefahrenabwehr?

Einem drogenauffälligen Kraftfahrer steht nach Tatbegehung, aber vor einer Entziehungsentscheidung der Fahrerlaubnisbehörde bzw. bis zu einem vollstreckbaren Fahrverbot, in der Regel eine noch monatelange Fahrberechtigung zu. Nach geltender Rechtslage ist eine Beschlagnahme von Führerscheinen sowie eine vorläufige Fahrerlaubnisentziehung (§§ 94, 98, 111 a StPO) nur in den Fällen zulässig, die Strafrechtsrelevanz (bei Drogenfahrten: §§ 315c, 316 StGB) haben. Eine entsprechende Regelung gibt es nicht für Fälle, die lediglich eine Ordnungswidrigkeit (z. B. nach § 24 a Abs. 2 StVG) darstellen. Es gibt sie auch nicht im Verwaltungsrecht. Deshalb versuchte ebenfalls der Arbeitskreis I des Gerichtstages, Lösungen mit dem Ziel eines schnellstmöglichen Fahrerlaubnisentzuges zu finden, um die konsequente Bekämpfung von Drogen im Straßenverkehr zu verbessern.

Jürgen Rieger vom Landespolizeipräsidium Stuttgart hielt es für unverantwortlich, einem Kraftfahrer, von dem man bereits ab dem Kontrollzeitpunkt mit hoher Wahrscheinlichkeit wisse, dass er zum Führen eines Kraftfahrzeuges ungeeignet sei und dessen Fahrerlaubnis über kurz oder lang eingezogen werde, weiterhin



den Führerschein zu belassen. Um diesen „Missstand“ zu beheben, wende die Polizei in Baden-Württemberg in Absprache mit den Bußgeld- und Führerscheinstellen ein rechtliches Hilfskonstrukt an. Es greife nur bei den „sogenannten harten Drogen und nur in solchen Fällen, bei denen der Drogenkonsum durch mehrere Aspekte hinreichend feststeht“, sagte Rieger. In solchen Fällen werde nach § 33 des Polizeigesetzes BW „in eindeutigen Fällen zu Vorbereitung des anzuordnenden Sofortvollzugs der Fahrerlaubnisentziehung durch die Fahrerlaubnisbehörde der Führerschein polizeirechtlich beschlagnahmt“.

Detlef Otto Bönke, Leiter des Referats Verkehrsstrafrecht im Bundesministerium der Justiz, wies auf die Unschuldsvermutung hin, die bei Sanktionen, zu denen das Fahrverbot zähle, bis zur rechtskräftigen Verurteilung gelte. Auch dienen polizeiliche Befugnisse zur allgemeinen Gefahrenabwehr, die regelmäßig zeitlich begrenzt seien, allein der Bekämpfung aktueller Gefahren. „Sie können daher kaum bis zur rechtskräftigen Entscheidung im verwaltungsrechtlichen Verfahren andau-

und welche Drogen konsumiert wurden (Screening). Daher stelle sich die Frage, ob auf dieser Grundlage, die ja schon konkretere Angaben als der relativ unsichere Drogenvortest enthalte, die sofort vollziehbare Entziehung der Fahrerlaubnis beschleunigt werden könne. Bönke denkt hierbei an ganz praktische Möglichkeiten, z. B. wenn die Polizei das Labor auf die Dringlichkeit der Vorlage des endgültigen Untersuchungsergebnisses hinweist.

Auch weitere Umstände des Einzelfalles könnten die Fahrerlaubnisbehörde zu dem Ergebnis kommen lassen, dass Ungeeignetheit vorliegt, z. B. wenn zum Drogenverdacht (allein dieser ist durch den Drogenvortest gegeben) noch weitere tatsächliche Anhaltspunkte hinzukommen, wie Drogenfunde oder das Geständnis des Betroffenen. Deshalb ist es nach Auffassung von Bönke bereits mit dem geltenden Recht vereinbar, bei folgenlosen Drogenfahrten (§ 24 a Abs. 2 StVG), jedenfalls soweit es sich um Fälle des sogenannten „harten“ Drogenkonsums handele, regelmäßig im besonderen öffentlichen Interesse (nach § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO) auf eine sofort vollziehbare verwaltungsrechtliche Entziehung der Fahrerlaubnis hinzuwirken. Daher sollten nicht zweifelhafte gesetzliche Lösungslücken gesucht, sondern vielmehr erkannte Vollzugsdefizite beseitigt werden. Diesem Vorschlag schloss sich der Arbeitskreis in seiner Empfehlung an: „Die Zusammenarbeit von Polizei und Fahrerlaubnisbehörde muss so ausgestaltet sein, dass den Konsumenten harter Drogen nach einer Drogenfahrt unverzüglich die Fahrerlaubnis entzogen werden kann.“

Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass alsbald im Rahmen experimenteller Studien für psychoaktive Substanzen Vorschläge für bislang nicht vorliegende Gefahrengrenzwerte in Analogie zu Promillegrenzen bei Alkohol ermittelt werden. Sodann könnte der Gesetzgeber – korrespondierend zur 1,1-Promillegrenze für eine absolute Fahrunsicherheit bei Kraftfahrzeugführern infolge Alkoholkonsum, die durch die Rechtsprechung im Rahmen eines Gutachtens des Bundesgesundheitsamtes entwickelt worden ist – auch für Drogenwirkstoffe Grenzwerte festlegen, damit deutlich wird, dass der Konsum harter Drogen bei gleichzeitiger Teilnahme am Straßenverkehr ebenso schwer wie der übermäßige Alkoholkonsum im Straßenverkehr wiegt: ein Thema, das hoffentlich beim nächsten, 50. Gerichtstag 2012 konkret angegangen wird.

Peter Schlanstein

Mehr vom Verkehrsgerichtstag in unserer nächsten Ausgabe.

Sommerreifen

Spätestens zu Ostern, so man sich an die weitläufige, aber nicht verpflichtende Regel für die Winterbereifung O(ktober) bis O(stern) hält, steht die Sommerbereifung an. Da wird es Zeit, sich die für den Wechsel vorgesehenen Reifen genauer anzusehen.

Die Profiltiefe der Reifen ist für die Sicherheit ein entscheidendes Kriterium: Weniger als drei Millimeter verlangen ein neues Modell. Neben der Profiltiefe sollte der Reifen auch auf äußere Beschädigungen hin untersucht werden.

Reifen, die älter als 10 Jahre sind, sollten nicht mehr montiert werden, da hier durch Überalterung die Gefahr von Ablösungen gegeben ist. Hierzu findet sich auf jedem Reifen die sogenannte DOT-Nummer. DOT steht für das amerikanische „Department of Transportation“, das diese Kennzeichnung eingeführt hat. Seit dem Jahr 2000 ist diese Nummer vierstellig. Die ersten beiden Stellen stehen für die Produktionswoche, die beiden letzten für das Jahr. Die Nummer „2510“ steht also für die 25. Woche des Jahres 2010.

Ist der Kauf neuer Sommerreifen beschlossene Sache, hilft als erste Orientierung über Qualität und Preis meist ein Blick in die zahlreich veröffentlichten Tests oder auf die Homepages der Automobilclubs.

Nicht außer Acht gelassen werden sollte, dass etwa 20 bis 25 Prozent des Spritverbrauchs durch den Rollwiderstand der Reifen verursacht werden. Spritsparen durch niedrigen Rollwiderstand und hohe Sicherheitsreserven bei Nässe stellen aber völlig gegensätzliche Anforderungen an die Zusammensetzung der Gummimischung. In der Mitgliederzeitschrift des ACE, Ausgabe 2/2011 wurden hierzu sieben Sommerreifen der Dimension 205/55 R 16 91 V getestet. Fazit: Die Reifenindustrie hält Pneus am Start, die entweder ihr Versprechen als Energiesparreifen nicht halten, dafür aber größere Sicherheitsreserven bei Nässe bieten. Oder sie liefern rollwiderstandsverbesserte Exemplare, dafür aber nicht mehr Spitze bei Nässe sind.

Daneben spielt auch das Thema Qualität eine große Rolle wie der aktuelle ADAC-Sommerreifentest zeigte. Billigreifen aus Fernost haben im Ernstfall auf nasser Straße z. B. einen erheblich längeren Bremsweg. Deshalb: Nicht an der falschen Stelle sparen, sonst gefährdet man sich und andere!

RK



Wahrnehmungsverzerrung unter Drogeneinfluss

Foto: DVR

ern“, mahnte der Ministerialrat des Justizministeriums. Eine Lösung sah er aber in einer Zeitspanne von wenigen Tagen, in der es – auch wenn z.B. ein Wochenende dazwischen liege – in der Praxis durchaus realisierbar sei, im Eilverfahren eine Entscheidung der Fahrerlaubnisbehörde herbeizuführen.

Zwar liege ein Problem darin, in kurzer Zeit das Ergebnis der chemisch-toxikologischen Blutuntersuchung zu bekommen, was nach allgemeinen Erfahrungen oft mehrere Wochen dauert. Allerdings geben gerichtsmedizinische Labore nach wenigen Tagen schon Zwischenbefunde an die Polizei ab, nach denen eine erste Beurteilung darüber erfolgt, ob ein positiver Drogennachweis geführt werden kann



Angemerkt

Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,

kürzlich hörte ich in einem anderen Zusammenhang, dass „Hilfe konsumiert“ wird. Der Begriff ist neu, das Verhalten nicht.



Immer wieder ist festzustellen, dass Hilfe/Unterstützung/Zuwendung „eingefordert“, die erbrachte Leistung aber nicht anerkannt wird. Das heißt, dass der Leistende keine Anerkennung erfährt und sein Engagement einstellt.

Ich halte es für geboten, einen Moment innezuhalten und darüber nachzudenken, wie wir miteinander umgehen, auf welche Art und Weise wir unsere wechselseitige Wertschätzung ausdrücken und Engagement anerkennen.

Denn: Erleben ehrenamtlich Engagierte, dass sie an relevanten Entscheidungen mitwirken? Bekommen sie Lob und Bestätigung für gute Leistungen? Bekommen sie Zuwendung und Freundlichkeit von Verantwortlichen? Gibt ihnen die Organisation Schutz und Geborgenheit bei ihrem Engagement? Bekommen sie einen Ausgleich von Kosten und Risiken? Erfahren sie, dass ihr Engagement wertgeschätzt wird? Erfahren sie Würdigung ihres Engagements? Gibt es persönliche Kommunikation zwischen ihnen und den Verantwortlichen?

Menschen fühlen sich anerkannt, wenn

ihre Leistung erkannt wird und sie ernst genommen werden mit dem, was sie sagen und tun. Menschen, die sich engagieren, erwarten Bestätigung und Rückmeldung und das nicht bloß zu kalendarisch feststehenden Terminen.

Freiwillige sind eine unschätzbare wertvolle Ressource. Zufriedene Freiwillige machen die beste Werbung. Sie können aus eigener Erfahrung und Anschauung andere begeistern und zur Mitarbeit motivieren. Dies setzt das Gefühl voraus, dass ihre Arbeit wertvoll ist und wirklich gebraucht wird. Die Anerkennung und Wertschätzung muss im Alltag gelebt und gespürt werden. Wir brauchen eine Kultur wechselseitiger Anerkennung. Wir sollten leben, was wir so sehr vermissen: wechselseitige Wertschätzung.

*Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender*

Uns stellen sich andere Themen

Im April vergangenen Jahr war Anton Wiemers nach Potsdam zur Bundesseniorenkonferenz mit der Vorstellung gereist, dass er möglicherweise eine Stellvertreterrolle im neuen Bundesseniorenvorstand spielen könnte. Für ihn selbst überraschend wurde er zum Bundesseniorenvorsitzenden gewählt. Er nahm die Wahl an. Nach einem Jahr im Amt sprach DP mit Anton Wiemers.

Anton, wie hast Du das erste Jahr in Deiner neuen Funktion erlebt?

Es war ein sehr intensives Jahr. Insgesamt war ich rund 100 Tage – grob geschätzt ca. 1.200 Stunden – für die GdP engagiert. Also ein Ruhestand in Anführungszeichen. Ich habe viel gesehen, neue Erkenntnisse gewonnen und viele liebe Kolleginnen und Kollegen kennengelernt. Dafür bin ich sehr dankbar.

Was beschäftigt Dich derzeit am meisten?

Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Seniorinnen und Se-

nioren sind in den Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Einzelne Satzungen schließen sie von bestimmten Funktionen aus. Das ist eine Herausforderung und erfordert ein anderes Denken im Umgang miteinander.

Was empfindest Du als positiv in Punkto Seniorenarbeit in der GdP?

Die Seniorinnen und Senioren haben mit dem APS (Aktivprogramm für Senioren) eine beneidenswerte Grundlage, auf der aufgebaut werden kann. Die GdP hat hier Pionierarbeit geleistet. Dafür gebührt allen Beteiligten Dank und Anerkennung. Das entwickeln wir jetzt weiter.

Wo und wie könnt Ihr Euch in die gewerkschaftliche Arbeit einbringen?

Ich bin jetzt in acht Landesbezirken gewesen, um die handelnden Kolleginnen und Kollegen und die örtlichen Herausforderungen kennenzulernen. Eines ist dabei ganz klar geworden: Wir melden uns deutlich zu Wort und mischen uns ein. Kernanliegen ist bei allen, dass man sich wechselseitig hilft und diese Lebensphase gemeinsam sinnvoll im Miteinander gestaltet.

Was habt Ihr Euch als Seniorengruppe (Bund) für die nächsten Jahre vorgenommen, wo liegen Eure Schwerpunkte?

Ursprünglich waren die Gewerkschaften Interessengemeinschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Lebenserwartung lag 1950 gerade mal bei 65 Jahren. Senioren im heutigen Alter, also um die 80, kamen in den Gewerkschaften nicht vor. Das ist auch bei den Mitgliedern tief verwurzelt. Mit diesem Verständnis treten dann einige aus, wenn sie in Rente bzw. Pension gehen. Auf beiden Seiten scheint im Unterbewusstsein zu wirken, dass man sich dann nicht mehr braucht.

Jetzt ist es aber so, dass die Lebenserwartung um 15 Jahre höher liegt und sich der Anteil der Seniorinnen und Senioren in der GdP zwischen 18 und 23 Prozent bewegt, mit steigender Tendenz. Wir decken, wie die im Dienst Befindlichen, eine Spanne von rd. 40 Lebensjahren ab. Das älteste Mitglied ist, soweit ich weiß, über 100 Jahre alt.

Die Hälfte der Seniorinnen und Senioren ist unter 75 Jahre. Dies ist für die GdP ein ungeheures Potential und eine Herausforderung. Bei uns geht es ja nicht mehr um Beförderungen und Höhergruppierungen. Uns stellen sich andere Themen.

Es geht um die Verbesserung der allge-



Anton Wiemers (r.) und seine Mitstreiter im Bundesseniorenvorstand: Frank Poster aus Schleswig-Holstein (stellvertr. Bundesseniorenvorsitzender) und Sigrid Graedtke aus Brandenburg (Schriftführerin).
Foto: Michael Zielasko

meinen Lebensbedingungen, wie es auch in unserer Satzung steht. Als Stichworte: Abflachung der Altersversorgung, Altersarmut, Grundsicherung, Altersdiskrimi-

gilt: Wir orientieren uns an vier Leitbegriffen: Bildung, Bewegung, Beratung und Begegnung. Das muss jetzt noch ausformuliert werden.

nierung – das sind Themen, die uns umtreiben.

Um gestalten zu können, müssen wir auch innerhalb der GdP einen anderen Stellenwert bekommen. Das hat etwas mit Respekt und Wertschätzung zu tun und ist natürlich keine Einbahnstraße. Mitbestimmung muss da schon ernst genommen werden, das hat etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun.

Ist es noch zu früh, von ersten Erfolgen zu reden?

Als Erfolg ist das APS-Programm zu bewerten. Für die Zukunft

Was sind Deine Ziele und Wünsche?

Seniorengruppe wurde auf Bundesebene 1987 infolge eines Antrages aus dem Landesbezirk Hamburg gegründet. Wir arbeiten im Hinblick auf unser 25-jähriges Bestehen im nächsten Jahr an „seniorenpolitischen Schwerpunkten“. Es gibt zwischenzeitlich ein Arbeitspapier dazu und eine Arbeitsgruppe. Zeitziel ist, grob, Mai 2012. Bis dahin muss klar sein, was in den nächsten Jahren angepackt werden soll.

Wir sind im Übrigen die einzige Personengruppe, die dienstlich nicht angebunden ist. Uns stehen weder die dienstliche Infrastruktur zur Verfügung, noch die dienstlichen Begegnungsformen. Unser Engagement findet ausschließlich und immer in unserer Freizeit statt. Freizeit, die wir uns nach über 40 Dienstjahren mehr als verdient haben. Lebenszeit ist endlich, das wissen wir nur zu gut. Deswegen brauchen wir Freunde und Verbündete. Freunde und Verbündete, die in die gleiche Richtung schauen. Das macht uns stark, das macht die GdP stark.

Das Gespräch führte Marion Tetzner

Die Pharmaindustrie verdient an der Krankheit

Es ist dramatisch klar: Die Pharmaindustrie verdient an den Kranken. Sie hat kaum Interesse am gesunden Menschen, kaum Interesse an einer gesunden Gesellschaft. Bislang können Pharmaunternehmen zunächst sowohl den Listenpreis für den deutschen Markt als auch größtenteils den Erstattungsbetrag der gesetzlichen Krankenkassen frei festlegen, d. h. dass es nicht um eine kaufmännische, sondern eine psychologische Preisfestsetzung geht. Es ist nur eine einzige Frage spannend: Wie viel gibt der Markt her oder anders ausgedrückt: minimalster Einsatz, maximaler Gewinn = beste Managergehälter, der Kunde/Patient zahlt es ja! Kunde/Patient = Du und ich.

Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems, Diabetes, Schlaganfall und Demenz, das sind Krankheitsbilder, mit denen nicht nur die älter werdenden Menschen zu tun haben. Die Kosten für die Behandlung dieser Krankheiten sind enorm. Alle Krankheitskosten belaufen sich auf ca. 225 Milliarden Euro p.a.

Deswegen wäre es an der Zeit, mindestens darüber nachzudenken, ob wir nicht zu einer „Umkehr der Beweislast“ kommen müssen. Was heißt das in diesem Zusammenhang? Wenn man diesen Gedanken umsetzen wollte, müssten Ärzte gut dafür



Foto: dpa

bezahlt werden, dass die Menschen gesund bleiben und dann schnell wieder gesund werden. Bei Krankheit gibt es Gehaltskürzung! Und der Einzelne muss verstehen, dass er etwas dafür tun muss und kann, dass es sich für ihn lohnt, gesund zu bleiben.

Ein paar Zahlen und Fakten:

- Fast jeder zweite Deutsche stirbt infolge einer Erkrankung des Herz-Kreislauf-Systems.
- Aktuell sind über 7 Millionen Menschen in Diabetes-Behandlung.
- Der Schlaganfall ist in Deutschland die fünfthäufigste Todesursache.
- Gefäßerkrankungen und Herzkreislauf-

ferkrankungen werden zunehmend als Risikofaktoren für die Demenz vom Alzheimer-Typ erkannt.

- Die Häufigkeit von Demenzen nimmt mit steigendem Lebensalter zu: (60-Jährige ca. 1 %, 70-Jährige ca. 5 %, 80-Jährige ca. 20 % und 90-Jährige ca. 30%). Zurzeit leben in Deutschland schätzungsweise 1,4 Millionen Menschen, die an Demenzen leiden. Bis 2050 wird mindestens mit einer Verdoppelung, wenn nicht Verdreifachung der Zahl der Demenzkranken gerechnet. Anders ausgedrückt: ein riesiger Markt.

Bluthochdruck und Diabetes mellitus sind die wichtigsten Risikofaktoren für den Schlaganfall. Diese Erkrankungen sind zum großen Teil auf falsche Ernährung und ungesunde Lebensweise zurückzuführen. Auch ein Großteil der GdP-Mitglieder ist davon betroffen

Die GdP-Seniorengruppe bekennt sich zu ihrem Motto „Wir übernehmen Verantwortung“. In diesem Markt herrschen der Wille, helfen zu wollen, aber auch Profitgier u. Kriminalität. Wir sehen es als Schwerpunktaufgabe, hier entsprechende Angebote zu entwickeln, auf Missstände hinzuweisen und um Verbesserungen zu kämpfen.

Anton Wiemers





Kriminalistik

Bereits im Jahr 1992 wurde dieses Handbuch erstmalig veröffentlicht. Im Laufe der Jahre hat es sich zu einem etablierten Werk innerhalb der Kriminalistik entwickelt. Die nunmehr 11. Auflage ist ein von Grund auf überarbeitetes Werk. Das Buch wurde auch inhaltlich stark erweitert, so dass erstmals die Themenkomplexe Kriminalistik, Kriminaltechnik, Führung, Praxis und Studium in einem Kompakt-Werk zusammengeführt wurden und nun auf über 800 Seiten vorliegen. Dies erleichtert es dem Leser, Zusammenhänge schneller zu erfassen und nachzuvollziehen.

Nicht zuletzt der stark gewachsenen Materialfülle ist es offensichtlich geschuldet, dass neben Robert Weihmann erstmalig Claus-Peter Schuch als Autor mitverantwortlich zeichnet. Gemeinsam haben sie den Inhalt des Buches dem neuesten Stand der Gesetze, der Rechtsprechung sowie den neuesten Erkenntnissen der Kriminalistik und Kriminaltechnik angepasst. Die Literaturhinweise wurden ebenso ergänzt, wie auch weitere Fundstellen in den Text eingearbeitet. Als eine wahre Fundgrube erweist sich das Stichwortverzeichnis mit seinen inzwischen über 2.500 Suchbegriffen. Damit bleibt dieses Buch weiterhin ein zuverlässiger Begleiter und eine unverzichtbare Orientierungshilfe für das Selbststudium im Diplom-, Bachelor- und Master-Studiengang, für die Fortbildung und für die polizeiliche Praxis.



Kriminalistik, Robert Weihmann, Claus-Peter Schuch, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR, 11. Auflage 2010, 832 Seiten, 29,90 Euro, 52,00 sFr, ISBN 978-3-8011-0640-9

Gute Arbeit 2011

Nach der Krise wird nichts mehr so sein wie vorher – auch nicht die Arbeitsbedingungen. In welche Richtung fährt der Zug? Darum wird heftig gestritten. Die Beschäftigten wünschen sich nicht nur Arbeit, sondern „Gute Arbeit“. Sie soll ein Auskommen dauerhaft sichern und nicht krank machen. Was die Unternehmen planen, um die Krise zu bewältigen, geht in die entgegengesetzte Richtung. Industrie und Dienstleistungssektor sehen ihre Zukunft in Restrukturierungen und einem radikalen Umbau.



Gesundheit kann zum Schlüsselbegriff für alternative Strategien werden. Die neue Ausgabe dieses Buches versammelt dazu Debattenbeiträge, stellt unterschiedliche strategische Lösungsansätze zur Diskussion und präsentiert betriebliche Erfahrungen und gewerkschaftliche Initiativen.

Gute Arbeit – Ausgabe 2011, Krise, Restrukturierungen und der Blick in die Zukunft, Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban, Bund-Verlag, 2010, 432 Seiten, gebunden, 3. Auflage, 39,90 Euro, ISBN 978-3-7663-6009-0

Schlüpf doch mal in meine Haut

Rassismus und Diskriminierung sind in der deutschen Zivilgesellschaft ein stetig präsent Thema. Wie steht es aber um die unauffälligeren, die nicht-physischen Angriffe auf die Würde eines Menschen? Wenn Personen mit arabischem Aussehen eine Wohnung, die eben noch frei war, auf einmal doch nicht mehr mieten können? Wenn als Antwort auf die Frage „Wo kommst du her?“ ein „Berlin/ Hamburg/ München ...“ nicht genügt? Wenn der Weiße konstatiert: „Eigentlich hab ich ja nichts gegen solche, aber...“ – Wo können derlei Erfahrungen berichtet, solche Beleidigungen angeklagt werden?



Heike Schneider legt einen Interviewband vor, der genau von diesen auffällig-unauffälligen Blicken, von verbalen Entgleisungen beim Brötchen holen oder der Reaktion von Schwiegereltern in spe auf farbige Schwiegertöchter berichtet. Eine ehrliche Bestandsaufnahme von Erfahrungen und Gedanken deutscher und nicht-deutscher, „deutsch aussehender“ und „anders“ aussehender Bürger und Bürgerinnen.

Schlüpf doch mal in meine Haut, Acht Gespräche über Alltagsrassismus in Deutschland, Heike Schneider, Militzke Verlag, 2011, 224 Seiten, Hardcover, 19,90 Euro, ISBN 9783861898436



Deutsche

Polizei

Nr. 4 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, **Telefon:** (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandete Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Fabrizio Bensch/ddp images
Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



Druckauflage dieser Ausgabe:
175.260 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887



Aktuelle Neuerscheinung



Frau komA kommt

Amok an Schulen:
Über Täter und Opfer

Von **Angela Gräf** und **Joachim Grösbrink**.

1. Auflage 2011,
184 Seiten, DIN A 5, Broschur,
16,90 € [D], 30,10,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0648-5

„Frau Koma kommt“ – diese Durchsage am 11. März 2009 an der Albertville-Realschule in Winnenden machte Lehrern und Schüler klar: ein zu allem bereiter bewaffneter Amokläufer befindet sich im Schulgebäude. Denn die Umkehrung des Wortes „Amok“ war das vereinbarte Codewort, um vor einem solchen schrecklichen Ereignis zu warnen. „Amok an Schulen“ – dies ist spätestens seit dem School Shooting von Erfurt am 26. April 2002 auch in Deutschland eine ständige und reale Bedrohung, vor der es sich zu schützen gilt.

Aber warum läuft ein Schüler Amok? Gab es im Vorfeld erkennbare Anzeichen? Kann eine solche Tat verhindert werden? Und wer hilft den traumatisierten Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen? Antworten auf diese Fragen geben Angela

Gräf und Joachim Grösbrink in diesem Buch. Sie zeigen besorgten Eltern und Pädagogen Alarmzeichen bei möglichen Tätern auf, beleuchten die Rolle der Medien und bieten Lehrern und der Institution Schule praxisgerechte Präventionsansätze. Welche Gefühle und Ängste Lehrer umtreiben, findet ebenso Eingang in ihr Buch wie die eindringlichen Schilderungen von zwei Polizeibeamten, die beim Amoklauf in Emsdetten am 20. November 2006 ihr Leben riskierten. Zudem erläutern die Autoren, wo Amok-Opfer Unterstützung finden und wie Betroffene ihre Rechte wahrnehmen können.

Nicht zuletzt wegen der zahlreichen Info-Boxen, konkreten Hilfen und praktischen Tipps ist dieses Sachbuch damit ein wertvoller Ratgeber für Eltern, Lehrer und Polizeibeamte.

Autoren:

Angela Gräf, M.A., Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Nebenklage und Opferschutz, Kriminologin, Polizeiwissenschaftlerin und Fachberaterin für Opferhilfe. Ehrenamtliche Leiterin zweier Außenstellen des WEISSEN RINGS e.V.

Joachim Grösbrink, M.A., Kriminologe und Polizeiwissenschaftler, ist seit 1990 Polizeibeamter. Seit 2008 hauptamtlicher Dozent an der FHÖV NRW. Leiter des Freien Institut für Kriminologie IfK Castrop-Rauxel, ein interdisziplinär ausgerichtetes und deutschlandweit tätiges Institut für angewandte Kriminologie und Gewaltprävention.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

Multifunktion, Ergonomie und superleichtes Nylongewebe verbunden mit einem Schwerpunkt auf Ausstattung und Design – Lightpak fertigt Accessoires für Business und Freizeit in höchster Qualität.



25-3004
VK Preis 44,90 €
(empf. FHP 69,90 €)

Aktentasche Lightpak[®] DELTA

Praktische Aktentasche mit abnehmbarem, verstellbarem Schultertragegurt und gepolstertem Tragegriff. Zwei geräumige Hauptfächer von denen eins mit einem gepolsterten Laptopfach und einem Reißverschlussfach ausgestattet ist. Das andere Fach beinhaltet ein nützliches Organizeerteil mit vier Visitenkartenfächern, zwei Stifteschlaufen und zwei Multifunktionsfächern. Drei Reißverschlussfächer auf der Front, ein weiteres Reißverschlussfach auf der Rückseite der Aktentasche.

Außenmaß: ca. 42,5 x 30 x 10,5 cm
Maße Laptopfach: ca. 36 x 27 x 5 cm
Material: 1680D Nylon/PU
Farbe: schwarz

Business Trolley Lightpak[®] DELTA

Geräumiger Business Trolley mit aretierbarem Teleskoptrolley-system und ergonomischem Tragegriff aus 1680D Nylon. Vielseitige Innenaufteilung durch: ein großes Fach mit zwei Packgurten mit Klettverschluss, zwei Netzfächern, ein großes Fach mit herausnehmbarem Laptop Sleeve. Ein Fächerfach mit drei Fächern für A4 Dokumente. Ein Organizerfach mit vier Einsteckfächern, drei Stifteschlaufen, einer Klettverschluss tasche und zwei Netzfächern sowie zwei weitere Reißverschlussfächer für Kleinteile.

Außenmaß: ca. 42 x 40 x 31 cm
Maße Laptop Sleeve: ca. 40 x 30 x 5 cm
Material: 1680D Nylon
Farbe: schwarz

25-3104
VK Preis 89,90 €
(empf. FHP 139,90 €)



25-3204
VK Preis 36,90 €
(empf. FHP 56,90 €)

Laptop Rucksack Lightpak[®] DELTA

Praktischer Rucksack mit gepolstertem Rückenteil sowie Schultertragegurten aus schwarzem 1680D Nylon. Eins der geräumigen Hauptfächer verfügt über ein gepolstertes Laptopfach im hinteren Teil. Das andere Hauptfach kann für A4 Dokumente oder Ordner genutzt werden. Zwei Reißverschlussfächer vorne, zwei an der Seite des Rucksackes. Eins dieser Fächer dient als Organisationsfach und verfügt über zwei Multifunktions taschen und ein Reißverschlussfach. Incl. CD Tasche.

Außenmaß: ca. 32 x 45 x 20 cm
Maße Laptopfach: ca. 27 x 36 x 5 cm
Material: 1680D Nylon/PU
Farbe: schwarz



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de